Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Haden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 299 | Dresden, Montag den 28. Dezember 1925 | 36. Jahrg.

Mißerfolg der Strafrechtspflege

Erfolgloser Kampf gegen das Verbrechertum — Die notwendige Strafrechtsreform

Dem Reichsrat liegt der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches zur ersten Beschlußfassung vor. Im Laufe des nächsten Jahres dürfte der Gesetzentwurf dem Reichstag zugeleitet werden. Die Vertreter der Arbeitermassen haben dann mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß unter allen Umständen dieser Reichstag vor seinem natürlichen Ende in drei Jahren ein neues deutsches Strafrecht schafft. Das heute noch geltende Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, datiert vom 15. Mai 1871, ist im wesentlichen seit dem Tage seiner Geltung vollkommen unverändert geblieben. Bedenkt man, daß die kriminellen Grundgedanken des heutigen Strafgesetzbuches dem preußischen des Jahres 1851 entnommen sind, so darf man allerdings feststellen, daß sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit forterben und von dem Rechte, das mit uns geboren wird, leider nie die Rede ist.

Gemessen an der geradezu unglaublichen partikularen Zersplitterung des deutschen Strafrechts zu Beginn des vorigen Jahrhunderts und gemessen an der mittelalterlichen, von kirchlich-dogmatischen Vorstellungen grausam beeinflußten Strafjustiz der letzten Jahrhunderte, war das heutige Strafgesetzbuch ein Fortschritt. Aber der Gedanke der sogenannten „gerechten Vergeltung", der der klassischen Strafrechtsschule entnommen war, ist in den letzten Jahrzehnten durch die Fortschritte soziologischen und medizinischen Erkennens siegreich überwunden worden. Diese sogenannte „gerechte Vergeltung" war ja auch letzten Endes nur ein veredeltes Schlagwort für die alttestamentarische Kriminalpolitik der Rache. Wenn aber jemals eine juristische Gedankenwelt einen vollkommenen Zusammenbruch in Theorie und Praxis erlitten hat, dann gilt das für die bisher unter der Dauer des Strafgesetzbuches von 1871 von Staat und Gesellschaft geübte Verbrechensbekämpfung. Man darf wirklich, ohne die geringste Uebertreibung, von einem vollendeten Bankrott der Strafrechtspflege sprechen. Aufklärend über diese Tatsache gewirkt zu haben, ist vor allem das Verdienst der Reichskriminalstatistik, die 1882 ins Leben gerufen wurde. Mit Recht führt die amtliche Begründung des nun vorliegenden Strafgesetzentwurfes aus: „So wurde der Zweifel wach, ob das Strafgesetzbuch denn wirklich die richtigen Waffen zu einer wirksamen Bekämpfung des Verbrechens gewähre. Man warf die Frage auf, ob es richtig sei, das Verbrechen als Tatsache hinzunehmen und gerechte Vergeltung zu üben oder ob nicht vielmehr nach den Gründen, aus denen das Verbrechen entsteht, geforscht und ihnen planmäßig entgegengewirkt werden müsse, um nach Möglichkeit zu verhüten, daß Verbrechen begangen und daß dem Heere der Verbrecher täglich neue Scharen zugeführt werden."

Der Bankrott der Strafrechtspflege zeigt sich vor allem: in der Rückfälligkeit des Verbrechertums und in dem Anteigen der Kriminalität der Jugendlichen. Eine genaue Untersuchung der preußischen Strafanstalts-Beamten stellte fest, daß bei 94,4 Prozent von 18 049 Zuchthausgefangenen, die in mehreren Jahren eingeliefert waren, wieder Rückfälle nach der Entlassung zu erwarten seien; bei 92,3 Prozent wurde bestimmt Unverbesserlichkeit angenommen. Die Zahl der jugendlichen Kriminellen von 12 bis 18 Jahre hatte sich vom Jahre 1882 bis 1909 um 62 Prozent vermehrt! (Daran war die Revolution schuld.) Die Zahl der vorbestraften Jugendlichen hatte von 1889 bis 1909 um 60 Prozent zugenommen, obwohl seit 1900 die Fürsorgegesetze in Kraft getreten waren, durch die jährlich 6000 Jugendliche in Fürsorgeerziehung genommen wurden. In diesem Zusammenhang sei die Legende gestreift, daß die Revolution in Deutschland einen wesentlichen Anteil an der Steigerung der Kriminalitätsziffer gehabt habe. Gewiß sind die inneren Unruhen für gewisse Tatbestände des Strafgesetzbuches nicht ganz ohne Einfluß geblieben. Die Kriminalität der Nachkriegszeit steht aber wesentlich mit unter der Einwirkung des Krieges. Was Montesquieu in seinen Betrachtungen über die Ursache der Größe der Römer und deren Verfall schreibt, ist auch für unsere Epoche fundamentale Wahrheit: „Diese Krieger, die draußen so stolz, so kühn, so furchtbar waren, konnten drinnen nicht wohl Maß und Ziel halten." Außerdem zeigen neue Veröffentlichungen über die Kriminalität in neutralen Ländern während der Kriegs- und Nachkriegszeit ein eben durch den Krieg verursachtes Steigen der Kriminalität; beispielsweise sind in Schweden die Verfehlungen gegen das Strafgesetz von 6334 (1918) auf 9266 im Jahre 1919 und 11 869 im Jahre 1920 gestiegen.

Die furchtbare Bedeutung aller hier zur Diskussion stehenden Fragen erkennen wir endlich in der Kriminalität Deutschlands, wie sie auf Grund letzter Feststellungen heute vor uns steht. Die Zahl der erhobenen Anklagen in Deutschland beträgt im Durchschnitt 1911 bis 1915: 1 139 997, im Durchschnitt 1916 bis 1920: 1 266 012. Anklagen wurden erhoben 1 534 568 (1921), 1 509 865 (1922), 1 742 780 (Inflationsjahr 1923). Von je 100 Verurteilten entfallen bei Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 80 auf männliche, 20 auf weibliche Angeklagte; nahezu 12 unter 100 Verurteilten waren Jugendliche von 12 bis unter 18 Jahren!

Angesichts dieser Tatsachen versuchte man in einer ganzen Reihe europäischer und außereuropäischer Staaten: eine neue Gestaltung des Strafrechtes. In Norwegen wurde 1905 ein modernes Strafrecht geschaffen. Ernste und grundlegende Neuerungen wurden und werden u. a. in der Schweiz, in Dänemark, in Schweden, in der Tschechoslowakei durchzusetzen versucht. Das modernste Reformwerk stellt der italienische Entwurf eines Strafgesetzbuches dar. In Oesterreich ist seit 1852 eine ganze Reihe von Strafgesetzentwürfen erstanden; es sind jedoch nach dem Umsturz nur Teilreformen verwirklicht worden. In diesem Jahre hat die österreichische Regierung einen „Novellierungsentwurf" neu vorgelegt, der nicht ohne Fühlung mit der deutschen Justizverwaltung abgefaßt wurde. In Deutschland kamen nach der Staatsumwälzung neue Rechtsgedanken in dem Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923, in der Verordnung über Geldstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 und in dem Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafverfahren vom 9. April 1920 zum Ausdruck. Entwürfe zu einem neuen deutschen Strafgesetzbuch liegen der Oeffentlichkeit vor aus den Jahren 1909, 1910, 1913, 1919. 1922 legte dann der damalige Justizminister Genosse Radbruch der Reichsregierung einen neuen Entwurf vor. Mit einer Reihe bedeutender Aenderungen wurde dieser Entwurf nunmehr der Oeffentlichkeit vorgelegt. Seinen Inhalt in der Hauptsache kennenzulernen, soll die Aufgabe von zwei weiteren Artikeln sein.

Alwin Saenger

Doumers Vorlagen

Keine Einigung im Ministerium — Vorschläge der Linksparteien

Paris, 27. Dezember. (Eigener Drahtb.) Der am ersten Weihnachtstag abgehaltene Ministerrat war der weiteren Besprechung der Finanzvorlagen Doumers gewidmet. Eine Einigung konnte jedoch immer noch nicht erzielt werden, so daß ein neuer Ministerrat für Dienstag anberaumt wurde. Ein Teil der Kabinettsmitglieder wandte sich energisch gegen die von Doumer vorgeschlagene Verdoppelung der Umsatzsteuer und verweigerte seine Zustimmung auch einer Kompromißlösung, die an Stelle der Verdoppelung der Umsatzsteuer die Einführung eines besonderen „Verkaufsstempels" vorsieht. Um den Widerstand dieser Kabinettsmitglieder zu brechen, soll Doumer geltend gemacht haben, daß die Staatskasse unbedingt neuer Mittel bedürfe und nur indirekte Steuern unverzüglich neue Geldmittel eingehen lassen. Sollte die Verdoppelung abgelehnt werden, so würde kein andrer Weg übrig bleiben, als wiederum zur Notenpresse die Zuflucht zu nehmen. In den politischen Kreisen beurteilt man die Aussichten für eine Einigung in dieser Frage innerhalb der Regierung ziemlich pessimistisch und erwägt verschiedene Möglichkeiten, die von einer Abtrennung des Vorschlages der Verdoppelung der Umsatzsteuer von den übrigen Finanzvorlagen bis zur Demission des Gesamtkabinetts gehen. Im Ministerrat am Dienstag dürfte die endgültige Klärung erfolgen.

Die von den drei Linksparteien (Sozialisten, Radikalsoziale und Republikanische Sozialisten) eingesetzte fiskalische Kommission hat inzwischen einen Gesetzentwurf zur Sicherstellung des Gleichgewichts im Haushalt fertiggestellt. Dieser Entwurf wird am Montag der Kammer zugehen. Er sucht das Gleichgewicht ohne Einführung neuer Steuern und ohne Erhöhung der bestehenden Steuern durchzuführen. Vorgesehen ist neben einer Einschränkung der Ausgaben in Höhe von 8 Millionen Frank die Verbesserung der Veranlagungs- und Erhebungsmethoden für die Einkommensteuer und einiger andrer Abgaben. Von diesen Maßnahmen erhofft die Linke Mehreinnahmen in einer Höhe von etwa 4 Milliarden Frank. Die Linke beabsichtigt, ihren Gesetzentwurf den Vorschlägen Doumers entgegenzustellen, um diese gegenstandslos zu machen. Doumer soll erklärt haben, daß er den Entwurf der Linksparteien im Prinzip zwar nicht ablehne, ihn aber nicht für geeignet halte, der Staatskasse zur rechten Zeit die erforderlichen Mittel zu beschaffen.

•

Das Regierungsproblem

Paris, 28. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Die Delegiertenversammlung der sozialistischen Verbände des Norddepartements hat sich mit 423 gegen 16 Stimmen für die Entschließung Debat, Paul Faure, Compere-Morel ausgesprochen, die die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung nur bei einer solchen Regierung für zulässig erklärt, in der die Sozialisten die Mehrheit haben.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Die saumselige Reichsregierung

Die Ankündigung der Reichsregierung, mit dem aus dem letzten Etat des Reichsarbeitsministeriums noch zur Verfügung stehenden 100-Millionen-Fonds Notstandsarbeiten in größerem Umfange zu finanzieren, war nicht nur für die Arbeitslosen, sondern auch für die gesamte Oeffentlichkeit eine Ueberraschung. Eine Weihnachtsüberraschung, die jedoch nur mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen wurde; denn was soll die Oeffentlichkeit von einer Reichsregierung halten, die bei dem erbitterten Ringen um eine außerordentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion immer wieder erklären ließ, es sei nicht genügend Geld für die geforderte Erhöhung vorhanden. Wenn nun auch das vorhandene Geld nicht in erster Linie für die unterstützende, sondern für die produktive Erwerbslosenfürsorge in Betracht kommt, so ist doch die Taktik der Reichsregierung absolut nicht zu verstehen; solange niemand weiß, welche Gelder zur Finanzierung von Notstandsarbeiten flottgemacht werden können, tappen die Regierungen der Länder bei der Aufstellung von Programmen für Notstandsarbeiten im Dunkeln. Auf der Reichsregierung bleibt jedenfalls der Vorwurf sitzen, daß sie durch ihre Verschleppungstaktik gegenüber den notwendigen gesetzlichen Neuregelungen in der Arbeitslosenfrage und durch ihr Versteckspielen in der Frage der Finanzierung der Notstandsarbeiten die Situation unnötigerweise kompliziert hat. Wie über die Finanzfrage frühzeitig Klarheit geschaffen werden konnte, so konnten auch bei etwas gutem Willen die gesetzlichen Neuregelungen, wie z. B. die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge, die Errichtung der Reichsausgleichskasse, die Einschränkung der Befreiungen von der Beitragspflicht usw. schon vor dem Eintritt des Winters geregelt werden. Der Witz der Politik besteht bekanntlich darin, sich von der Entwicklung und den Ereignissen nicht überraschen zu lassen. Angestelltennot, Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, das sind doch Dinge, die schon seit Wochen und Monaten, wenn man so sagen darf, die Spatzen von den Dächern pfeifen.

•

Sächsische Maßnahmen

Das sächsische Arbeitsministerium hatte Vertreter der Behörden sowie der Gemeinden und der kommunalen Kreditinstitute für den 22. dieses Monats zu einer Sitzung im Ministerialgebäude zusammenberufen, um über Mittel und Wege zur Linderung der Erwerbslosennot zu beraten. Arbeitsminister Eisner, der den Vorsitz führte, wies einleitend auf die starke Steigerung der Erwerbslosenzahl hin, die im Reiche seit dem 15. Dezember um 41 Prozent zugenommen habe, in einzelnen sächsischen Gemeinden aber sogar um 100 bis 120 Prozent gewachsen sei. Für die nächsten Wochen sei noch mit einer weiteren Steigerung der Erwerbslosenzahl zu rechnen, und da für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge finanzielle Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung ständen, gelte es, zu überlegen, wie weit durch Notstandsarbeiten die Not der Erwerbslosen wenigstens gelindert werden könnte.

Oberregierungsrat Dr. Zschucke hielt ein kurzes Referat über die Maßregeln, die bisher zur Unterstützung der Erwerbslosen von Reich und Staat ergriffen worden sind. Die Hauptbedeutung der Fürsorge liege in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge seien bereits in den laufenden Etat eingestellt worden, sie seien aber nicht mehr sehr bedeutend und würden sehr bald aufgebraucht sein, wenn nicht in großzügiger Weise Verstärkung erfolge. Auf dem Wege der Beitragserhöhung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei nur eine geringe Erhöhung der Mittel zu erwarten.

Aufgabe der heutigen Aussprache sei, Klarheit darüber zu schaffen, welche Bauarbeiten zur Zeit von den einzelnen Ministerien beabsichtigt seien, und für welche Bauten, die für später geplant seien, schon jetzt Mittel flüssig gemacht werden könnten. Dazu sei allerdings in manchen Fällen eine Mitwirkung der Parlamente erforderlich. An gutem Willen zur Ausschreibung von Notstandsarbeiten fehle es auch bei den Gemeinden nicht, aber sie seien finanziell nicht alle in der Lage, solche Arbeiten durchzuführen. Da müßten Staat und Reich eintreten, aber diese Hilfe dürfte natürlich nicht zu einer versteckten Zuschußwirtschaft führen.

In der sehr eingehenden Aussprache wurde von den verschiedensten Seiten anerkannt, daß bei den Gemeinden durchaus der gute Wille vorhanden sei, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, daß es aber durchgehends an den finanziellen Mitteln zur Ausführung fehle. Sollte den Gemeinden die Vergebung von Notstandsarbeiten zur Pflicht gemacht werden, so müßten sie unbedingt finanzielle Hilfe vom Staat erhalten. Auslanddarlehen könnten nur unter schweren Bedingungen und für im engsten Sinne produktive Aufgaben genommen werden. Eine sehr beachtenswerte Anregung ging dahin, daß der Staat den Bezirksverbänden den auf sie entfallenden Anteil an den Wegebaukosten einstweilen vorschußweise zur Verfügung stellen möchte, damit die für das Etatjahr 1926 in Aussicht genommenen Bauten bereits jetzt in Angriff genommen werden könnten. Ein Vertreter der Reichspostverwaltung teilte mit, daß die Bauzeugaufträge für 1926 bereits jetzt hinausgegeben worden seien, damit die Fabriken sich darauf einrichten und pünktlich liefern könnten. Ein Vertreter der Reichsbahnverwaltung hob hervor, daß Verhandlungen im Gange seien, um die Mittel zur Fertigstellung der Bahnen Löbau—Cunewalde und Wurzen—Eilenburg durch die Hilfe von Bezirksverbänden und Privaten zu beschaffen. Der Bedarf an rollendem Material sei im wesentlichen gedeckt, die Industrie könne also auf größere Aufträge auf diesem Gebiete nicht rechnen.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung teilte Arbeitsminister Eisner mit, daß im nächsten Etatjahre für den Kleinwohnungsbau durch Steigerung der Mietzinssteuer auf 20 Prozent etwa 85 Millionen Mark zur Verfügung stehen würden. Eine Vorlage über Erhöhung der Mietzinssteuer werde dem Landtage in der ersten Hälfte des Januars zugehen.

Finanzminister Dr. Reinhold bezeichnete es als eine wesentliche Aufgabe des Finanzministeriums, durch Kreditaktionen dazu beizutragen, daß weitere Betriebsstillegungen vermieden würden. Ein ausgesprochener Wirtschaftspartikularismus, dem aus der Versammlung heraus das Wort gegeben worden sei,

würde verfehlt sein und für die sächsische Industrie sehr unangenehme Rückwirkungen im Gefolge haben. Soweit Staats- und Gemeindeaufträge gut und vorteilhaft in Sachsen untergebracht werden könnten, werde es jedoch geschehen. Das Finanzministerium sei bereit, für das nächste Jahr vorgesehene Bauten schon jetzt in Angriff nehmen zu lassen, soweit das etatrechtlich möglich sei. Es handle sich besonders um zwei große Talsperren, bei Crimmitschau und bei Weiterswiese. Auf Vollendung der Bahnbauten Wurzen—Eilenburg und Cunewalde—Löbau habe Sachsen der Reichsbahn gegenüber ein klagbares Recht. Man dürfe diese halb fertiggestellten Bauten nicht verfallen lassen, während Tausende von Erwerbslosen nach Arbeit verlangten. Er hoffe, daß das Reich wenigstens eine der Linien im nächsten Etatjahre fertigstellen werde. Sachsen werde für die 1926 geplanten Straßenbauten schon jetzt beginnen lassen. Er selbst sei bereit, beim Kabinett zu beantragen, daß Gemeinden, in denen die Arbeitslosigkeit besonders groß sei, die Summe von 2 Millionen Mark zur Linderung der Erwerbslosennot zur Verfügung gestellt werde. Die Gewährung eines höheren Betrages sei nicht möglich, denn die seit der Stabilisierung unsrer Währung angesammelten Gelder seien unter der Not der letzten Monate stark zusammengeschmolzen. Die Wirtschaftskrise müsse aus sich selbst heraus überwunden werden, die Regierung könne nur lindern.

Arbeitsminister Eldner versicherte, daß von der Regierung aus alles, was möglich sei, geschehen werde, um die Arbeitslosigkeit zu verringern, und bat zum Schluß um nachdrückliche Unterstützung der an der Lösung der Frage interessierten Stellen.

•

Angestellte und Erwerbslosenfürsorge

wtb. Berlin, 24. Dezember. Entsprechend der Erklärung, die das Reichsarbeitsministerium im Haushaltausschuß bei der Beratung der auf Erwerbslosenfürsorge gestellten Anträge abgab, und dem in der Vollversammlung des Reichstages am 2. d. M. einstimmig gefaßten Beschluß des Reichstages ist im Reichsarbeitsministerium ein Entwurf ausgearbeitet worden, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge bezweckt. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung der Neuregelung zugestimmt. Der Gesetzentwurf liegt bereits dem Reichsrat vor und wird dem Reichstage alsbald zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

•

Die steigende Not

München, 27. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Erwerbslosen in Bayern ist von 102 000 am 15. Dezember bis zum 24. Dezember auf rund 120 000 gestiegen. Das ist das Vierfache von Anfang November. Der monatliche Ausgabenetat für diese 120 000 Erwerbslosen beträgt etwa 6 Millionen Mark, von denen nur 2 Millionen Mark durch den gegenwärtigen Beitragssatz zur Erwerbslosenfürsorge von 1½ Prozent gedeckt sind. Die durch das entsetzliche Steigen der Erwerbslosenziffer entstandenen Schwierigkeiten konnten deshalb bewältigt werden, weil durch die Steigerung der Beiträge von 1 auf 1½ Prozent ab 1. August dieses Jahres bis Ende November eine Rücklage von 5 Millionen Mark gebildet werden konnte. Infolge der weiteren außerordentlichen Zunahme der Erwerbslosenziffer beschloß der Verwaltungsausschuß des Bayerischen Landesamts für Arbeitsvermittlung inzwischen, mit Wirkung vom 4. Januar 1926 an den Beitragssatz neuerdings zu erhöhen, und zwar auf das gesetzliche Höchstmaß von 3 Prozent. Dieser Satz reicht gegenwärtig aus zur Deckung von ⅔ der Unkosten für die Erwerbslosenfürsorge, so daß noch etwa 2 Millionen Mark aus Reichs- und Staatsbeihilfen gedeckt werden müssen.

•

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Thüringen ist in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember von 16 509 auf 31 580 gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger stieg in der gleichen Zeit von 30 718 auf 43 025.

Deutschland und der Völkerbund

Berlin, 28. Dezember. (Eigener Funkspruch.)

Die nächste Vollversammlung des Völkerbundes beginnt am 8. März in Genf. Es ist so gut wie selbstverständlich, daß Deutschland bis dahin, und zwar entsprechend dem Völkerbundstatut, mindestens vier Wochen vor dem Beginn der Tagung sein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund stellen wird. Bis dahin muß auch die Frage des ständigen Vertreters im Völkerbundrat und die Besetzung der im Sekretariat des Völkerbundes für Deutschland offenen Stellen erledigt sein. Es ist infolgedessen begreiflich, wenn die Gemüter sich jetzt bereits um die Besetzung dieser Stellen erregen. Eine amtliche Entscheidung liegt darüber noch nicht vor, so daß die Meldungen der heutigen Berliner Morgenpresse, in denen es u. a. heißt, daß auch Genosse Ulrich Rauscher, zur Zeit Gesandter in Warschau, als aussichtsreicher Anwärter für die Vertretung Deutschlands im Völkerbund in Frage kommt, den Tatsachen vorauseilen.

Auch die Behauptung des Montag Morgen, daß der wilhelminische Staatssekretär des Aeußern von Kühlmann nicht mehr in Aussicht genommen würde, weil Hindenburg erklärt habe, die Persönlichkeit Kühlmanns sei für ihn unannehmbar auf Grund seines Zusammenstoßes im Sommer 1918, dürfte nicht zutreffen. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß bestimmte Kreise des Auswärtigen Amts in Herrn von Kühlmann als Borussen nach wie vor den richtigen Vertreter sehen.

•

Die Räumung der Kölner Zone

Bonn, 24. Dezember. Das französische Fußartillerieregiment 188 mit Tankgeschwader hat vorgestern und gestern Bonn verlassen und kehrt nach Frankreich zurück. Weitere Truppenteile werden mit Lastautos in Richtung Euskirchen abtransportiert. Das Abrücken geschieht mit großer Beschleunigung.

Köln, 24. Dezember. Gestern abend ist das 2. Bataillon der Cameron Highlands in Stärke von 600 bis 700 Mann aus Köln-Mühlheim nach Wiesbaden abgerückt. Am 28. Dezember gehen zwei Kompanien der Royal-Ulster-Schützen nach Königstein, während Infanterieabteilungen nach Langenschwalbach übersiedeln.

•

Eine deutschnationale Verleumdung

Die angeblichen Briefe an den Völkerbund

Im Verleumden war die deutschnationale Presse seit jeher groß und einig. Das eine Blatt schwarzweißroter Couleur stellt bewußt eine falsche Behauptung auf und wie auf ein Kommando bläst die übrige Presse gleicher Richtung in dasselbe Horn. Die Führung in der neuesten Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokratie hat am Donnerstag der Berliner Tag übernommen. Er behauptete unter dem Titel „Ein politischer Skandal aufgedeckt", die Sozialdemokratie und das Zentrum hätten „durch offizielles Schreiben den Generalsekretär des Völkerbundes ersucht, Angehörige der Partei als Mitglieder des Sekretariats auszuwählen, wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist".

Von sozialdemokratischer Seite und auch vom Zentrum wurde diese neueste Verleumdung, deren Ursprung scheinbar im Auswärtigen Amt zu suchen ist und mit der bestimmte Ziele verfolgt werden, sofort dementiert. Was macht der Tag? Er „hält seine Behauptungen aufrecht" und blamiert sich trotzdem, ohne daß er es merkt, indem er erklärte, „daß die nach Genf gerichteten Schreiben von Mitgliedern unterzeichnet waren, die nach Kenntnis des Auslandes in der Führung beider Parteien eine hervorragende Rolle spielen". Während also der Tag in seiner ersten Meldung von einem offiziellen Schreiben spricht, wagt er in seiner Erwiderung auf das Dementi diese Behauptung in Wirklichkeit nicht im geringsten aufrechtzuerhalten. Anstatt nun aber wenigstens zu sagen, welche Mitglieder der genannten Parteien an das Sekretariat des Völkerbunds geschrieben haben, hüllt sich das Verleumderblatt in tiefes Schweigen und begnügt sich mit leeren Andeutungen. Diese Taktik ist das beste Eingeständnis dafür, daß die Sensationsmeldung des Tags nichts andres war als ein großer Schwindel. Wäre er in der Lage, Namen von Parteimitgliedern zu nennen, die nach Genf geschrieben haben, dann hätte er nach der erlittenen Blamage dem ersten Hieb den zweiten folgen lassen. Diese Art des öffentlichen Betrugs muß so lange angeprangert werden, bis das Verleumderblatt selbst eingesteht, was es ist.

Die „Nappfülzen"

Der unzufriedene Stahlhelm

Braunschweig, 26. Dezember. (Eig. Drahtb.) Der „Stahlhelm", der sich bisher als eine unpolitische Organisation ausgab, hat jetzt bewußt einen Frontwechsel vorgenommen. In der Zeitung des Landesverbandes Braunschweig, Der Stahlhelm, wird verkündet, daß die Stahlhelmorganisation in Zukunft bei Wahlen zu allen Parlamenten eigene Wahllisten aufstellen will. Der erste Vorsitzende des Stahlhelms, Fabrikant Seldte aus Magdeburg, hat diesen Frontwechsel in einer Versammlung in Braunschweig begründet und erklärt, daß Stahlhelmler in den Reichstag und in die Landtage hinein müßten, weil in ihnen vielfach nur „nasse Unterhosen" säßen. Auch die Regierungen sollen von Stahlhelmleuten gebildet werden, weil man angeblich vielfach Minister findet, die nur als „Nappfülzen" bezeichnet werden könnten. Da in Braunschweig der Stahlhelm bei den Wahlen vom 7. Dezember 1924 die gesamte Wahlarbeit für die bürgerlichen Parteien übernommen hatte, wird dieser Beschluß bei den Rechtsparteien großes Unbehagen verursachen, zumal der Ausdruck „Nappfülzen" sich offenbar nur gegen rechtseingestellte Minister, die Locarno zugestimmt haben, richtet.

Der bayerische Titelfimmel

Entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung hat die bayerische Regierung auch dieses Jahr zu Weihnachten wieder eine unendlich große Anzahl von Titeln verliehen. Darüber hinaus hat sie sogar weitere fünf Titel geschaffen, und zwar den Pharmazierat für die Apotheken, den Landesbaurat für Architekten und Ingenieure, den Technischen Gewerberat für die technischen Aufsichtsbeamten, den Arbeitsrat für die Arbeiterschaft und den Versicherungsrat für die Angestellten. Bedacht wurden mit diesen Titeln selbstverständlich nur Leute, die politisch der bayerischen Rechtsregierung nahestehen. Von der ursprünglichen Absicht, auch einige linksstehende Leute mit dem Titel Arbeitsrat oder Versicherungsrat auszustatten, mußte abgesehen werden, da die freigewerkschaftlichen Organisationen gegen diesen verfassungswidrigen Unfug der bayerischen Regierung eine scharfe ablehnende Stellung eingenommen haben.

•

SPD. München, 27. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die von den freien Gewerkschaften ausgesprochene strikte Ablehnung des von der bayerischen Regierung neu geschaffenen Titels „Arbeitsrat" hat jetzt auch bei den christlichen Arbeitern Schule gemacht. Zwei der am 24. Dezember mit dem genannten Titel bedachte christliche Gewerkschaftssekretäre, Rotörl und Geier, beide in Augsburg, haben ihre Ernennungsurkunde der bayerischen Regierung zurückgesandt. Dem verfassungswidrigen Titelunfug der bayerischen Regierung, der in der gesamten Oeffentlichkeit der größten Lächerlichkeit anheimfällt, ist dadurch auch öffentlich die berechtigte Blamage zuteil geworden.

Das Irak-Mandat

Ein Protest der unabhängigen Arbeiterpartei

In seiner letzten Sitzung hat der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands in bezug auf den Mosulstreit folgenden Beschluß gefaßt:

Der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei betrachtet mit Sorge und Entrüstung den Beschluß der Regierung, die Verlängerung des britischen Mandats über das Irak-Gebiet für eine Zeitdauer, die 25 Jahre betragen kann, anzunehmen.

Das Bestreben einer mächtigen kapitalistischen Gruppe, sich die Oelfelder von Mosul zu sichern, war seit den Geheimverträgen während des Weltkrieges bis zum heutigen Tage der Beweggrund, der die verschiedenen britischen Regierungen zu einer gefährlichen Expansionspolitik veranlaßt hat. Dieser Politik wegen ist der Wille der arabischen Bevölkerung von Mosul, die gegen die Verlängerung unsres Mandats ist, mißachtet worden, ein neuer Herd von Unzufriedenheit, der ebenso schlimm wie der ägyptische Herd werden mag, ist zu allen unsern sonstigen Lasten hinzugekommen; wir werden mit militärischen Ausgaben belastet, die sich auf 4 Millionen Pfund jährlich belaufen können; und damit wird ein Streit mit den Türken auszutragen versucht, der früher oder später zum Kriege führen kann.

Die Politik des wirtschaftlichen Imperialismus verschlimmert die Gefahren, die die konservative Regierung bereits in Asien hervorgerufen hat. Die Regierungspolitik hat das chinesische Volk gegen uns vereinigt, sie hat uns Rußland zum Gegner gemacht und jetzt fordert die Türken heraus.

Die Unabhängige Arbeiterpartei ruft zu einer einheitlichen und entschlossenen Opposition der gesamten Arbeiterbewegung gegen diese kostspielige und gefährliche imperialistische Politik auf. In der Ueberzeugung, daß die öffentliche Meinung gegen die Verlängerung des Mandats ist, verlangt sie eine freie Abstimmung des Parlaments darüber. Sie ersucht schließlich die Labour Party, im voraus zu erklären, daß diese sich in der Behandlung des Irak-Problems durch die Schritte, die die Baldwin-Regierung treffen mag, in keiner Weise gebunden fühlen wird.

Gewaltpolitik in Niederländisch-Indien

Die Furcht vor dem Kommunismus

Amsterdam, 27. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Regierung von Niederländisch-Indien hat auf dem Verordnungswege das bisher bestehende Vereins- und Versammlungsrecht weitgehend eingeschränkt. Von dem Verbot werden vor allem linksstehende, besonders kommunistische Vereinigungen in ganz Niederländisch-Indien betroffen. Wer sich in geschlossenen Versammlungen strafbare Aeußerungen zuschulden kommen läßt, wird künftig strafrechtlich ebenso verfolgt werden, als ob seine Aeußerungen in einer öffentlichen Versammlung gefallen wären. Jede Mitgliederversammlung muß in Zukunft wenigstens fünf Tage vorher zur Genehmigung angemeldet werden. Die Polizei ist berechtigt, die genehmigte Versammlung zu überwachen.

Gleichzeitig hat der Zuckerarbeitgeberbund auf Java einen Beschluß gefaßt, aus allen Zuckerfabriken jeden Arbeiter oder Angestellten zu entlassen, der die Ideen des Kommunismus durch Wort, Schrift oder Tat verbreitet. Die Bekleidung eines Vorstandsamtes in einer kommunistischen oder ähnlichen Organisation soll ebenfalls die Entlassung zur Folge haben.

Leben • Wissen • Kunst

Dresdner Kunstausstellungen

Pol Kassel — Karl Gotsch

Pol Kassel kann malen, wie seine Kollektivausstellung bei Richter zeigt. Ob er auch zeichnen kann? Nach den Porträts scheint es so. Sie sind groß, klar, einfach, mit jener Erfassung des menschlich Wesentlichen, das die Hauptsache im Porträt ist. Sein feinstes Empfinden offenbart sich in farbigen Dingen. Blumen, glühende, leuchtende, malt er. Bäume im leuchtenden Herbstgold oder in dem mit Sinnlichkeit erfüllten Grün des Sommers. Die Landschaft sieht aus, als hätte Kassel vor einem großen Rätsel gestanden. Er kann vor ihr noch erstaunen, vielleicht, weil er immer mitten in ihr lebt.

Karl Gotsch (bei Erfurth) ist Norddeutscher; er, der Schaverblütige, war einmal Kokoschkaschüler — Schüler des subjektivsten, individuellsten Malers, der auf der Spitze einer Hochkultur steht, die aber in Unkultur umzubrechen droht. Von da ging er nach Amerika, in das Land der Sachlichkeit, und kam ernüchtert und träumeleer wieder heim. Das war für ihn wie für jeden jungen Maler, der in der Inflation versucht war, sich für mehr zu halten, als er war, sehr heilsam. Gotsch hat mit großer Offenheit, die von einer starken Persönlichkeit zeugt, davon gesprochen. Nun ist auch er sachlicher geworden. Seine Struktur der Farbflächen hat meist etwas zwingend Einfaches und Notwendiges. Seine Farbe ist gut, teppichhaft. Sein besonderer Vorzug ist: er will nicht mehr an Werten vortäuschen, als er hat. Damit ist er heraus aus der Reihe der „Inflationsmaler", deren Zahl hoffentlich bald mehr und mehr abnehmen wird. Dr. G. Pacch.

Theater

Im Opernhaus ging am ersten Feiertag Lohengrin in Szene, den die Opernleitung als „neueinstudiert" angekündigt hatte, und von dem sie sonach eines ansehnlichen Feiertags-Kasseneinnahmeerfolges sicher sein konnte. Jeder Theaterkenner weiß, daß die Neueinstudierung eines Werkes nicht mehr als die Wiederaufnahme eben dieses Werkes in den Spielplan bedeutet. Davon kann beim Lohengrin, der seit 70 Jahren dauernd auf unserer wie auf fast allen Opernbühnen „steht", gar keine Rede sein. Nur eine Neuinszenierung, d. h. eine neue Bildstellung der Geschehnisse, vermöchte ein altbekanntes, altvertrautes theatralisches Werk mit neuen Reizen zu umkleiden. Das war nicht der Fall. Hier handelte es sich nur um die Auffrischung, um die Wiederherstellung des musikalischen Teiles der Lohengrin-Oper, die in ihren vielgestaltigen Ensemblesätzen in letzter Zeit mehr und mehr brüchig geworden war. Im übrigen konnte man sich denken, daß die alterprobte Mitwirkung Hirzels (Lohengrin), Elsa Stünzners (Elsa), Plaschkes (Telramund), Frau Burkhards (Ortrud), Schöpflins (König Heinrich) und Correks (Heerrufer) der Darstellung im wesentlichen neuen Impuls nicht zu geben vermochte. Busch hatte einige Pianissimostellen ins Pianopianissimo gerückt, den gellenden Wehlaut der Hörner bei Ortruds Ruf „Elsa, Elsa!" fast kaschiert — warum eigentlich? — und das Orchestervorspiel zum dritten Akt so rasend schnell genommen, daß die Instrumentalisten nicht mehr korrekt artikulieren konnten. Das war die ganze Neueinstudierung, die — von ebengenannten Beanstandungen abgesehen — kaum das erfüllte, was von einem Operninstitut ersten Ranges täglich zu erwarten ist, und das dem Staate Sachsen wie der Stadt Dresden gemeinsam an die drei Millionen Mark Unterhalt für das laufende Jahr abfordert. Jedenfalls: dieser Lohengrin bedeutet nur eine Aufführung selbstverständlicher Art, von der gar kein Aufsehens zu machen ist. Daß Richard Wagners Oper Lohengrin trotzdem außergewöhnlich zu Herzen der Zuhörerschaft ging, solches lag reinweg nur in der Schlagkraft des Werkes selbst begründet und in der Darstellung, die diese Oper verlebendigte. P.B.

Konzert

Der Volkschor Liederquell (Dresden-N.) hatte für den ersten Weihnachtsfeiertag ein Konzert mit Orchester vorbereitet. Der Saal der Reichskrone war dicht besetzt, ein seltener Anblick in der gegenwärtigen schlechten Konzertzeit. Nicht weniger als vierzehn Christbäume strahlten im elektrischen Lichtscheine, dazu noch fünf weihnachtlich hergerichtete Leuchtkronen. Ein Ensembleorchester eröffnete mit den Klängen der Freischütz-Ouvertüre und steuerte später noch weitere Instrumentalstücke, z. B. die zwei berühmten Ungarischen Tänze in der Brahmsschen Bearbeitung zu dem Programm bei. Der vokale Teil, vom Kapellmeister Hugo Tietze betreut, zeigte Streben nach guten Darbietungen. So war für den Männerchor beispielsweise der Matrosenchor, für den Frauenchor das Spinnerinnenlied aus Wagners Holländer vorgesehen. Beide Abteilungen sangen sauber und weich. Die Zurückhaltung im Klang gab dem Männerchor sogar eine relativ angenehme Farbe. Kleine Trübungen waren Zufallserscheinungen. Der Frauenchor erschien uns dennoch als die stimmlich noch bessere Abteilung, was sonst in Arbeitersängerschaften durchaus nicht immer der Fall ist. Die Gliederung beim Vortrag geschah sinngemäß. Der Abend machte recht günstigen Eindruck. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 29. Dezember. Opernhaus: Anrechtsreihe B: Unter vier Augen; Die Elixiere des Teufels (7). Volksbühne Nr. 7495 bis 7541. — Schauspielhaus: Anrechtsreihe B: Der Kaufmann von Venedig (7). Volksbühne Nr. 617 bis 657. — Albert-Theater: Frau Holle (3½); Die große Katharina; Der Heiratsantrag (7½). Volksbühne Nr. 3801 bis 3860. — Zentraltheater (Neues Theater): Hans Gradedurch (3½); Der Zerrissene oder Die unverhoffte Wasserreise (8). Volksbühne Nr. 4551 bis 4900. — Residenztheater: In Waldmännleins Reich (3½); Der Orlow (7½). — Theater am Wasaplatz: Er und seine Schwester (8).

Theater vom 30. Dezember bis 4. Januar. Opernhaus: Mittwoch: Für die Freitag-Anrechtsinhaber der Reihe A vom 25. Dezember: Der fliegende Holländer (7½); Donnerstag: Die Fledermaus (6); Freitag: Lohengrin (6); Sonnabend: Der Evangelimann (7½); Sonntag: Aida (6½); Montag: Martha (7½). — Schauspielhaus: Mittwoch: Der mutige Seefahrer (7½); Donnerstag: Khritz-Khritz (6½); Freitag: Der Froschkönig (2½); Wie es euch gefällt (8); Sonnabend: Mein Freund Teddy (7½); Sonntag: Der Froschkönig (2½); Intermezzo (8); Montag: Der mutige Seefahrer (7½). — Albert-Theater: Mittwoch: Frau Holle (3½); Das Frühstück in Genua (7½); Donnerstag: Frau Holle (3½); Charleys Tante (7½); Freitag: Frau Holle (3½); Charleys Tante (7½); Sonnabend: Frau Holle (3½); Das Frühstück in Genua (7½); Sonntag: Frau Holle (3½); Madame Sans-Gêne (7½); Montag: Das Frühstück in Genua (7½). — Zentraltheater (Neues Theater): Mittwoch: Hans Gradedurch (3½); Der Zerrissene (8); Donnerstag: Ende des Gastspiels des Neuen Theaters: Hans Gradedurch (3½); Der Zerrissene (8); Freitag: Beginn des Gastspiels der Jean Gilbert-Tournee: Ilschi (8); Sonnabend bis Montag: Ilschi (8). — Residenztheater: Mittwoch (3½), Donnerstag (3), Freitag bis Montag (3½): In Waldmännleins Reich; Mittwoch (7½), Donnerstag (7), Freitag bis Montag (7½): Gastsp. Lea Seidl: Der Orlow. — Theater am Wasaplatz: Mittwoch u. Donnerstag: Er und seine Schwester (8); Freitag: Wie Klein-Else das Christkind suchen ging (3½); Er und seine Schwester (8); Sonnabend: Er und seine Schwester (8); Sonntag: Wie Klein-Else das Christkind suchen ging (3½); Er und seine Schwester (8); Montag: Er und seine Schwester (8).

Dresdner Volksbühne. In der laufenden Woche sind die Inhaber der nachstehenden Mitgliedsnummern eintrittsberechtigt: In der Oper am Sonnabend (Der Evangelimann) Nr. 7542 bis 7617, am Sonntag (Aida) Nr. 7618 bis 7648, am Montag (Martha) Nr. 7649 bis 7724; im Schauspielhaus am Mittwoch (Der mutige Seefahrer) Nr. 658 bis 688, am Montag (Der mutige Seefahrer) Nr. 689 bis 719; im Zentraltheater am Mittwoch (Der Zerrissene) Nr. 4901 bis 5250, am Donnerstag (Der Zerrissene) Nr. 5251 bis 5600; im Albert-Theater am Mittwoch (Das Frühstück in Genua) Nr. 3861 bis 3920, am Donnerstag (Charleys Tante) Nr. 3921 bis 3980, am Freitag (Charleys Tante) Nr. 3981 bis 4030, am Sonnabend (Das Frühstück in Genua) Nr. 4031 bis 4080, am

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vom Jahrmarkt des Lebens

Weltuntergang und lange Hosen. Ein amerikanischer Wahrsager, Mr. Robert Reidt, hat prophezeit, daß am 21. Februar 1926 die Welt untergehen werde. Eine Pariser Kollegin dieses Propheten, Mademoiselle Lallemand, erklärte die Ankündigung als für einen Irrtum und liest im Buche der Zukunft, daß der Februar des nächsten Jahres ein Monat des Glücks für die ganze Menschheit sein werde, besonders natürlich, wie sich das gehört, für die Frauen. Nun könnte es ja Leute geben, welche der Ansicht sind, daß diese Prophezeiungen die Wahrheit sagen, denn es könne für die Tränenwelt ja kein größeres Glück geben, als wenn sie zugrunde ginge. Doch ein Mann, der das Wahrsagen wissenschaftlich betreibt, Herr Georges Muchery, Astronom und Chiromant, hat mit Hilfe der Kabala berechnet, daß im Februar 1926 der Frank fallen wird, und das hätte doch keinen Sinn, wenn gleichzeitig die Welt in Trümmer gehen sollte. Wir werden also mit Gottes und Mucherns Beistand noch etwas weiter wursteln. Dennoch ist die Zukunft düster und drohend. Eine der Schicksalsfrauen, die das Kommende nicht bloß ahnen, sondern machen, keine Prophetin, sondern eine der größten Modekünstlerinnen von Paris, hat Furchtbares angekündigt: die Damen werden im Frühjahr 1926 lange Röcke tragen. Die Röcke bleiben kurz. Sie werden sogar noch kürzer sein als heute, weil die Krinoline wieder modern werden soll. Aber unter dem Rockfaum hängen die Höschen hervor weit über das Knie. Das hat Madame Helene du Gillis erfahren, die ihre Wissenschaft den Leserinnen der Zeitung Femina verrät. Warum aber die langen Hosen, Madame du Gillis? Auch wenn eine Frau keine Pantalons trägt, hat sie immer die Hosen an.

•

Der notwendige Rat. Von dem verstorbenen Feldmarschall Conrad v. Hötzendorff erscheinen demnächst Tagebücher, aus denen einige Proben bekannt geworden sind. Einmal berichtet der Verfasser das Zusammentreffen zweier in ihrer Art so tüchtiger Offiziere von sehr ungleichem Temperament. Der eine war der Major Bolzano, nicht nur dem Namen nach Südtiroler, sondern auch leicht erregbar, der andre der Oberstleutnant Kaliwoda, den der Verfasser als eine nordische Natur bezeichnet, von unerschütterlicher Ruhe. Beide kamen bei einer Uebung in eine sehr heikle Lage, und Bolzano rief erregt aus: „Was sollen wir jetzt machen?" Worauf Kaliwoda lakonisch erwiderte: „Alles, nur nicht in die Hosen." Der Feldmarschall hat bei der Durchsicht seiner Tagebücher in Klammern dazugeschrieben: „Wenn ich diese Anekdote wiedergebe, so ist es nicht des Witzes wegen, sondern weil mir lehrreicher erscheint als ungezählte Kapitel eines Taktikbuches. Mir blieb sie stets im Gedächtnis. Mancher Schlachtenlenker hätte gut getan, in kritischer Lage solcher Lehren zu gedenken."

•

Das standesgemäße Grab. In einer gewissen Industriestadt der Tschechoslowakei gliedert sich die Bevölkerung nicht nach der Nationalität nach in Tschechen und Deutsche, der Konfession nach in Christen und Juden, sondern vornehmlich nach den Vermögensverhältnissen in solche Leute, die haben und infolgedessen zur Gesellschaft gezählt werden, und in solche, die weniger oder nichts besitzen und infolgedessen zu einem Pariadasein außerhalb der maßgebenden Kreise verurteilt sind. Diese soziale Gliederung reicht bis auf den Friedhof, dessen eine Hauptallee im Volksmund der Nobelprater genannt wird, weil sie aus den prunkvollen Grabdenkmälern der haute finance besteht. In dieser Stadt starb ein Fabrikant so plötzlich, daß sein Tod unter den Hinterbliebenen begreifliche Verwirrung anrichtete. Er wurde beerdigt, und zwar merkwürdigerweise nicht im Nobelprater, sondern in einer neuen Allee, wo er neben einfachen Bürgern, wie Rechtsanwälten, Kaufleuten, Aerzten, die ewige Ruhe finden sollte. Es vergingen keine vierundzwanzig Stunden, da wurde er auf Wunsch der Hinterbliebenen exhumiert und in einer Gruft im Nobelprater beigesetzt. Was war geschehen? Hatten sich testamentarische Verfügungen vorgefunden, hatte man sich gesellschaftlicher Repräsentationspflicht bis in den Tod erinnert? Die Vöslichkeit der „Gesellschaft" gab dem Vorfall folgende Deutung:

In der Nacht, da der Tote in seinem einfachen Grabe lag, kam angeblich der Friedhofswächter aus der Erde ein Geräusch gedrungen. Er trat näher an die Grabstätte heran und horchte... hörte er ein Gemurmel aus der Tiefe, unverständlich, raunend zuerst, dann immer deutlicher und lauter, bis er endlich vernahm: „Es ist nicht standesgemäß ...! Es ist nicht standesgemäß ...! Mein Grab ... ist nicht standesgemäß ...! Entsetzt stürzte der Wächter davon, klingelte die Familie des Verstorbenen an, erzählte, was er gehört hatte ... Am nächsten Tage fand die Exhumierung statt, und die Seele hatte ihre Ruh'.

•

Frische Eier. Unlängst erzählten die Zeitungen ein Märchen aus unsern Tagen: Eine junge, schöne englische Fabrikantin hatte einer Reihe von Fabrikaten, die in alle Welt gingen, dünne Zettelchen beigelegt mit genauer Personalbeschreibung und dem Wunsche, es möchte sich doch jemand finden, der sie zum Altar führte. Und eines schönen Tages kam ein reicher Mann angefahren, sah sich das Fabrikmädchen an und war besiegt. Er ist die ehemalige Arbeiterin Lady Soundso.

Eine ähnliche Geschichte ist in Rumänien passiert, wenn auch wesentlich anderem Ausgang. Ein junger Staatsbeamter kaufte eines Tages Eier für sein Abendessen. Nach Hause zurückgekehrt, sah er auf einem der Eier eine Inschrift. Mühsam entzifferte er sie und las: „Ich bin 20 Jahre alt, blond, blauäugig, habe einen rosigen Teint. Ich möchte heiraten. Wenn dieses Ei einem netten, jungen Mann in die Hände gerät, so bitte ich ihn, zu schreiben. Adresse ..."

Der nette, junge Mann eilte zum nächsten Postamt und telegraphierte dringend. Am zweiten Tag erhielt er Antwort. Sie lautete: „Zu spät. Ich bin bereits seit vier Jahren verheiratet und glückliche Mutter eines entzückenden Mädchens. Es tut mir sehr leid."

Hatte sich jemand mit der jungen Frau, dem Ei und dem Käufer einen Scherz erlaubt? Die Auflösung des Rätsels steht noch nicht in den Blättern. Aber nicht annehmen möchte man doch, daß das Ei, als der Beamte es kaufte, vier Jahre alt gewesen ist.

•

Die Hoffnung auf das Erbe. Seit ungefähr dreißig Jahren erheben alle Sippschaften, die auf den Namen Dubois hören, Anspruch auf die Erbschaft ihres Ahnen Jacques Dubois, der seine damalige Heimat mit Niederländisch-Indien vertauschte und dort einen Holz-, Reis-, Tabak- und sonstigen Handel betrieb, der ihm erlaubte, im Jahre 1701 in Batavia auf Java als vielfacher Guldenmillionär zu sterben und testamentlos alle seine Schätze zu hinterlassen, von denen die damals und später in Europa lebenden Dubois gar keine Ahnung hatten, bis endlich vor dreißig Jahren ein tüchtiger Nachfahr auf die Sache kam und sie sofort richtig in die Hand nahm, alsbald gefolgt von allen Lebenden des gleichen Namens. Gutachten wurden eingefordert, Eingaben gedrechselt, Rechtsanwälte zu Wohlstand, Behörden zur Verzweiflung gebracht. Noch zuletzt vor einem Jahre hatte sich die Kammer der Abgeordneten mit dem Duboisschen Kollektivschritt zu befassen, was Anlaß gab, endlich auf den tiefsten Grund der Dinge zu tauchen. Das Resultat verkündet jetzt der „Moniten", das Staatsblatt des Königreichs: „Dubois Jacques, angeblich 1704 verstorben in Batavia auf Java, hat niemals gelebt auf Erden." Und alle Hoffnung ist vernichtet.

•

Das Ende des Millionärs. Einer der reichsten Kohlenbergwerksbesitzer in Wales, Evan John, ein Friedensrichter und früherer Sheriff, wurde an einem Baume auf seinem eigenen Grundstücke erhängt aufgefunden. Er begann seine Laufbahn vor 50 Jahren als Laufjunge und endete als Millionär, nachdem er hervorragenden Anteil an der Entwicklung der Bergwerke in Wales genommen hatte. Vor 14 Tagen hatte er seinen Anteil an Bergwerken für eine halbe Million Pfund verkauft, ebenso wie seine Schiffe einige Monate vorher. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt; es heißt, daß er an Herzbeschwerden und Schlaflosigkeit litt.

Abd el Krims Friedensfühler

Paris, 27. Dezember. (Eigener Drahtb.) Ueber den Erfolg der Friedensbemühungen des Abgesandten Abd el Krims, des Engländers Cunning, der seit Anfang voriger Woche in Paris weilt, sind bisher keine zuversichtlichen Nachrichten zu erhalten. Es ist jedoch bezeichnend, daß die französische Presse die Mission Cunnings in Mißkredit zu bringen sucht. Die Blätter veröffentlichen seit einigen Tagen lange Berichte über die Kriegsmüdigkeit Abd el Krims, über eine um sich greifende Unterwerfung der aufständischen Stämme in Marokko und sogar über Revolten im eigenen Lager Abd el Krims. Die Rechtsblätter suchen auch der Person Cunnings am Zeuge zu flicken, indem sie von seinen angeblichen Beziehungen zu den Gebrüdern Mannesmann sprechen. Der Zweck der ganzen Manöver dürfte sein, die ablehnende Haltung des französischen Auswärtigen Amtes gegenüber dem Friedensangebot Abd el Krims zu rechtfertigen. Dabei hat sich Abd el Krim bereit erklärt, die seinerzeit von Painlevé aufgestellten Friedensbedingungen als Grundlage zu Verhandlungen anzunehmen. Allerdings waren diese Friedensbedingungen zur Zeit der siegreichen Offensive Abd el Krims aufgestellt worden.

Die Wirren in China

Ein Sieg Tschangtsolins

Aus China traf während der Weihnachtsfeiertage die Meldung von einer entscheidenden Wendung im Kampfe der Generale ein. Danach soll es Tschangtsolin plötzlich und wider Erwarten gelungen sein, über seinen Gegner Kuosunling einen vollen Sieg zu erringen, wobei Kuosunling mitsamt seiner Frau von der Kavallerie Tschangtsolins gefangen genommen wurde. Kurz vorher wurde noch ein größerer Sieg Kuosunlings gemeldet. Aber er scheint selbst seine Lage für unhaltbar angesehen und deshalb Tschangtsolin seine Unterwerfung angeboten zu haben. Dieser hat sich jedoch auf keine Verhandlungen eingelassen, sondern soll seinen Gegner kurzerhand standrechtlich erschossen haben. Ob damit ruhige Verhältnisse in China einziehen, bleibt abzuwarten. Noch stehen mehrere Generale, die sich gegenseitig bekämpfen, an der Spitze von Truppen, die allerdings zum großen Teil kampfmüde sind und sich, wie die des Generals Litschingling, der selbst aus Tientsin vertrieben worden ist, auflösen und in alle Winde zerstreuen.

London, 28. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Aus Mukden wird gemeldet, daß Tschangtsolin die Leiche des auf seinen Befehl hingerichteten Generals Kuosunglin durch die Straßen von Mukden hat führen und dann öffentlich zur Schau stellen lassen.

•

Die Einnahme von Tientsin

London, 24. Dezember. Wie Reuter aus Peking berichtet, ist Tientsin heute Vormittag von den Truppen Fengjushiang besetzt worden.

Neuyork, 25. Dezember. Dem New York Herald wird aus Tientsin berichtet: Die geschlagenen Truppen Litschinglins haben, bevor sie Tientsin räumten, in den Eingeborenenvierteln und in einem Teile des Fremdenviertels geplündert. Ein Italiener wurde verwundet. Mit Amerikanern wurden Schüsse gewechselt.

•

Der Tod Kuosunglings bestätigt

Peking, 27. Dezember. Die Nachricht, daß General Kuosungling und seine Frau in der Mandschurei erschossen worden sei, wird offiziell bestätigt.

Kleine politische Nachrichten

Die Fememörder in Berlin

Die Fememörder, die sich bisher im Gerichtsgefängnis in Landsberg a. d. Warte in Untersuchungshaft befanden, sind nunmehr auf Veranlassung des preußischen Innen- und Justizministeriums nach dem gescheiterten Fluchtversuch in das Untersuchungsgefängnis nach Berlin übergeführt worden, wo sie besonders streng überwacht werden. Der Führer dieser Landsberger Fememörder ist Oberleutnant Schulz, um dessen Befreiung es den rechtsradikalen Bünden besonders zu tun ist.

Henri Barbusse
der bekannte französische Schriftsteller und Pazifist, ist nach einer Balkanreise lebensgefährlich erkrankt. Barbusse steht im 50. Lebensjahr und trat 1895 zum ersten Mal als Lyriker auf. Er war dann Kritiker in Paris und veröffentlichte eine größere Anzahl bekannter Romane, von denen besonders das 1916 erschienene „Feuer" allgemein bekannt wurde. Sein tiefes Mitgefühl mit den menschlichen Leiden, seine innere Verneinung alles Ueberlieferten, machten ihn bald in der ganzen Welt bekannt. Die Ueberpatrioten und Säbelrasler seines Landes haben wiederholt mit allen Mitteln gegen ihn zu arbeiten versucht.

Krieg und Völkerrechtsverletzung

Zu Beginn des neuen Jahres wird der Bericht des Dritten Unterausschusses des Reichstagsuntersuchungsausschusses zur Beurteilung der Völkerrechtsverletzungen während des Weltkriegs an das Plenum des Reichstags gelangen. Der Unterausschuß hat seine Arbeiten am 22. Dezember vorläufig abgeschlossen. Das Ergebnis der jahrelangen Verhandlungen über die Völkerrechtsverletzungen im Krieg, vor allem im Gaskrieg, Luftkrieg, belgischen Volkskrieg, Unterseebootkrieg, bei den Deportationen aus Belgien, bei den Verletzungen des Kriegsgefangenenrechts usw., wird in der nächsten Zeit in Buchform bei der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte erscheinen. — Hoffentlich wird die Publikation durch Aufzeichnung der Grausamkeiten des Krieges den Abscheu vor dem Kriege verstärken.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 23. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 19. Dezember insgesamt 1 127 500 Personen. Gegen die Vorwoche ist ein Rückgang um 35 157 Personen zu verzeichnen. Unter den Arbeitslosen befanden sich 188 300 weibliche Personen.

Die christliche Zeitrechnung in der Türkei

Konstantinopel, 28. Dezember. Die Nationalversammlung in Angora hat eine Vorlage angenommen, nach der in der Türkei der gregorianische Kalender eingeführt werden soll. Vom 1. Januar 1926 soll auch die christliche Zeitrechnung in der Türkei eingeführt werden.

Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Drusen und Franzosen

Aus Beirut wird gemeldet, daß die Feindseligkeiten in Syrien zwischen den Drusen und den Franzosen eingestellt worden sind. Es wurde ein vorläufiger Friedensvertrag unterzeichnet, über dem Einzelheiten noch nicht bekannt sind.

Der begnadigte Ehrhardt. Der Staatsgerichtshof hat nach Roßbach jetzt auch den Putschisten Ehrhardt begnadigt. Er vertrat zwar bisher den Standpunkt, daß bei Ehrhardt die Amnestie auf den Meineidfall nicht in Anwendung zu bringen wäre, ist aber plötzlich der Meinung, daß politische Antriebe den Putschisten zu der Meineidaffäre veranlaßt haben.

Stalins Sieg. Der 14. Parteitag der russischen Kommunistischen Partei nahm nach dreitägiger Debatte mit 559 gegen 65 Stimmen eine Entschließung an, in der der Standpunkt des Zentralkomitees der Partei in sämtlichen außen- und innerpolitischen Fragen im Sinne der Ausführungen des Referates Stalins in allen Punkten gebilligt wird.

Ein englisch-türkischer Krieg?

London, 28. Dezember. Der Sondervertreter der Westminster Gazette in Angora telegraphiert unter dem 27. Dezember: Die Lage sei ernst. Am Montag werde der Kriegsrat unter dem Vorsitz Mustapha Kemals zusammentreten, wobei alle Armeeführer anwesend sein würden. Die Regierung werde vielleicht zum Kriege gezwungen werden, um ihr Prestige wieder zu gewinnen und eine Revolution im Innern zu verhindern. Eine Anleihe und wirtschaftliche Zugeständnisse würden nicht genügen. England sollte bereitwilliges Entgegenkommen zeigen, um der Regierung zu ermöglichen, ihr Ansehen zu wahren.

Der türkische Außenminister erklärte dem Belgrader Korrespondenten der Westminster Gazette, die Türkei könne auf die Souveränität über Mosul nicht verzichten und erwarte neue englische Vorschläge.

Sächsischer Lebenshaltungsindex

(Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes)

Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Gesamtindexziffer der Lebenshaltungskosten auf erweiterter Grundlage (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung, Verkehr, Körperpflege, Reinigung usw.) im Durchschnitt des Monats Dezember 142,8 (Vorkriegszeit = 100). Sie ist demnach gegen die für den Monatsdurchschnitt November vorliegende Indexziffer von 143,4 um 0,4 v. H. gefallen.

Die Großhandelsrichtzahl

Berlin, 24. Dezember. Die auf den Stichtag des 23. Dezember berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 16. Dezember (120,9) um 0,8 Proz. auf 120,1 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Industrieerzeugnisse von 131,1 auf 130,8 oder um 0,3 Proz. nachgegeben, während die Agrarerzeugnisse mit 115,3 gegenüber 115,4 in der Vorwoche nahezu unverändert blieben.

Amtlicher Sportbericht

Bericht der Sächsischen Landeswetterwarte

Geising-Altenberg: Bedeckt, schwacher West, + 3 Grad, 1 cm Schnee, kein Sport. — Schmilka (Großer Winterberg): Bewölkt, mäßiger West, + 4 Grad, 10 cm Schnee, kein Sport. — Schwartenberg bei Neuhausen: Bedeckt, schwacher Nord, + 2 Grad. — Annaberg: Bedeckt, mäßiger Südwest, + 3 Grad. — Oberwiesenthal (Fichtelberg): Schneefall, lebhafter Südwest, Null, 55 cm Schnee, Ski und Schlitten mäßig. — Augustusburg: Bedeckt, schwacher West, + 5 Grad.

Witterungsaussichten für den Wintersport: Bis zu 1000 Meter Tauwetter. Spurt unmöglich.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

am 24. Dezember

Weizen, märk. 245–250 (241–246), Roggen, märk. 146–154 (140–149), Gerste, Sommer- 185–212 (185–212), Gerste, Winter- 154–168 (154–168), Hafer, märk. 162–172 (158–165), Weizenmehl 32,50–36,00 (32,00–35,50), Roggenmehl 22,25–24,50 (21,50–23,50), Viktoria-Erbsen 26,00–33,00 (26,00–33,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

(Madame Sans-Gêne) Nr. 4081 bis 4130, am Montag (Das Mädchen in Genua) Nr. 4131 bis 4190. — Das nächste Sinfoniekonzert findet Mittwoch den 30. Dezember, abends 7½ Uhr, im Gewerbehaussaale statt. Leitung: Generalmusikdirektor Fritz Busch. Solistin: Rose Walter. Zur Aufführung gelangen: Haydn: Abschieds-Sinfonie; Mozart: Deutsche Tänze; Humperdinck: Ein Federspiel; Weber: Aufforderung zum Tanz; Lortzing: Ouvertüre: Der Wahrheitsmund; Strauß: An der schönen blauen Donau; Offenbach: Ouvertüre: Orpheus in der Unterwelt. — Aufgerufene Mitglieder: Nr. 5551 bis 6400 Anrechtsinhaber Reihe C. — Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Pflichtveranstaltungen zu besuchen. Freier Kartenverkauf für nichtaufgerufene Mitglieder in der Geschäftsstelle (bis 3 Uhr) sowie Abendkasse. Karten für Nichtmitglieder bei Ries, Str., Römisch, Waisenhausstr., und an der Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendblinde und Reichsangehörige erhalten gegen Ausweis an der Abendkasse Galeriekarten zu 80 Pf.

Zentraltheater. Am 31. Dezember beendet das Neue Theater Gastspiel im Zentraltheater. Freitag den 1. Januar beginnt Gastspiel der Jean Gilbert-Tournee mit der Gesangsposse Uschi Berliner Originalbesetzung mit Uschi Elliot, Fritz Schulz, Grude Berliner. Die Erstaufführung wird der Komponist selbst dirigieren. Der Kartenverkauf beginnt Dienstag den 29. Dezember ab 10 Uhr an der Theaterkasse.

Dresdner Konservatorium. Als Nachfolger des verstorbenen Prof. Arthur Stenz ist der Cellovirtuose Herr Alexander Kowoller als Hochschullehrer berufen worden.

Die Silvesterfeier des Kreuzchors findet nachmittags 4 Uhr (5 Uhr) statt. Gesungen wird Bachs Kantate „Wachet auf, ruft uns die Stimme" für Chor, Solostimmen und Orchester.

Dresdner Volksbühne E. V. Das nächste Sinfoniekonzert am 30. Dezember (Silvestervorabend), abends 7½ Uhr, im Gewerbehaussaale statt. Zur Aufführung gelangt unter Musikdirektor Edward Mörike's Leitung: Haydn: Abschieds-Sinfonie; Mozart: Deutsche Tänze, Humperdinck: Ein Federspiel, Weber: Aufforderung zum Tanz, Lortzing: Ouvertüre „Der Wahrheitsmund", Strauß: An der schönen blauen Donau, Offenbach: Ouvertüre „Orpheus in der Unterwelt". Als Solistin wirkt Rose Walter. — Pflichtkonzert für Nr. 5551 bis 6400 und Anrecht C.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gruppe:

Briesnitz-Leutewitz-Omsewitz

Den Genossen:

Otto Vogel, Omsewitz
Karl Demsky, Omsewitz
Gustav Dölling, Omsewitz
Paul Stelzer, Briesnitz
Paul Dürrichmidt, Briesnitz
Gustav Zwahr, Briesnitz

nebst ihren

lieben Weiberln

die

herzlichsten Glückwünsche

zu ihrer stattgefundenen

Silbernen Hochzeit

bringt nachträglich

Die Gruppenleitung.

Ib430

Am 2. Feiertag verschied sanft und ruhig unsere treusorgende Mutter, Groß-, Urgroß-, Schwiegermutter und Schwester

Frau Marie Clara verw. Giese

geb. Pomsel

im 68. Lebensjahre.

Heidenau und Dresden, 27. Dez. 1925.

In tiefstem Schmerz:

Familien H. Hoffmann und Kurt Giese.

Die Einäscherung erfolgt Mittwoch, vormittags 9½ Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz. Ib596

Schlafzimmer

10teilig, mit 3türigem Spiegelschrank und **echt Marmor** in solidester modernster Ausführung konzl. von 390–400 M liefert

Möbelgeschäft Joh. Hildebrand Wilsdruff

Sitzwannen

mit der blauen Marke kaufen Sie preiswert im Spezialgeschäft

Eduard Geiger

Am See, Ecke Marienstraße

Achtung!

Violinen
Mandolinen
Gitarren
Lauten
Bandoneons
sowie Saiten
und Bestandteile
aller Art

4 Ziegelstraße 4
Friedrich Adam. f1065

½-Räder

Ganzer, Schladitz, Hänel, Torpedo, sofort **Aushändigung bei kleinster Anzahlung** wöchtige Raten fm218

Hause, Palmstr. 19, 2

Postkarten

m. Bild. Vergrößerung. R. Jahnig, Marienstr. 12

Am 1. Feiertag früh entschlief nach langem, schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Onkel, der Steinmetz

Gustav Adolf Beyer

Freital, Birkigter Straße 36, am 26. Dezember 1925.

Im tiefsten Schmerze:

Hulda Beyer geb. **Weidner**
nebst Kindern

zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Mittwoch den 30. Dezember 1925, nachmittags ¾3 Uhr, im Krematorium Dresden-Tolkewitz statt.

Ib271

Allen denen, die beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen

Frau Bertha Alma Bug

geb. **Streuber**

in so überaus reichem Maße Anteilnahme bezeigten, sagen wir nur hierdurch den

herzlichsten Dank.

Freital, den 27. Dezember 1925.

b66) **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Zurückgekehrt vom Grabe meiner durch Herzschlag plötzlich entrissenen lieben, treusorgenden Gattin, unserer guten Mutter

Frau Selma Minna Hoffmann

geb. Rötsch

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden, insbesondere dem Mieterausschuß und Bewohnern der Dr.-Becker-Häuser, dem Freien Turn- und Sportverein Dresden-N. mit Fußballabteilung und dem Personal der Dresdner Tapetenfabrik für die zahlreiche Beteiligung, den herrlichen Blumenschmuck und die Spenden **innigsten Dank.**

Dir aber, teure Gattin und liebe Mutter, rufen wir ein Habe Dank! in dein kühles Grab nach.

In tiefer Trauer:

Ernst Hoffmann und Kinder
Paulstraße 15, III.

b3681

Selbstgefert. Zigarren

6 Stck. 40 Pf., gesamt. Zigarrenstab ½ Pfd. 1.50 verkauft **Reimann,** Johannesstraße 23 und Wilder-Mannstr. 8. Ib3992

Pa. Beerenwein

süß, kostbillig **Ltr. 75 ₰**

Dr.-Briesnitz, Merbitzer Str. 13 u. **Am See 23 I.**

Unterstichnäherinnen

für Saal gesucht

Simson & Stern, Schlüterstr. 38

Radeberg. Alte Realschule
Erzgebirg. Weihnachtsberg

Bis 3. Jan. tägl. geöffnet v. morm. 10 bis abends 8 Uhr. Eintritt: Erwachs. 50 Pf., Kinder 20 Pf. Wochentags ermäß. **Erzgeb. Volkskunstschnitzerei.** Hochinteressant jung u. alt. Um gütl. Unterstützung bitt. **Willy Schlainger, Hartenstein (Erzg.)** Kgl. u. Kaiserhuesen

---

URANIA

12 Monatshefte und 4 wertvolle Bücher vierteljährlich nur 1.60, mit geb. Buch 2.25 M. Probehefte u. Prospekte

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Wir empfehlen

Novellen der Freundschaft

Volksbuchhandlung und ihre Filialen

Ab **1. April** oder **früher** ist das [w 222 b

Volkshaus in Pirna

zu **verpachten.** Es umfaßt Schankwirtschaft, großen Festsaal, kleinen Saal, Garten, Kegelbahn, Uebernachtungszimmer und ausreichende Wirtschaftsräume. Durch die sehr günstige Lage an der verkehrsreichsten Straße in Pirna und durch den Verkehr der Gewerkschaften ist einem intelligenten, strebsamen Wirt die Möglichkeit gegeben, sich eine gute Existenz zu schaffen. Pachtzeit nach Vereinbarung.

Angebote sind einzureichen bis 31. Dezember 1925 an den

Vorstand des Konsumvereins Vorwärts für Dresden u. Umg., e. G. m. b. H., Dresden-A. 1, Rosenstr. 99/101.

Lichtspiele Freiberger Platz

Der Riesenerfolg der Feiertage

Uraufführung

der im letzten halben Jahre am meisten begehrten und von jung und alt gelesenen abenteuerlichen, sensationellen

„Tarzan"-Bücher im Film

Tarzan

Der Herr der Wildnis (mit Elmo Lincoln)

in: Das zweite neue Buch:

Der Goldschatz von Opar

Abenteuer-Sensation / 7 spannende Akte

Das Neueste, was bis jetzt fertiggestellt wurde

Aus dem Inhalt:

Der weiße Häuptling der Waziri — Die Lotterie des Todes — Die Stadt des Goldes — La, die Hohepriesterin Opars — Die Schatzgewölbe von Opar — Wie Tarzan wieder nach Opar kam — Durch den Urwald — Ein glückliches Wiedersehen.

Dazu: **Das reichhaltige lustige Beiprogramm • 3 Akte**

Versäumen Sie nicht, sich dieses reichhaltige Programm anzusehen! **Nur eine Woche!**

Einlaß 4, 6, 8¼, Sonntags 3½ Uhr. [f 822

Nur zeitiges Kommen sichert guten Platz

CAPITOL

Das modernste Lichtspiel-Theater Dresdens
PRAGER STRASZE 31.

Dienstag den 29. Dezember

URAUFFUHRUNG

des neuesten Sascha-Films der Phoebus

DAS SPIELZEUG VON PARIS

Regie: MICHAEL KERTESZ

Die Hauptrolle spielt

LILY DAMITA

eine neunzehnjährige Tänzerin vom Casino de Paris

Weitere Mitwirkende:

Maria Fein — Eric Barcley — Hugo Thimig

Außerdem ein zweiaktiges Lustspiel mit

BUSTER KEATON

Beginn: 4, ¼7, ½9 Uhr [b 831

Fabrik-Neubau

der Fa. **Ferd. Ed. Hänel**

Watt- und Steppdecken-Fabrik. — Gegr. 1863. [b 591

Zunächst soll das Grundstück **Mühlgäßchen 5** abgetragen werden. Diesbezügliche Angebote bis 2. Januar 1926 nach **Mühlgäßchen 4.**

SARRASANI

Dresden-N. Telephon 23843, 23844

Montag, 28. Dez., 7.30 Uhr: **Premiere**

Zirkus-Pantomime

für alt und jung:

Ein

Winter-Märchen

Sarrasanis klassische, poetische, romantische Schöpfung.

Täglich 7.30 Uhr. Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr. Nachmittags zahlen Kinder bis zu 14 Jahren halbe Preise.

Vorverkauf: Zirkuskasse ab 10 Uhr ohne Pause und Residenz-Kaufhaus. [w 3

---

8 Telephon 14880 ½9

Tymians halla-Theater egernseer

Der Bomben-Lacherfolg!
Nur bis 31. Dezember

s 's Lieserl

Ab Silvester, 31. Dezember

Der Amerikaseppe

Täglich 3 Uhr

Schneewittchen

Die Kleinen jubeln! [f

Erwachsene **50** Pf. bis **1.50,** Kinder die Hälfte

Abends Vorzugskarten gültig! Vorverkauf: 10 b. abds. 6 Uhr

Starkes Spezial-Kurbade Quarzlicht - Ans

für Hydro- und Elektrotherapie, Massage, Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung

Telephon-Anschluß 28502. **Dresden-N.** Bautz Straße

Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr
An allen Krankenkassen zugelassen.

Damentaschen

Besuchstaschen, Party-cases
Brief- und Geldtaschen, Zigarrenetu
Neueste Modelle! Riesenauswahl
Eigene Anfertigung! Verkauf z. Fabrikpreisen direkt in den Werkstätten.
Reparaturen! Sonderanfertigungen

Thomaß

Reichsstraße 4 :: Lindenaustraße 1

Verkauf nur im Hofe

[w

Zauberer Burul

Märchen von Rob. Grötsch.

Peter Stoll

Ein Kinderleben von Carl Dau

Neu eingetroffen!

Zwei Bücher für Kinder, junge und alte

Dresdner Volksbuchhandlung

Ohne Geld nicht aber auf **Credit** zu Abbe preisen

H.-Anzüge H.-Mäntel | D.-Kostüme D.-Mäntel
H.-Hosen H.-Joppen | D.-Kleider D.-Röcke

Sämtl. Manufaktur-, Pelz- und Schuhwaren gegen kleinste Ratenzahlung.

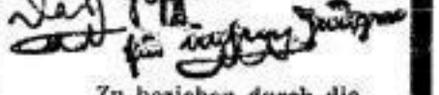
M. Langer, Inhaber, Frauenstraße 12.

Nicht von Königen, Prinzen und Prinzessinnen, aber vom Meterer La von Groben und Feinen und von

enthält das neue Märchenbuch

Julius Zerfaß:
Die Reise mit dem Lampe

Mit vielen Bildern von Max Gra



Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlu

und ihre Filialen.

Leuben. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung — Anzeigen von Inseraten — Werbe- und sonstige Litera nimmt entgegen

Willi Biehle, Leuben, Bahnhofstraße

Achtung, großer Ausverkauf!

Weine, Süssweine, Spirituosen

infolge freundschaftlicher Auseinandersetzung mit meinem Sozius [w

Bernhard Priemer, Dresden-A., A. d. Frauenkirche

Die kommunale Finanznot

Forderungen der sozialdemokratischen Gemeindeleiter

In der Zusammenkunft der sozialdemokratischen Gemeindeleiter am 19. Dezember in Dresden referierte Genosse Dr. Hertz, Berlin, über die aktuelle Frage des Finanzausgleichs. Nach einem historischen Rückblick, in dem er das unterschiedliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern auf finanziellem und steuerlichem Gebiet, die Folgen des Krieges, die Bedarfs- und Deckungsversicherung, die Stellungnahme der Wirtschaft, des Bürgertums, eingehend schilderte, hob Genosse Hertz die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu diesen wichtigen Fragen hervor. Die Fraktion könne nicht einseitig wirken, sondern müsse Reichs-, Länder- und Gemeindeinteressen ausgleichend berücksichtigen. Von diesen großen Gesichtspunkten aus könne die Fraktion weder einem besonderen, noch unbegrenzten steuerlichen Zuschlagsrecht der Gemeinden das Wort reden. Dr. Hertz wies im einzelnen nach, daß diese von den bürgerlichen Kreisen — namentlich der Wirtschaft — ausgehenden Bestrebungen sich sozial hemmend auswirken müßten. Die Wahrung des Selbstverwaltungsgedankens wäre für diese Kreise nur Mittel zum Zweck. Zur Behebung der Notlage der Gemeinden müßten andre Wege gegangen werden.

Die Reichstagsfraktion ist bestrebt, dafür zu sorgen, daß ohne finanziellen Ausgleich den Gemeinden keine neue Lasten zugewiesen werden, daß durch die Länder eine gerechte Unterverteilung zwischen Last und Ausgleich erfolgt, und daß die gesunkene Steuermoral der zur Steuer veranlagten Kreise durch Offenlegung der Steuerlisten wieder gehoben werde. — In der Aussprache wurde von Vertretern einer Minderheit betont, daß nur die krasse Finanznot der Gemeinden den Gedanken an ein gemeindliches Zuschlagsrecht aufkommen lasse. Die letzte sächsische Notverordnung über den Finanzausgleich lasse die Wünsche der Gemeinden unberücksichtigt. Die Finanzämter müßten sich bei Steuerveranlagungen mehr der Mitarbeit der Gemeinden bedienen, wie überhaupt festgestellt werden müsse, daß die kommunalen Belange bei den führenden Stellen mangelhaft vertreten würden. Im Schlußwort ging Genosse Dr. Hertz auf die erhobenen Einwände ein und gab dabei einen wertvollen Ueberblick auf steuerpolitischem Gebiet. Der Vorsitzende, Genosse Krimpel, stellte dann die Uebereinstimmung der Versammlung mit den Ausführungen des Referenten fest.

In teilweisem Zusammenhang mit dem Referat fanden nachstehende Entschließungen eines Vorberatungsausschusses Zustimmung:

I. Zur Mietzinssteuer.

Die Versammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Amtshauptleute, Bürgermeister usw. vertritt ganz entschieden den Standpunkt, daß erstens spätestens ab 1. April 1926 die Mietzinssteuer für Neubauzwecke auf 20 v. H. der Friedensmiete festgesetzt wird, daß zweitens ein gerechter Ausgleich zwischen dem Aufkommen der verschiedenen Gemeinden und dem Grade ihrer Wohnungsnot stattfindet, und daß drittens Grundsätze für die Verwendung dieser Mietzinssteuer einheitlich für das ganze Land aufgestellt werden.

Die Grundsätze sollen enthalten:

1. Vorschriften über die Höhe der Tilgungsraten (möglichst 2 bis 3 v. H.) unter Fortfall jeglicher Verzinsung;
2. Vorschriften, welche verhindern, daß auch nach erfolgter Rückzahlung der Baubeihilfen mit dem Gebäude spekulative Gewinne erzielt werden können (Anwendung des Heimstätten, Erbbau-, Wiederkaufsrecht, nicht aber das einfache Vorkaufsrecht);
3. Vorschriften, daß den Wohnungsämtern zur Vergebung an Wohnungsuchende nach der Dringlichkeit mindestens so viel Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, als der Höhe der an Private gewährten Beihilfen entspricht;
4. Vorschriften, daß in erster Linie Siedlungen geschaffen werden und Straßenbaukosten nicht aus der Mietzinssteuer gedeckt werden dürfen.

II. Zur Grundwertsteuer.

Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit, daß in Sachsen mit Wirkung vom 1. April 1926 eine Steuer vom Bodenwert nach dem Muster von Anhalt an Stelle der unzulänglichen und ungerechten bisherigen Grundsteuer eingeführt wird. Wenn bei bebauten Grundstücken nur der reine Bodenwert besteuert wird, können auch die Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes hinsichtlich des Ertragswertes nicht in Frage kommen, weil grundsätzlich weder das Gebäude, noch der Grundertrag besteuert werden soll.

III. Zur Wertzuwachssteuer.

Die Versammlung empfiehlt allen Parteifreunden, in denjenigen Gemeinden, in denen der Grundstücks-Verkaufswert erheblich über dem Vorkriegswert liegt, eine Wertzuwachssteuer einzuführen, die auch für solche Grundstücksverkäufe gilt, bei denen der Verkäufer das Grundstück vor dem 31. Dezember 1918 und es mindestens nach dem 1. Januar 1900 erworben hat.

Der Vorstand wird beauftragt, sich für die Durchführung dieser Entschließungen einzusetzen, und hinsichtlich der Grundwertsteuer und Wertzuwachssteuer nötigenfalls entsprechende Anträge zur Ergänzung oder Abänderung der in Frage kommenden reichsgesetzlichen Vorschriften zu stellen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung brachteb Genosse Bürgermeister Rauner, Rottluff, an einigen Beispielen zum Ausdruck, welche finanzielle Belastung der omnöse Reichsschulgesetzentwurf für die Gemeinden bedeute. Die Versammlung ging mit seiner ablehnenden Haltung konform. Unter Verschiedenem wurde die Wichtigkeit unsrer Arbeit in den gemeindlichen Zweckverbänden betont. Bei ihren Veranstaltungen müßten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter ihr Delegationsrecht beachten und die Haltung ihrer Delegierten kontrollieren. Die Vorbereitung hierzu sei mit eine Aufgabe des neugebildeten kommunalpolitischen Ausschusses der Landesparteiinstanzen. Ein gemeinsames Arbeiten mit diesem Ausschusse wurde gefordert. Der mitanwesende Genosse Edel, M. d. L., sagte Förderung zu. Anträge zur Vornahme einer Wohnungsnotstatistik, zur Vereinigung der Wohnungsämter und zur inneren Organisation der Arbeitsgemeinschaft überwies die Versammlung nach anregender Aussprache dem Vorstand.

Sozialdemokratische Beamte!

Die Berichte über die Landestagung sozialdemokratischer Beamten in Leipzig am 12. und 13. Dezember 1925 hat bei vielen Beamtengenossen nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Den hier in Frage kommenden Kreisen ist es fast gar nicht bekannt, daß in der Partei die Beamtengenossen in besonderen Beamten-Arbeitsgemeinschaften hin zusammengefaßt sind. Die Frage, warum dies so ist, soll hier nicht erörtert werden. Erörtert und besprochen soll lediglich nur die Tatsache werden, daß die Arbeitsgemeinschaften mit Zustimmung der Landesinstanzen 1920 ins Leben gerufen wurden, und es deshalb Pflicht eines jeden Beamtengenossen ist, sich an den Arbeiten der für ihn in Frage kommenden Arbeitsgemeinschaft rege zu beteiligen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Ein großer Teil der Beamtengenossen weiß überhaupt nicht, welche Art Parteiarbeit zu leisten ist. Ihnen ist es vollkommen fremd, daß sie regelmäßig an den Gruppensitzungen ihres Bezirks teilzunehmen und dort an den allgemeinen Parteiarbeiten mitzuwirken haben. Darüber hinaus haben sie die Pflicht, an den Arbeiten ihrer Beamtenarbeitsgemeinschaft teilzunehmen und sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche Aufgaben der Beamte als Sozialdemokrat hat.

Diese Arbeitsgemeinschaften sind kein Staat im Staate, wie dies vielfach und von gewissen Seiten angenommen wird, sondern ein parteipolitisches Gebilde mit seiner höchsten Spitze, dem Reichsbeamtenbeirat beim Parteivorstande in Berlin, dem der Genosse Stelling vorsteht, und dem der Genosse Wäger, Berlin, als Sekretär beigegeben ist. Dieser Reichsbeamtenbeirat in Berlin hat auf seiner Tagung am 4. und 5. September 1925 den Beschluß gefaßt, daß jeder Beamtengenosse Mitglied einer parteigenössischen Beamtenorganisation sein müsse. Die bisherige mangelnde Erfassung der parteizugehörigen Beamten durch eine Beamtenorganisation hat zu einer Neuaufziehung gezwungen, die den Zweck verfolgt, dem gefaßten Beschluß Rechnung zu tragen und durch eine Neuabgrenzung von Befugnissen und Aufgaben die zu leistende Arbeit zu fördern und zu befruchten.

Der organische Aufbau ist in den auf der Leipziger Tagung angenommenen Richtlinien festgelegt und wird Gegenstand weiterer Beratung und Beschlußfassung in den Arbeitsgemeinschaften werden. Zu bemerken ist, daß bei nachstehenden Berufsgruppen Arbeitsgemeinschaften bestehen: Eisenbahn, Gemeinde, Justiz, Lehrer, Polizei, Post, Steuer, Zoll und Verwaltung. Die Arbeitsgemeinschaften haben die Aufgabe, den zu behandelnden Stoff, z. B. Schulangelegenheiten in der Lehrerarbeitsgemeinschaft, Gemeindeangelegenheiten in der Arbeitsgemeinschaft sog. Gemeindebeamten usw. nach den Grundsätzen des Parteiprogramms zu bearbeiten und den maßgebenden Instanzen als Unterlagen (z. B. den Reichstags-, Landtags- oder Gemeindevertretungen) zu übermitteln. Infolge dieser Mitarbeit dürfte mehr als positive Arbeit geleistet werden können, und es dürften die Vorwürfe, daß den vorstehenden Vertretungen nicht genügend stichhaltiges Material zur Verfügung gestellt werde, ein Ende nehmen.

Deshalb, ihr sog. Beamtengenossen, heran zur Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften. Hinweg mit der Verärgerung, wenn diesem oder jenem parteipolitische Vorkommnisse nicht gleich in den Kram passen! Dazu gehört vor allem Bekennermut, offener Bekennermut, der sich nicht beschränkt auf die Ablieferung der Beiträge, sondern sich öffentlich für die Partei betätigt. Hierzu gehört das Halten und Lesen der Volkszeitung. Die meisten Beamtengenossen glauben, ohne das Abonnement auf Genuß bürgerlicher Blätter nicht auskommen zu können. Hier liegt mit ein Grund für die mangelhafte Mitarbeit für die Partei, weil alle Ankündigungen nur in der Volkszeitung bekanntgegeben werden.

Ein Punkt bedarf noch der Erwähnung, und das ist der leidige gewerkschaftliche Richtungsstreit. Die Ansicht, daß Genossen aus dem DBB. sich nicht mit Genossen aus dem ADB. an einen Tisch setzen dürfen, um Parteiarbeit zu leisten, ist falsch. In den Arbeitsgemeinschaften ist man Parteimann und nicht Gewerkschafter. Wenn erst einmal der sozialistische Gedanke fester Wurzel gefaßt hat, auch in der Beamtenschaft, dann ist die Frage: hie DBB. — hie ADB. sowieso erledigt.

Also nochmals heran, ihr sozialistischen Beamtengenossen, zur Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften!

Paul Schmidt, Arbeitsgemeinschaft soz. Gemeindebeamten.

Sachsen

Der verschwundene Zucker des Bezirksverbandes

In der letzten Bezirksausschußsitzung der Amtshauptmannschaft Bautzen kam Herr Amtshauptmann Dr. Jungmann auf Grund der Veröffentlichung der Volkszeitung für die Oberlausitz auf den in der Inflationszeit verschwundenen Zucker zu sprechen. Ihm sei persönlich gar nichts von der Angelegenheit bekannt, da er damals noch nicht im Amte war. Er habe sich deshalb schriftlich an Herrn Richter (einen sozialdemokratischen Vertreter im Bezirksausschuß) mit der Bitte um nähere Unterlagen gewandt. Aus der Antwort des Genossen Richter ging hervor, daß ein Fehlbetrag von etw. 130 Zentner Zucker festgestellt worden sei, und daß er sich bereit erkläre, da die Akten des Bezirksverbandes vernichtet sind, in seinen eigenen Aufzeichnungen nach Unterlagen zu suchen. Auch die Bürgermeister Kühn, Bischofswerda, und Seidel, Kirschau, bestätigten, daß ihnen noch „dunkel in Erinnerung sei", als habe sich bei der Zuckerverteilung ein größerer Fehlbetrag ergeben. Derselbe sei dann aus vorhandenen Reserven gedeckt worden. Herr Pietsch (Burk), der unsern Lesern wegen seines Husarenrittes gegen unser Bruderblatt, die Oberlausitzer Volkszeitung, nicht unbekannt ist, wandte sich dagegen, daß die Angelegenheit jetzt überhaupt noch behandelt wird. „Der Zucker ist eben weg, und damit ist's gut!", erklärte der große Kommunalpolitiker Pietsch, dessen Aeußerungen allerhand Schlußfolgerungen zulassen.

Der Jungdohäuptling als Einbrecher

In Oberfriedersdorf (O.-L.) wurde vorige Woche der Vorsitzende des Jungdeutschen Ordens Erwin Bey verhaftet. Drei Einbrüche bei Proletariern, bei denen er 105 M. und zwei Uhren, 60 Mark und im dritten Falle 20 Mark, Decken, Wäsche und ein Girobuch stahl, hat der Verhaftete bereits eingestanden. Das Girokonto des Bestohlenen versuchte der Dieb mittels gefälschter Unterschrift zu erleichtern, was infolge der Vorsicht der Gemeindebeamten verhindert wurde. Während sich der Jungdomann in den ersten beiden Fällen durch Eindrücken von Fensterscheiben in die Wohnungen Eingang verschaffte, benutzte er bei dem anderen Einbruch eine fünf Meter lange Leiter, um durch das Dachfenster einzusteigen.

Die Probe aufs Exempel

Unser rheinischer Mitarbeiter schreibt uns u. a.: Die Krise im Solinger Industriebezirk hat sich in den letzten Wochen weiter verschärft. In den Städten Solingen, Wald, Ohligs, Gräfrath und Höhscheid, die zusammen rund 130 000 Einwohner zählen, gibt es augenblicklich mehr als 10 000 Personen, die ganz auf öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen. Die Zahl der vollerwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger wurde bei der letzten Feststellung mit 2400 angegeben. Dazu kommen rund 4000 Frauen und Kinder. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß zahlreiche Erwerbslose ausgesteuert, nicht unterstützungsberechtigt oder mit Notstandsarbeiten beschäftigt sind. Weiter ist ein großer Teil der noch in Arbeit stehenden Personen auf den kargen Verdienst aus Kurzarbeit angewiesen. Selbst die ältesten und solidesten Firmen sind im Solinger Gebiet zur Kurzarbeit übergegangen.

Man hat sich nun angesichts der gegenwärtigen Krise vielfach daran gewöhnt, eine der wichtigsten Ursachen für die Gestaltung des Arbeitsmarktes in dem Rückgang unsrer Warenausfuhr zu suchen. Für das Solinger Industriegebiet trifft das aber nicht zu. Der größte Teil der dortigen Bevölkerung ist in der alten und weltbekannten Industrie feiner Schneidewaren (Messer und Scheren) beschäftigt. Neben der Schneidewarenindustrie spielen die vorhandenen Fahrrad-, Schirmgestell- und Kofferbügelindustrie eine geringere Rolle. Dasselbe ist auch über das Gießereigewerbe zu sagen. Die Schneidewarenindustrie aber ist überwiegend auf Export eingestellt, und zwar in einem Maße, daß der Inlandbedarf selbst höchstens ein Drittel des Exports ausmacht. Der Inlandabsatz ist aber für die Gesamtindustrie immer noch bedeutend genug, daß die gegenwärtige Depression in der Schneidewarenindustrie einzig und allein auf den gesunkenen Absatz auf dem deutschen Markt zurückzuführen ist. Im Durchschnitt des Jahres 1913 wurden aus Deutschland monatlich 4960 Doppelzentner feine Schneidewaren, die zu 90 Prozent im Solinger Gebiet hergestellt wurden, ausgeführt. Im Oktober 1925 stellte sich aber die Ausfuhr auf 6850 Doppelzentner, nachdem im Durchschnitt der ersten neun Monate des laufenden Jahres 5670 Doppelzentner monatlich ausgeführt waren. Der durchschnittliche Exportwert hat im Jahre 1913 pro Monat 3,2 Millionen Mark betragen, im Monat Oktober 1925 stellte er sich aber auf 6,66 Millionen Mark.

Auf Grund dieser Feststellungen kann man die Krise im Solinger Bezirk unmöglich aus dem Nachlassen des Exports erklären, wenn dieser auch seit Oktober tatsächlich etwas zurückgegangen ist, weil die Lieferungen nach dem Ausland vom Lager ausgeführt wurden, ohne daß eine Wiederauffüllung der Läger durch Neuproduktion erfolgt. Die Ursache der Krise ist darin zu erblicken, daß der Absatz auf dem deutschen Markt tief unter dem normalen Stand liegt, weil die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung allzusehr geschwächt ist. Somit ist die Krise der Solinger Industrie eine recht wirkungsvolle Demonstration für die Folgen der Schwächung unsrer inländischen Kaufkraft durch unsre fehlgeleitete Wirtschaftspolitik, die sich insbesondere durch Lohndruck und eine unheilvolle Zollgesetzgebung geäußert hat. Bemerkenswert sind in dieser Beziehung auch die Feststellungen der Solinger Handelskammer, die, soweit der Inlandabsatz von Solinger Stahlwaren in Frage kommt, darlegen, daß die Kaufkraft im Inlande offenbar immer mehr und mehr zurückgeht.

Patriarch Mahnke

51 Roman von Ottomar Enking

Flüsternd besprachen sie den traurigen Fall miteinander und sagten wohl: „Das hat der Alte nicht verdient, er hat viel um ihn getan."

Der Wagen rollte schwankend über das Pflaster zum Lübecker Tor hinaus. Der Alte sah nicht die Sonne, er sah nicht das Blühen und die ganze Pracht. Er dachte auch nicht an die Menschen um ihn, es tat ihm nicht wohl, daß sein Schicksal viel Mitgefühl erweckte. Er empfand nicht einmal die geringste Befriedigung darüber, daß man ihn so hoch achtete, wie das große Gefolge bezeugte. Er dachte nur daran, daß er jetzt seiner lieben Frau ihren Jüngstgeborenen brachte, und der war zum Selbstmörder geworden. Weiter dachte er nichts.

August Schlegel preßte ihm dann und wann die Hand und versuchte, ein treues Wort zu reden, aber er konnte nichts finden. Seine Freundesseele war leer vor dem Unbegreiflichen, und der Schmerz um seinen lieben Woldemar zog ihm die Brust zusammen.

Immer weiter ging es hinaus. Immer näher kamen sie der Stätte, wo Mutter ruhte, und die der alte Mahnke alle die Jahre hindurch sorglich gehegt und gepflegt hatte. Und je näher sie kamen, desto furchtbarer wurde es dem Vater. Jetzt erst meinte er, daß Mutter recht erfahre, was passiert war. Jetzt erst war ihm, als ob ihre Seele tiefes Weh darum leiden müsse.

Zu Seiten des Gefolges strömten die Leute mit. Frauen mit Körben, Mädchen mit Kinderwagen, Männer im Arbeitsanzug drängten sich vorwärts und auf den Friedhof. Sie wollten sehen, wie so einer begraben wurde.

Der Wagen knirschte über den gelben Sand, als er in das Friedhofstor einfuhr. Dann hielt er. Die Träger hoben den Sarg herab und trugen ihn bis an den geöffneten Hügel. Der Sarg wurde auf die Querbretter gestellt, die Seile wurden herumgelegt. Ernst nahm seinen Hut ab, hielt ihn vors Gesicht, und alle taten es ihm nach. Wieder ein stilles Gebet, die Träger zogen an, die Bretter wurden herausgenommen, der Sarg versank, der Sohn war gebettet bei seiner Mutter.

Ganz dicht an das offene Grab heran trat Mahnke und blickte lange hinab, und ihm däuchte, er sähe da unten Mutter weinen. Dann streute er drei Hände voll Sand auf den Sarg. Es rieselte durch die Kränze. Nach ihm tat Ernst seinem Bruder den letzten Liebesdienst, ihm folgten August Schlegel und Hermann und Meier, und dann kamen die andern alle. Keiner wollte zurückbleiben.

Der Alte stand ohne Tränen. Sie drückten ihm die Hand, er sah jeden groß an und sagte immer nur:

„Gott sei seiner Seele gnädig."

Als alles vorüber war, gingen die andern. Der Alte aber wollte sich nicht trennen, immer wieder blickte er hinab und flüsterte nur dann und wann die beiden Namen: „Meine Klara! Mein armer Rudolf!", bis es wie ein Krampf durch seine Glieder lief.

„Komm, Woldemar, komm, mein lieber Woldemar!" sagte August Schlegel. Der Alte blickte ihn erst wie fremd an, ließ dann das graue Haupt sinken und lehnte es an die Schulter seines Freundes. Seine Kraft war zu Ende, und als er versuchte zu gehen, wäre er gefallen, wenn ihn nicht Ernst und August Schlegel gehalten hätten. Meier stand auf der andern Seite des Grabes und blickte seinem Prinzipal mit der ehrlichsten Trauer nach.

Mahnke ließ sich wegführen bis an die Friedhofspforte, wo ein Wagen seiner harrte. Daheim schloß er sich ein und kämpfte den schwersten Kampf seines Lebens, bis sein Glaube siegte.

*

Ja, er fand mit der Zeit seinen Frieden. Aber seine Tage flossen freudelos dahin, und er sehnte sich oft danach, daß sich auch für ihn jene Stätte erschlösse, auf der das Sandsteindenkmal mit der Inschrift „Familie Mahnke" stand.

Charlotte gab einem Kinde das Leben.

„Siehst du," meinte August Schlegel, „das ist das Richtige. Jetzt wird es besser werden draußen in Feldbeck."

„Das müssen sie mit sich selbst abmachen," entgegnete Mahnke müde, „ich habe keine Lust mehr, darüber nachzudenken."

Alle munteren Reden seines Freundes, der, wie er sagte, mit immer volleren Segeln in den Kriegshafen der Ehe steuerte, waren umsonst. Der Alte blieb ein wortkarger Mann, der Schande auf sich fühlte. Er arbeitete nach gewohnter Weise. Meier aber wurde ihm eine immer größere Stütze, und es ging schon das Gerücht, daß Meier bald für seine kleine Erbschaft das Geschäft übernehmen werde.

Die Liebe aber, die in dem Alten lebte, suchte trotz allem Leid ihren Ausweg, und so ward die kleine Trudel der Trost seiner späten Tage. Auf sie häufte er alle Milde und Güte, und als eines Abends Elise, deren ganze Sorge darin bestand, ihm das Leben leicht zu machen, zart um ihn beschäftigt war, sah er sie an und sagte:

„Ich wollte, Trudel könnte Vater zu mir sagen."

Elise küßte ihn auf die Stirn:

„Laß sie Großvater sagen."

Er drückte ihr die Hand:

„Du hast recht."

Er ging in sein Schlafzimmer, wo über seinem Bette das Bild seiner Frau hing, und flüsterte:

„Sei nicht böse, Mutter. Ich dachte wohl einen Augenblick, ich könnte noch einmal von vorn anfangen und es besser machen, wie ich es gemacht habe. Aber es ist zu spät. Laß mich denn tun, was ich noch tun kann."

Das Kind war ihm herzlich zugetan und sagte gern Großvater. Dann huschte ihm ein Lächeln über die ernsten Züge.

Ernst war viel bei seinem Vater, und so schwer er auch an dem Schicksal trug, das seine Familie heimgesucht hatte, er war doch erleichtert, denn jetzt stand er gerechtfertigt da, jetzt durfte er dem Vater nicht noch mehr Kummer bereiten, jetzt mußte er bleiben, wo er war. Und er blieb und lebte die reine Lehre nach dem Herzen des Konsistoriums. So gingen die Monate und Jahre.

August Schlegel ließ nicht ab, nach Mitteln zu suchen, um Mahnke aufzuheitern. Einmal hatte er eine lange Unterredung mit Elisen, die sagte darauf zu dem Alten:

„Schlegel meint, ob du nicht Lust hast, zum Stiftungsfest im Gewerbeverein zu gehen? Es wird eine kleine Abwechslung für dich."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dresdner Chronik

Das Emblem

jo. Man sage nicht, daß die Embleme bedeutungslos seien. Sie sind Sinnbilder, müssen also einen Sinn haben, soweit den Kundgebungen menschlichen Geistes überhaupt ein tieferer Sinn zugebilligt werden kann. Was, wie man gleich sehen wird, nicht immer der Fall ist.

Zu den wesentlichen Emblemen eines Volkes gehören seine Flaggen. Die Flagge gilt als nationales und als internationales Erkennungszeichen, und es ist klar, daß man sie nicht entbehren kann. Jede Flagge ist Legitimation. Im eigenen Lande legitimiert sie den Staatsgedanken, der sie geschaffen hat, vor der Welt legitimiert sie die Nation, deren Hoheitszeichen sie darstellt. Deshalb brauchen wir Post- und Schiffahrtsflaggen, und kein vernünftiger Mensch kann etwas daran auszusetzen haben, daß die deutsche Republik, nachdem sie mit der Monarchie auch ihre Embleme überwunden zu haben glaubte, sich, trotz tiefster Verelendung, neue Embleme schuf. Es ist nötig, den Blick zu erheben, und wäre es auch nur zu einem Stück buntfarbigen Tuches.

Aber man fragte sich schon damals mit einigem Staunen, zu welchem Zweck für das freiterwählte Oberhaupt der deutschen Republik eine „Präsidenten-Standarte" geschaffen worden sei. Das war eine allzu enge Anlehnung an schlechte Vorbilder, und man sah nicht recht, bei welchen feierlichen Gelegenheiten ein Reichspräsident dieses prunkvolle Symbol über seinem ungekrönten Haupte flattern lassen wolle. Doch dies war eine Frage des Geschmacks. Man konnte andrer Meinung sein und sich, unter Umständen, von in Dingen der Repräsentation erfahreneren Persönlichkeiten überzeugen lassen.

Nicht überzeugen lassen konnte man sich dagegen von der Notwendigkeit, der deutschen Republik auch ihre Kriegsflagge zu geben. Schon im Jahre 1919 hingen in allen deutschen Amtsstuben, auf jedem deutschen Postamt die amtlichen Flaggentafeln, auf denen, hervorgehoben durch ein wuchtiges E. K., die Kriegsflagge prangte.

Deutschland hatte den Krieg notorisch verloren. Es hatte mit dem Krieg alles verloren, was ihm politisch die Stellung einer Großmacht verliehen hatte. Es wollte und konnte an einen neuen Krieg nicht denken, verkündete vor der Welt den neuen Geist: den Geist des Friedens, strafte sich aber selbst Lügen, indem es, gewissermaßen auf Vorrat, seine neue Kriegsflagge ausstellte, für die es doch, weiß Gott, keine Verwendung hatte und haben wollte.

Es vergingen Jahre und man gewöhnte sich daran, dieses unbegreifliche Emblem, das einem manche Ohrfeige versetzt hatte, zu ignorieren.

Dann kam der Sicherheitspakt mit seinen ausgesprochen friedlichen Vertragsklauseln.

Ich wartete tatsächlich auf die erlösende Geste der Reichsregierung. Ich wartete darauf, daß diese Flaggentafeln eingezogen und durch neue ersetzt werden würden, auf denen das Emblem des Krieges fehlte. Ich freute mich im voraus des guten Eindrucks, den diese noble und vielsagende Geste vor der Welt machen würde, und war sicher, daß sie erfolgen werde. Denn wenn man erst so weit ist, den Krieg als Diskussionsmittel zu verwerfen, dann braucht man, sollte man meinen, auch seine Sinnbilder nicht mehr. Zumal da von ihnen ein Einfluß auf den Ausgang eines Massenmordens so doch nicht zu erhoffen ist.

Deutschland in der Welt voran! Wir wären das erste „zivilisierte" Volk ohne Kriegsflagge gewesen. Und hätten, was auch nicht zu verachten ist, logisch gehandelt.

Nichts! Das Emblem spukt weiter. Es verbildlicht einen Sinn und gemahnt uns an unsägliches Grauen.

Schöner aber wäre es, wenn an der Stelle dieses farbigen Symbols das Weiß der Unschuld auf unsrer Flaggentafel leuchtete!

In 30 Minuten von Coschütz bis zum Arsenal

Die Direktion der Städtischen Straßenbahn schreibt uns: Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, wird die städtische Autoomnibuslinie Nürnberger Straße—Coschütz von Montag, dem 28. Dezember, an über Postplatz, Albertplatz bis zunächst zum Arsenal verlängert. Die neue Linie schafft eine bisher fehlende unmittelbare Verbindung der Coschützer Hochebene mit der inneren Stadt und der äußeren Neustadt und für die in Coschütz, Gittersee und Burgk wohnenden zahlreichen Arbeiter eine gute und rasche Verbindung nach den Arbeitsstätten im Industriegelände. Die verlängerte Linie nimmt ab Nürnberger Straße, dem jetzigen Endpunkt, folgenden Fahrtweg: Chemnitzer Straße, Falkenbrücke, Falkenstraße, Sternplatz, Annenstraße, Postplatz, Sophienstraße, Theaterplatz, Albertplatz, Königsbrücker Straße bis König-Georg-Allee (vorläufiger Endpunkt). Es werden folgende Haltestellen eingerichtet: Nürnberger Straße, Schweizer Straße, Ammonstraße, Annenkirche, Postplatz, Schloßplatz, Neustädter Markt, Albertplatz, Bischofsweg, König-Georg-Allee. Die Fahrzeit beträgt für die ganze Linie nur 30 Minuten.

Fahrplan:

Nach Arsenal: Ab Coschütz: 5,45 bis 8,30 alle 15 Min., 8,50 bis 4,00 nachm. alle 30 Min., 4,00 bis 8,00 abends alle 15 Min., dann 8,20, 8,40, 9,00, 10,00, 11,00, 11,45 (nach Straßenbahnhof Trachenberger Straße.

Ab Nürnberger Straße: 5,57 früh bis 7,57 abends alle 15 Min., 8,12 bis 11,12 nachts alle 20 Min., dann 11,30, 11,57 nach Straßenbahnhof Trachenberger Straße.

Nach Coschütz: Ab Albertplatz: 5,11 bis 6,11 früh alle 15 Min. (Ausrückewagen).

Ab Arsenal: 6,20 bis 7,50 früh alle 15 Min., 7,50 bis 8,30 nachm. alle 20 Min., 8,30 bis 7,35 abends alle 15 Min., dann 7,52, 8,12, 9,12, 10,12, 11,12.

Nach Nürnberger Straße: Ab Arsenal: 6,20 bis 7,35 abends alle 15 Min., 7,52 bis 11,12 abends alle 20 Min.

Der Fahrpreis beträgt für die einfache Fahrt 20 Pf., im Umsteigeverkehr mit der Straßenbahn werden zum Straßenbahn-Umsteigefahrpreis 10 Pf. Zuschlag erhoben. Umsteigeverkehr von Omnibus zu Omnibuslinie ist vorläufig nicht gestattet. Kinder haben keine Ermäßigung.

Es versteht sich von selbst, daß die Linie erst dann vollkommen wird, wenn sie auf Coschützer Seite bis zur Straßenkreuzung hinter der Rehbockschänke und auf Arsenalseite bis wenigstens zur Kastanienallestraße verlängert wird. Zu der erstgenannten Verlängerung ist bereits Ende Oktober dieses Jahres die Genehmigung des Ministeriums des Innern nachgesucht worden; die Verlängerung bis zur Kastanienallestraße scheitert zur Zeit an dem Bestehen des selbständigen Gutsbezirks Albertstadt, dessen Einverleibung von der Stadt Dresden mit allen Kräften angestrebt wird, bis jetzt aber nicht zu erreichen gewesen ist.

Protest gegen die zunehmende Lichtbildreklame in den Theatern. Am 1. Weihnachtsfeiertag kam es im Albert-Theater vor Beginn der Erstaufführung des Lustspiels: „Das Frühstück im Grünen", zu einer außergewöhnlichen und bemerkenswerten Kundgebung gegen die in den Theatern überhandnehmende Lichtbildreklame. Vor dieser Erstaufführung sollte zugleich auch erstmalig eine neue Lichtbildreklame mit vorgeführt werden. Diese Neuerung erregte aber den Unwillen der Theaterbesucher auf das lebhafteste. Die vorgeführten Reklamebilder wurden ausgepfiffen. Nebenher wurde mit Füßen getrampelt oder sonstiger Lärm verursacht und mehrfach gerufen: „Fort mit dieser Reklame!" Diese Vorführungen wurden infolgedessen plötzlich abgebrochen und während der Pausen zwischen den einzelnen Akten auch nicht wieder aufgenommen.

Eine merkwürdige Straße. Zu der Notiz unter dieser Spitzmarke in der Ausgabe vom 26. November unsrer Zeitung teilt uns die Direktion der städtischen Straßenbahn mit, daß zum Aushang in den Haltestellensäulen Ausschnitte aus dem Adreßbuchplan verwendet worden sind. Die Straßenbahn ist also für die falsche Bezeichnung der Karl-Marx-Straße auf diesen Plänen nicht verantwortlich zu machen. Da sich im übrigen auch gezeigt habe, daß der farbige Ausdruck dieser Pläne nicht genügend widerstandsfähig gegen die Lichtenwirkung ist, wird die Direktion neue Pläne anfertigen lassen, auf denen selbstverständlich die „Karl-Marx-Straße" mit ihrem richtigen Namen erscheinen wird. Sobald die neuen Pläne geliefert sind, werden die bisherigen Pläne in den Haltestellensäulen entfernt.

Preisverzeichnis für den Kleinhandel mit Fleisch und Fleischwaren. Die Amtshauptmannschaft macht bekannt: Wer Frischfleisch, Gefrierfleisch, Fleischwaren oder Wurstwaren im Kleinhandel feilhält, ist nach dem Reichsgesetze über den Verkehr mit Vieh und Fleisch vom 10. August 1925, in Verbindung mit der Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom

Wohnungsbau in Dresden 1919 bis 1925

Das Wohnungsamt Dresden erstattet den Stadtverordneten folgenden Bericht über die Wohnungsbautätigkeit in Dresden in den Jahren 1919 bis 1925.

Wiederholte Anfragen und Anträge im Stadtverordnetenkollegium lassen es gerechtfertigt erscheinen, zur Klarstellung einen Bericht darüber zu geben, was bisher für den Wohnungsbau geleistet worden ist und welche Pläne und Aussichten für 1926 vorliegen.

I.

Reichs- und Landesgesetze haben die Gemeinden zum Neubau von Wohnungen verpflichtet. Die Mittel dazu lieferten die bekannten drei Formen: Baukostenzuschüsse, Wohnungsbauabgabe und Mietzinssteuer (Aufwertungssteuer).

Auf Grund dieser Bestimmungen sind in der Stadt Dresden in den Jahren 1919 bis 1925: 4844 Wohnungen durch Neubau erstellt worden (teils Eigenbau, teils Bau durch Baugenossenschaften einschließlich Siedler, teils Bau durch Private). Auf die einzelnen Jahre verteilen sich die erstellten Wohnungen wie folgt: 1919: 199 Häuser mit 536 Wohnungen, 1920: 286 Häuser mit 588 Wohnungen, 1921: 140 Häuser mit 467 Wohnungen, 1922: 54 Häuser mit 162 Wohnungen, 1923: 50 Häuser mit 134 Wohnungen, 1924: 496 Häuser mit 1148 Wohnungen, 1925: 435 Häuser mit 1316 Wohnungen, hierüber 1921: 39 Häuser mit 163 Wohnungen, Bauten in den 1921 einverleibten Gemeinden, 1920/21: 40 Häuser mit 43 Wohnungen, Bauten durch Umsiedlung; insgesamt 1659 Häuser mit 4844 Wohnungen.

Außerdem sind mit Mitteln der Mietzinssteuer im Jahre 1924: 1127 Wohnungen und im Jahre 1925 (bis 30. November): 1347, also zusammen 2474 Wohnungen durch Gewährung von Darlehen für Instandsetzungsarbeiten im Betrage von 1½ Millionen Mark erhalten worden. Da im Jahre 1920 die aus den genannten Quellen fließenden Mittel zu spät kamen, hat die Stadt einen Kredit von 40 Millionen Papiermark aus Anleihemitteln bereitgestellt, der durch später eingehende Baukostenzuschußmittel nur zur Hälfte abgelöst worden ist, so daß er die Stadtgemeinde auch heute noch zur Hälfte belastet.

II.

Ueber die unter I genannten Zahlungen aus Baukostenzuschüssen usw. hinaus hat die Stadtgemeinde zur Förderung des Wohnungsbaues folgendes geleistet: a) Neubau von Grund aus, b) Einbau und Umbau, c) Schaffung von Räumen zur Unterbringung von Rentnern, wodurch deren Altwohnungen dem Wohnungsmarkte zur Verfügung gestellt werden konnten, d) Freimachung von Altwohnungen durch Zahlung einer Freimachungsvergütung, e) Sparkassenmittel.

Zu a). Die Stadt hat gebaut: 1. Silbermannstraße 14/16 mit 24 Wohnungen und einem Baukostenaufwande von 228 000 M., 2. Gänzplatz 7/8: 2 Wohnungen, 18 000 M., 3. Altpieschen 9, die zwei Anbauten an dem Obdachlosenheim mit 56 Wohnungen, 330 000 M., 4. Crispiplatz 10 (Wasserwerk) mit 20 Wohnungen neben 130 000 M. Mietzinssteuer 70 700 M.

Zu b). Durch Einbau, Umbau und Gewährung von Darlehen wurden

	neuerstellt:	durch Instandsetzungsarbeiten erhalten:	zusammen:
1918:	6	1	7 Wohnungen,
1919:	339	11	350 Wohnungen,
1920:	134	8	142 Wohnungen,
1921:	324	871	1195 Wohnungen,
1922:	161	69	230 Wohnungen,
1923:	128	118	246 Wohnungen,
1924:	35	27	62 Wohnungen,
1925:	11	34	45 Wohnungen,
	1138	1139	2277 Wohnungen.

Darunter waren 23 Wohnungen im vormaligen Genesungsheim Loschwitzberg, 58 Wohnungen in den Gebäuden der früheren Arbeitsanstalt, 18 Wohnungen in einem Gebäude der Heil- und Pflegeanstalt, 15 Wohnungen im früheren Gebäude des Günzheims. Der durchschnittliche Baukostenaufwand für eine neuerstellte Wohnung betrug 3000 M., für eine durch Instandsetzung erhaltene 1000 M., die Stadt brachte also schätzungsweise 4 553 000 M. auf. Die erforderlichen Mittel wurden dem von den städtischen Körperschaften geschaffenen aus Ablösungsgeldern und Valutazuschlägen bei Grundstückskäufen gespeisten Wohnungsfonds entnommen. Aus eigenen Mitteln, ohne Beihilfe aus den Erträgnissen der Mietzinssteuer, erstellten die verschiedenen städtischen Geschäftsstellen (Schul-, Betriebs-, Fürsorge-, Grundstücks-, Krankenpflege- und Stiftsamt) in den ihrer Verwaltung unterstehenden Grundstücken unter Ausnutzung von Fall zu Fall vorhandenen Gebäuderaumes in Einzelfällen 55 Wohnungen mit je durchschnittlich 6000 M. Baukostenaufwand = 330 000 M.

Zu c). Durch die Inflation entstand für viele Rentner eine Notlage. Der Rat griff hier helfend ein, indem er zur Unterbringung von Rentnern städtische Anstalten erweiterte und half hierdurch zwei Uebeln zu gleicher Zeit ab, da er einmal die Rentner durch Aufnahme in den Rentnerheimen versorgte und zum andern die Wohnungsnot linderte, weil die durch die Rentner freiwerdenden Altwohnungen an Wohnungsuchende zur Verfügung gestellt werden konnten. Diesem Zwecke dienten folgende Vorhaben: 1. Ausbau des Luisenheims in Dresden-Löbtau an der Braunsdorfer Straße zu einem Rentnerheim mit 64 Wohnungen, 2. Neubau des 1. Flügels des Bürgerheims mit 104 Wohnungen neben 500 000 M. Mietzinssteuermitteln 705 000 M. aus der Günz-Stiftung, 3. Neubau des 2. Flügels des Bürgerheims mit 71 Wohnungen neben 500 000 M. Mietzinssteuermitteln 457 000 M. aus dem städtischen Bausonds. 4. Die Stadtgemeinde erwarb ferner aus Allgemeinmitteln das Oebersche Sanatorium in Niederlößnitz, durch dessen Belegung mit Altersrentnern 30 Altwohnungen freigemacht werden sollen. Erwerbspreis 200 000 M.

Zu d). Die Stadtgemeinde Dresden hat zur Freimachung von Wohnungen laufend Mittel aufgewandt; bis Ende September 1925 hat sie 849 Wohnungen durch Zahlung von Freimachungsvergütung gewonnen. Hierfür ist schätzungsweise ein Betrag von rund 150 000 M. aus haushaltplanmäßigen Mitteln aufgewendet worden.

Zu e). Zur Erhöhung der Zahl der aus den Erträgnissen der Aufwertungs- (Mietzins-) Steuer zu erstellenden Neubauwohnungen hat die Sparkasse der Stadtgemeinde Dresden im Jahre 1924 je Wohnung 1200 M. und im Jahre 1925 je Wohnung 2000 M. als Darlehen gewährt, das ergibt für 1924: 1 080 200 M., für 1925: 2 060 000 M. Von dem so dem Baumarkte zugeführten Sparkassengelde haben sich unter Zugrundelegung eines Durchschnittsdarlehenssatzes von 9000 M. bzw. 10 000 M. im Jahre 1924 115 und im Jahre 1925 208 Wohnungen, zusammen 323 Wohnungen mehr erstellen lassen, als dies nur mit Hilfe der Mietzinssteuermittel möglich gewesen wäre.

Ueber ihre Pflichtaufgaben hinaus hat demnach die Stadtgemeinde Dresden unter Verwendung eigener Mittel insgesamt 3811 Wohnungen mit 10 160 900 M. Baukaufwand erstellt bzw. erhalten.*

Daß die Stadtgemeinde Dresden zur Behebung der Wohnungsnot im Rahmen ihrer finanziellen Kräfte in umfangreichem Maße beigetragen hat, ergibt sich aus der Höhe des ihr zufallenden, im Verhältnis zu andern Städten geringen Anteils an den Reichssteuererträgen. Es erhielten auf den Kopf der Bevölkerung in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1925:

	Dresden	Leipzig	Chemnitz
a) aus der Einkommensteuer	6,64 M.	11,31 M.	9,70 M.
b) aus der Körperschaftssteuer	—,37 M.	—,38 M.	—,25 M.
c) aus der Umsatzsteuer	1,49 M.	2,02 M.	1,84 M.
	8,50 M.	13,66 M.	11,79 M.

Zu berücksichtigen ist weiter, daß die Verwaltung der für den Wohnungsbau und die Hauserhaltung verwendeten Mittel, insbesondere die Verwaltung der Mietzinssteuer, auf städtische Kosten erfolgt. Während beispielsweise in München der Hausbesitzer, der ein Darlehen für Instandsetzungsarbeiten erhält, nach früheren Nachrichten 1 Prozent Vermittlungsprovision zahlen muß, werden in Dresden keinerlei Vermittlungsgebühren erhoben; auch die zur Tilgung und Verzinsung eingehenden Gelder werden nicht zur Deckung der Verwaltungskosten herangezogen, so daß die Summen restlos dem Bau und der Hauserhaltung zugute kommen.

III

Insgesamt sind demnach in den Jahren 1919 bis 1925 in der Stadt Dresden dem Wohnungsmarkte zugeführt worden:

durch die Maßnahmen unter I A	4 844 Wohnungen,
durch die Maßnahmen unter I B	2 474 Wohnungen,
durch die Maßnahmen unter II	3 811 Wohnungen,
zusammen:	11 129 Wohnungen.

IV

Für das Jahr 1926 bestehen folgende Baupläne:

Wird der Anteil für die Bautätigkeit an dem Aufkommen aus der Aufwertungssteuer vom 1. April 1926 an auf 20 Prozent erhöht, so ließen sich unter Zugrundelegung des tatsächlichen Ertrages der Aufwertungssteuer im Jahre 1924 innerhalb der Stadtgemeinde Dresden rund 3000 Wohnungen erstellen, vorausgesetzt, daß die Sparkasse in der Lage ist, den von ihr bisher gewährten Betrag von 2000 M. je Wohnung auf 3000 M. je Wohnung zu erhöhen, eine Frage, die bereits in der Sitzung des Kleinwohnungsbauausschusses vom 13. November 1925 behandelt wurde und welche Aussicht auf Erfolg hat. Bei der Vergebung dieser 2000 Wohnungen werden anteilmäßig wie bisher zu berücksichtigen sein die gemeinnützigen Baugenossenschaften und Siedler, die privaten Unternehmer und die Stadtgemeinde selbst.

Für die Stadtgemeinde ist geplant ein Zehntel, das sind 200 Wohnungen, bereitzustellen, um unter anderem Wohnhäuser für Lungenkranke und kinderreiche Familien zu schaffen. Die dann noch verbleibende Wohnungszahl von 1800 soll mit zwei Drittel auf die gemeinnützigen Baugenossenschaften und Siedler und mit einem Drittel auf den privaten Wohnungsbau verteilt werden.

Von den Vorsitzenden der Verwaltungsräte der städtischen Betriebe ist überdies gleichfalls die Förderung des Wohnungsbaues in Aussicht gestellt worden. Vom Betriebsamte der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ist für das Jahr 1926 der Bau von Werkswohnungen in Aussicht genommen worden, für die im Haushaltplan der Gaswerke 100 000 M. und bei den Elektrizitätswerken 200 000 M. eingestellt werden sollen, von der Schlachthofverwaltung ein Betrag von 100 000 M. für gleiche Zwecke, und die Verwaltung der Straßenbahn will den Aufwand von 500 000 M. für das zur Zeit im Bau befindliche Grundstück an der Waltherstraße mit 44 Wohnungen aufbringen.

Die Hingabe der Mittel zu A soll wie in den Jahren 1924 und 1925 auf Grund der Bedingungen über die Gewährung von Baugeld seitens der Stadtgemeinde Dresden zum Zwecke der Förderung des Wohnungsbaues vom 15. Mai 1924 erfolgen. Das Baugeld ist während der Bautätigkeit mit 10 Prozent zu verzinsen. Die Verzinsung läuft für die einzelnen Raten je vom Empfangtage ab und wird vierteljährlich nachzahlungsweise abgeführt. Nach Baufertigstellung ist das Baugelddarlehen nach Höhe des jeweils aus Sparkassenmitteln bereitgestellten Betrages von für 1924: 1200 M., für 1925: 2000 M. und für 1926 voraussichtlich 3000 M. je Wohnung abzulösen. Das Sparkassendarlehen ist mit 10 Prozent zu verzinsen und mit einem halben Prozent zu tilgen. Der Zinssatz von 10 Prozent ist notwendig. Bei einer geringeren Verzinsung würde die den Sparern zu zahlende Verzinsung von 7 Prozent und der mit der Hingabe von Darlehen dauernd verbundene Geschäftsaufwand keine Deckung mehr finden.

Der verbleibende Betrag des Baugelddarlehens ist von den Baugenossenschaften und Siedlern zur Zeit nicht zu verzinsen, sondern nur mit 1 Prozent zu tilgen, auch für private Bauvorhaben ist, wenn die Grundfläche der einzelnen Wohnungen 60 bis 80 Quadratmeter nicht übersteigt, sofern die Wohnungen dem Wohnungsamt zur Vergebung zufallen, nur ein Tilgungsbeitrag von 1 Prozent jährlich zu entrichten. Für Grundstücke mit größeren Wohnungen als 80 Quadratmeter Wohnfläche ist eine Verzinsung und Tilgung von je 2 Prozent zu zahlen. Die Bewilligung der Mittel für die Bauvorhaben erfolgt nach ihrer finanziellen und technischen Prüfung durch den Ausschuß für Kleinwohnungsbau, und zwar, wie bereits erwähnt, in Gemäßheit der Beschlüsse der städtischen Körperschaften mit zwei Dritteln für Baugenossenschaften und Siedler und einem Drittel für Privatbauende.

V

Zur Ersparnis von städtischen Mitteln ist der Personalbestand des Wohnungsamtes bereits auf das geringmöglichste Maß herabgesetzt worden ist. Einem Personalbestand von 282 Personen am 31. Dezember 1923 steht jetzt ein solcher von 144 Personen gegenüber. Das bedeutet eine Herabsetzung auf fast die Hälfte (Verminderung um 45 Prozent), die durch Vereinfachung möglich geworden ist. Im Dezember 1924 und Januar 1925, als dieser Abbau bereits im wesentlichen vollzogen war, ist eine Nachprüfung der Organisation des Wohnungsamtes durch die technischen Revisoren und den Kanzleirevisor erfolgt. Die Nachprüfung ergab keine weitere Möglichkeit der Personalersparnis. Ein weiterer Personalabbau ist zur Zeit nicht möglich. Die zu erledigenden Geschäfte sind vielmehr im Wachsen. Die Zahl der neuen Anträge auf Wohnungszuweisung sind gegen das Jahr 1924 gestiegen. Während 1924 im Monatsdurchschnitt 805 Anträge auf Wohnungszuweisung eingingen, waren es 1925 — bis November — 934 Anträge im Monatsdurchschnitt. Auch der Umfang der Tätigkeit der Wohnungsbauabteilung und der Schiedsstelle für Haushaltung ist größer als im Vorjahre. Mit weiterem Anwachsen der Geschäfte beider Abteilungen muß gerechnet werden.

* Schon durch diese Tatsache ist der Hinweis auf die Stadt Chemnitz, die 3 000 000 M. für den Wohnungsbau bereitgestellt haben soll, entkräftet, zumal von diesen 3 000 000 M. 1 500 000 M. Sparkassendarlehen darstellen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

September 1925 verpflichtet, an jedem Verkaufsstande und dem Verkaufsraume an gut sichtbarer Stelle, ein Verzeichnis anzubringen, aus dem die Verkaufspreise für die gangbaren Arten und Sorten ersichtlich sind. Der Preis ist bei Fleisch und Gefrierfleisch für das ganze Pfund, bei Fleisch- und Wurstwaren je nach Ortsüblichkeit für das ganze, halbe oder viertel Pfund in deutlich lesbaren Ziffern anzugeben. Die angegebenen Preise dürfen nicht überschritten werden. Gefrierfleisch muß als solches bezeichnet werden.

Wegfall des Visums bei Reisen in die Schweiz. Der Fremdenverkehrsverein schreibt uns: Die Bestrebungen, daß Reisen ins Ausland und von dort nach Deutschland das Visum wegfalle, haben wieder einen neuen Erfolg gezeitigt. Wie uns mitgeteilt, ist im Verkehr mit Oesterreich und Holland von dort nach Deutschland das Visum nicht mehr nötig. Am 31. Dezember wird auch im Verkehr mit der Schweiz das Visum beseitigt werden. Im neuen Jahre werden hoffentlich in dieser Beziehung noch weitere Erleichterungen geschaffen werden, insbesondere mit Ländern unsrer nächsten Nachbarschaft (Tschechoslowakei, Ungarn usw.).

Verwaltungsakademie Dresden. Vorlesungsverzeichnis. Dr. Breit, Rechtsanwalt am Oberlandesgericht, Privatdozent an der Technischen Hochschule Dresden: Die Entwicklung der Aufwertungsfrage. — Montag den 11. Januar 1926, von 6 Uhr nachmittags an, in der Aula der Kreuzschule, Dresden-A., Georgplatz 6, 1. — Dr. Roth, Syndikus des Verbandes Deutscher Privatbankiers: Das Aufwertungsrecht. Donnerstag den 14., 21. und 28. Januar 1926, von 6 Uhr nachmittags an, in der Aula der Kreuzschule, Dresden-A., Georgplatz 6, 1. Freitag den 15., 22. und 29. Januar von 6 Uhr an, in der Aula des Vitzthumschen Gymnasiums, Dresden-A., Dippoldiswaldaer Gasse 7, 2. — Dr. Schröder, Ministerialrat im Justizministerium: Zivilprozeß II. Montag den 8., 15., 22. Februar, 1. und 8. März, 6 bis 8 Uhr nachmittags an, in der Aula der Kreuzschule, Dresden-A., Georgplatz 6, 1. — Dr. Schmitt, Geheimer Rat, Ministerialdirektor a. D., Prof. an der Technischen Hochschule Dresden: Sächsisches Strafrecht. Donnerstag den 11., 18. Februar, 4. und 11. März 1926, von 6 Uhr nachmittags an, in der Aula der Kreuzschule, Dresden-A., Georgplatz 6, 1. — Fehrig, Prof. an der Technischen Hochschule Dresden: Die Lehre vom Staatshaushalt. Donnerstag den 18. und 25. März 1926, von 6 Uhr nachmittags an, in der Aula der Kreuzschule, Dresden-A., Georgplatz 6, 1. — Freitag den 5., 12. und 19. März 1926, von 6 Uhr nachmittags an, in der Aula des Vitzthumschen Gymnasiums, Dresden-A., Dippoldiswaldaer Gasse 7, parterre. — B. Uebungen. Dr. Holldack, Prof. an der Technischen Hochschule Dresden: Privatrechtliche Uebung. Mittwoch den 13., 20. 27. Januar, 3. und 10. Februar 1926, von 8 Uhr nachmittags an, im Kombinationszimmer des Vitzthumschen Gymnasiums, Dresden-A., Dippoldiswaldaer Gasse 7, parterre.

Unnötiges Hupen vermeiden! Beim Polizeipräsidium ist Beschwerde geführt worden, daß durch den Lärm, den vorüberfahrende Kraftfahrzeuge, insbesondere durch die Abgabe überlauter Warnungssignale, verursachen, der Gottesdienst häufig erheblich gestört wird. Beschwerden über Belästigungen durch Kraftfahrzeuge liegen auch seitens mehrerer Krankenanstalten vor, deren Kranken durch die überlauten Hupensignale gestört werden. Das Polizeipräsidium möchte hierdurch an alle Kraftfahrzeugführer die Aufforderung richten, an Krankenhäusern und während des Gottesdienstes sowie musikalischer Vespern auch an den Kirchen möglichst ruhig unter Vermeidung zwecklosen Hupens vorüberzufahren.

Große Erwerbslosigkeit im Plauenschen Grunde. Erschreckende Zahlen über die Erwerbslosigkeit im Plauenschen Grunde sind uns zugegangen. Vor einigen Tagen ging durch die Presse, daß die Erwerbslosenziffern in kurzer Zeit um 41 Prozent gestiegen seien. Die Zahl der Erwerbslosen im Wirtschaftsgebiet Freital hat sich bis zum 30. November d. J. um 112 Prozent erhöht. Rechnet man zu den Erwerbslosen die Sozial- und Kleinrentner sowie die Kleinrentnerunterstützungsempfänger mit hinzu, so ergibt sich, daß hier bereits 19 Prozent der gesamten Einwohnerschaft aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen.

In den städtischen Kinderanstalten im Marienhof fanden Weihnachtsfeiern am 23. Dezember statt. Im Findelhause hatte man den Kleinsten um 3 Uhr, für die Schulpflichtigen und Großen fand die Feier von 5 Uhr ab statt. Vor der Bescherung gab es ein recht gut gespieltes Weihnachtsstück aufgeführt. Die Kinder der verschiedenen Altersklassen waren auch dieses Jahr wieder in einer Weise ausgeschmückt, die von großem Fleiß, vieler Mühe zur Sache und einer trefflichen Erfindungsgabe zeugten. Sie fand allgemein Anerkennung seitens der vielen zur Feier erschienenen Gäste, die insbesondere auch der Lehrerschaft zuteil wurde. — Auch im Bürgerheim fand für die Insassen eine Weihnachtsfeier in Form eines Unterhaltungsabends statt. Durch die Verwaltung wurde jeder Insasse mit einem Stollen und einer Spende bedacht.

Die **Aufwertung von Hypotheken und von durch Hypothek gesicherten persönlichen Forderungen** sowie von Geldansprüchen aus dinglichen Rechten, §§ 4 bis 32 des Aufw.-Ges., findet unter den in § 1 des Aufw.-Ges. bestimmten Voraussetzungen nicht nur auf bestehende Rechte, sondern auch auf Grund Vorbehalts erloschener Rechte sowie kraft Rückwirkung für getilgte Ansprüche statt (§§ 14, 15, 17, 31, 32, 78 des Aufw.-Ges.). Auf Grund Vorbehalts erloschener Rechte erfolgt die Aufwertung trotz Bewirkung der Leistung, wenn der Gläubiger sich bei Annahme der Leistung wenigstens hinsichtlich der durch die Hypothek gesicherten persönlichen Forderung die Rechte vorbehalten hat (§ 14). Kraft Rückwirkung besteht ein Aufwertungsanspruch, wenn der Gläubiger die Leistung in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis zum 14. Februar 1924 angenommen hat, ohne daß er sich bei Annahme der Leistung seine Rechte nicht vorbehalten hat (§ 16). Unter gleichen Voraussetzungen nimmt auch der Erbe Gläubiger im Falle der Abtretung an der Aufwertung teil (§ 17). In allen diesen Fällen ist die Aufwertung an die Bedingung geknüpft, daß der Gläubiger den Anspruch auf Aufwertung der Hypothek gegen den Eigentümer und den Anspruch auf Aufwertung der persönlichen Forderung gegen den von ihm zu bezeichnenden persönlichen Schuldner, der vom Eigentümer verschieden sein kann, bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle anmeldet. Als Aufwertungsstelle ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Grundbuch über das Grundstück geführt wird; dies gilt für die persönliche Forderung auch dann, wenn eine Wiedereintragung des dinglichen Rechts nicht stattfindet (§§ 16, 17, Satz 2, Artikel 118 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz vom 20. November 1925, RGBl. I, Seite 1915). Die Anmeldung ist auch dann erforderlich, wenn die Hypothek noch im Grundbuch eingetragen ist, z. B. wenn sie trotz Tilgung oder Annahme der Leistung nicht gelöscht ist, oder wenn sie für den Erwerber fortbesteht. Entsprechendes gilt für andre erloschene Rechte, insbesondere Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten. Die Anmeldung gelöschter und abgelaufener Rechte sowie die später zur Wiedereintragung der Rechte in das Grundbuch erforderlichen Schritte sind mit tunlichster Beschleunigung spätestens bis zum 1. Januar 1926 zu bewirken, sonst der Gläubiger seines Anspruchs auf Aufwertung verlustig geht. Die Fristen des Aufwertungsgesetzes — insbesondere die erwähnte Anmeldefrist — werden, wie die Reichsregierung bekanntgegeben hat, nicht verlängert werden. Zur Anmeldung nach §§ 16, 17, 78 des Aufwertungsgesetzes ist die Angabe des Gläubigers, des persönlichen Schuldners oder der Forderungshöhe nicht erforderlich. Es genügt, daß aus der Anmeldung hervorgeht, welche Hypothek es sich handelt, und daß ihre Aufwertung gewollt wird. In der Anmeldung des Aufwertungsanspruchs für Hypothek ist nach einem Gutachten des Kammergerichts vom 7. August 1925 ohne weiteres auch die Anmeldung des Aufwertungsanspruchs für die persönliche Forderung zu finden.

Wie oft, wie lange und unter welchen Bedingungen der Reisende die Fahrt unterbrechen darf, wird durch den Tarif bestimmt. Auf Fahrkarten für eine einfache Fahrt darf die Fahrt nur einmal, auf Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt je einmal auf der Hinfahrt und auf der Rückfahrt unterbrochen werden, soweit im Tarif nichts andres bestimmt ist. Die Geltungsdauer der Fahrkarten wird durch eine Fahrtunterbrechung nicht verlängert. Im übrigen unterliegt die Fahrtunterbrechung einer zeitlichen Beschränkung nicht. Auf die Fahrscheinhefte der Reisebureaus darf die Reise innerhalb der Geltungsdauer des Heftes beliebig oft und beliebig lange unterbrochen werden. Die unterbrochene Reise kann auch von einer andern als der Bestimmungsstation näher gelegenen Station derselben Bahnstrecke fortgesetzt werden. Wird auf Fahrkarten, die wahlweise für verschiedene Wege gelten, die Fahrt auf einem dieser Wege unterbrochen, so darf sie nur auf demselben Wege fortgesetzt werden. Als Fahrtunterbrechung wird nicht angesehen das lediglich durch den Fahrplan bedingte Erwarten des nächsten Anschlußzuges, selbst im Falle der Uebernachtung. Hierzu gehört auch der Uebergang aus einem Zuge, der in der Bestimmungs- oder Unterbrechungsstation nicht hält, in den nächsten dort anhaltenden Anschlußzug sowie der Uebergang in einen Zug, mit dem das Reiseziel früher oder billiger erreicht werden kann, als mit dem vorher benutzten Zuge.

Zweite Winterausgabe des Reichs-Kursbuches. Soeben ist die zweite Winterausgabe 1925/26 des Reichs-Kursbuches erschienen. Außer den zahlreichen Aenderungen in den Eisenbahnfahrplänen in Deutschland, enthält sie die neuesten Fahrpläne in Rußland, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien und Aegypten. Verkaufspreis für ein Reichs-Kursbuch mit Eisenbahn-Uebersichtskarte 6,50 M. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie auch die Sortimentsbuchhandlungen und Reisebureaus entgegen.

Die staatlichen Dienststellen am 2. Januar geschlossen. Aus Gründen der Heizstoffersparung bleiben am 2. Januar 1926 die Geschäftsstellen aller staatlichen Behörden des Landes grundsätzlich geschlossen. Durch Einrichtung eines Sonderdienstes ist dafür zu sorgen, daß dringliche Sachen erledigt werden.

Sonntagsrückfahrkarten zu Neujahr. Am künftigen Neujahrsfest, das auf einen Freitag fällt, gelten die Sonntagsrückfahrkarten ausnahmsweise von Donnerstag den 31. Dezember, mittags 12 Uhr ab bis Sonntag den 3. Januar. Die Rückfahrt ist innerhalb dieser Zeit an jedem beliebigen Tage gestattet, also auch an den Werktagen.

Unveränderte Bewertung der Natural- und Sachbezüge. Im Bezirke des Landesfinanzamts Dresden bleiben auch für die Zeit nach dem 1. Januar 1926 die in der Bekanntmachung des Präsidenten des Landesfinanzamts Dresden vom 6. Januar 1925 festgesetzten Bewertungssätze der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für die Zwecke des Steuerabzugs vom Arbeitslohn maßgebend.

Der Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe im Freistaat Sachsen, E. V., hielt am Sonntag, dem 20. Dezember, in Dresden seine diesjährige Generalversammlung ab, in der eine lebhafte Aussprache über Siedlungs-, Pacht- und allgemeine Fragen der Landwirtschaft stattfand. Insbesondere wurde über die außerordentliche langsame Behandlung der Siedlungsanträge durch die zuständigen Stellen Klage geführt. Herr Dr. Nebelsieck vom Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe in Berlin hielt am Schlusse der Generalversammlung einen eingehenden Vortrag über den jetzigen Stand der Bauernbewegung, der allgemeinen Beifall fand. Zu Vorsitzenden des Verbandes wurden die Herren Moritz Rentzsch, Naundorf, und Gutsbesitzer Otto Richter, Wunschwitz, einstimmig gewählt.

Im Verein für Volkshygiene spricht am 13. Januar Professor Dr. Weisbach, wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Hygiene-Museums, über das Thema: Aus dem Reiche der kleinsten Lebewesen (mit Lichtbildern). Der Eintritt zu den Vorträgen, die in der Aula der Kreuzschule, Georgplatz 6, stattfinden, ist unentgeltlich. Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgr. Groß-Dresden, Bez. Altstadt. Freitag den 29. Dezember, abends 7½ Uhr, im Rest. Stadt Plauen, Kleine Plauensche Gasse. — Bezirk Striesen. Dienstag den 29. Dezember, abends 7½ Uhr, im Jakobihof, Jakobi-, Ecke Wittenberger Straße. Gäste willkommen.

Weltliche Schule innere Neustadt. Die Karten zur Weihnachtsaufführung am Mittwoch den 30. Dezember sind ausverkauft. Wiederholung der Aufführung: Sonnabend den 16. Januar, abends 7 Uhr, bei Hollack, Königsbrücker Straße 10. Hierzu sind Karten für Erwachsene zu 80 Pf., für Kinder zu 15 Pf. bei unseren Straßenführern zu haben.

Parkplätze für Fahrzeuge. Das Pressearmt des Polizeipräsidiums schreibt uns: Das Polizeipräsidium und das städtische Tiefbauamt sind dazu übergegangen, für diejenigen Fahrzeuge, die in den Hauptverkehrsstraßen der inneren Stadt nicht halten dürfen, besondere Wartepläte — sogenannte Parkplätze — in einigen Nebenstraßen nahe der Hauptverkehrsstraßen zu errichten. Der erste derartige Parkplatz befindet sich auf der Moszinskystraße an deren Einmündung in die Prager Straße. Das „Parken" der Wagen hat in der Mitte der Moszinskystraße in der Weise zu erfolgen, daß der erste Wagen etwa eine Wagenlänge hinter dem weißen Kegel mit dem Kühler nach der Prager Straße zu Aufstellung nimmt und die nachfolgenden Wagen sich an diesen Wagen, ebenfalls mit dem Kühler nach der Prager Straße zu, anreihen. Alle derartigen Parkplätze werden in Zukunft durch ein weißes, mit rotem Rand versehenes Schild, in dessen Mitte sich ein P befindet, gekennzeichnet werden. Ferner ist beabsichtigt, die Parkplätze noch mit einer in der Mitte des Fahrdammes laufenden weißen Linie zu versehen.

Der rasende Tod. In lakonischer Kürze berichtet der heutige Polizeibericht von zahlreichen Verkehrsunfällen, die sich während der Feiertage in Dresden zugetragen haben. Es sind zwei Personen durch Autos zu Tode gekommen, drei andere schwer verletzt worden. Am heiligen Abend wurden auf der Striesener Straße ein 62jähriger Kaufmann und am 27. Dezember auf der Dürerstraße eine 50 Jahre alte Frau von Autos überfahren und tödlich verletzt. Am 27. Dezember wurden weiter auf der Plauenschen Straße ein 6jähriger Knabe, auf der Bautzner Straße eine 25jährige Haustochter und auf der Blasewitzer Straße eine 50jährige Frau ebenfalls durch Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Soweit ein Verschulden der Kraftwagenführer in Frage kam, erfolgte, wie der Polizeibericht meldete, deren Festnahme.

Beide Beine abgefahren. Am 26. Dezember geriet ein auswärtiger älterer Handwerksmeister auf dem Hauptbahnhof beim Aussteigen unter die Räder des im Gange befindlichen Zuges, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden.

An einem Straßenbaum erhängt aufgefunden wurde am 28. Dezember früh in der Tolkewitzer Straße ein 18jähriger Arbeitsbursche.

Tödlicher Unfall. Infolge Trunkenheit stürzte ein 44jähriger Kaufmann in einem Hause der Weinligstraße die Treppe hinunter. Er verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhause.

Schwere Körperverletzung. Bei einem Hausstreite in der Freiberger Straße verletzte einer der beteiligten zwei Personen mit einer eisernen Feile schwer am Kopfe. Er wurde festgenommen.

Zeugen gesucht. Am 20. Oktober, abends 7 Uhr, ist Ecke Viktoria- und Waisenhausstraße ein Radfahrer mit einem Kraftwagen zusammengefahren. Zwei Personen, die Augenzeugen des Vorganges gewesen sind, haben sich ohne Angabe ihres Namens entfernt. Sie werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Verhaftung von zwei jugendlichen Räubern. Am 1. Weihnachtsfeiertag, morgens gegen 2 Uhr, wurde in Für Gittersee, unweit vom Glückauffschacht in Bannewitz, ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender Bäckergehilfe von zwei Burschen angefallen, mittels eines Schlagringes mehrfach verletzt und unter Vorhalten einer Schußwaffe seiner geringen Barschaft beraubt. Den zuständigen Gendarmeriebeamten gelang es im Verein mit der örtlichen Polizeibeamtenschaft, die beiden gefährlichen Räuber bald ausfindig zu machen und der Staatsanwaltschaft Dresden zuzuführen. Die Täter sind ein 19 Jahre alter Dreher aus Gittersee und ein erst 18jähriger Schlosserlehrling aus Naußdorf-Bannewitz.

Unfall bei der Arbeit. Ein 19jähriges Mädchen kam an ihrer Arbeitsstelle in Striesen mit der rechten Hand in eine Maschine, wodurch ihr einige Finger abgequetscht wurden.

Dresdner Umgebung

Bühlau. Schon lange wird von den hiesigen Einwohnern und auch von denen der Umgebung eine Wartehalle an der Straßenbahnendstation gewünscht. Da an dieser zugigen Stelle keinerlei Gelegenheit zum Schutz vor Wind und Wetter vorhanden ist und zudem die Weißiger Bahn im Winter nur halbstündlich verkehrt, wäre gerade dort, wo die Platzfrage keine Rolle spielt, ein Wartehäuschen sehr angebracht. Mit diesem ließe sich auch leicht der Einbau eines Aborts verbinden. Das Fehlen eines solchen an jener Stelle wird von den Fahrgästen und auch den Schaffnern schon lange als Mangel empfunden.

Geising. Bei der Arbeit tödlich verunglückt. Im benachbarten Fürstenau ist ein 46 Jahre alter Kutscher aus Dorf Bärenstein, der Flaschenbier in den Keller des Erbgerichts schaffte, ein Opfer der Arbeit geworden. Er glitt infolge des Schnees mit einem Flaschenbierkasten aus und stürzte die Kellertreppe hinunter. Dabei zog er sich, da er auf zerbrochene Flaschen fiel, eine tiefe Kopfwunde, eine Gehirnerschütterung und wohl auch noch innere Verletzungen zu, die den Tod des Unglücklichen nach einigen Stunden herbeiführten, ohne daß er das Bewußtsein wieder erlangt hätte. Er hinterläßt Frau und einen erwachsenen Sohn.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Wettinerplatz 10, I r. — Fernsprecher: Nr. 18367 und Nr. 18476

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer. Zu der Nacht zum ersten Feiertage verschied unser lieber Freund und Genosse Albin Anders von der Versuchsschule. Wir ehren das Andenken unseres treuen Kampfgenossen, indem wir uns nächsten Mittwoch, den 30. Dezember, vormittags 11 Uhr, geschlossen an der Einäscherungsfeier im Krematorium Tolkewitz beteiligen.

Gruppenverband Neustadt-West. (Pieschen, Mickten, Trachenberge.) Dienstag, 7 Uhr, im Ratskeller Trachau Gruppenverbandssitzung.

Gruppe Mickten-Trachau-Kaditz. Dienstag den 29. Dezember, abends 7 Uhr, in Baxles Etablissement, großer Saal, Weihnachtsfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend. Rezitationen, Gesang und das Weihnachtsspiel: Des Kindes Stimme. Unterstützt die Veranstaltung der Jugend durch zahlreichen Besuch. — Mittwoch den 30. Dezember, abends 7 Uhr, im Ratskeller Verwaltungssitzung.

Gruppe Gruna-Seidnitz-Reick-Prohlis. Dienstag den 29. Dezember, Punkt 8 Uhr, bei Haubold Verwaltungssitzung.

Sozialistische Kinderfreunde

Soz. Kinderfreunde. Friedrichstadt. Am Dienstag, mittags 1 Uhr, treffen wir uns bei schönem Wetter am Schützenplatz zu einer Wanderung.

Kinderfreunde, Johannstadt 2 und 7. Wie bekannt, kommt Mittwoch der weitberühmte Dr. Bellamy zu uns in den Volkswohlsaal, Gutenbergstraße. Jedes Kind muß einen Viertelliterkopf für Kaffee und eine Unterlasse mitbringen. Wegen der Unkosten können an dieser Feier nur Kinder von Mitgliedern teilnehmen. Erwachsene Gäste, soweit Platz ist, willkommen. Anfang 5 Uhr.

Neustadt. Dienstag und Mittwoch: Treffen um 2 Uhr Bischofsplatz. Bei schlechtem Wetter im Jugendheim.

Bezirk Neustadt. Mittwoch 7 Uhr treffen sich alle Bezirksvorstandsmitglieder und alle Gruppenleiter bei der Genossin Wagner, Leipziger Str. 42, zu einer Aussprache über die Sonnwendfeier.

Striesen-Blasewitz. Dienstag den 29. Dezember Treffen 2½ Uhr am Markgraf-Heinrich-Platz und 3 Uhr im Volkshaus Dresden-Ost. Bringt Schere und Bleistift mit!

Laubegast. Morgen Dienstag im Jugendheim Bastelstunde. Holz und Laubsäge mitbringen!

Pieschen. Dienstag, 2 Uhr, Leisniger Platz.

Wettervorhersage für den 29. Dezember

Witterungsaussichten. Weiterhin mild, nur vorübergehend im Flachland Temperaturen unter 5 Grad, Gebirge bis zu etwa 900 Meter vorwiegend frostfrei mit vereinzelten Niederschlägen, Flachland mäßige südwestliche, weiterhin zeitweise lebhafte bis stürmische südwestliche und westliche Winde. — Allgemeine Witterungsaussichten für die nächsten Tage: keine wesentliche Aenderung.

Wetterlage. Die Reihe der vom Atlantischen Ozean über die britischen Inseln zur Nordsee vordringenden Störungen ist noch nicht abgeschlossen. Da hoher Druck im Südwesten Europas lagert, wird die zu den erwähnten Störungen wehende milde Südwestströmung voraussichtlich noch anhalten, womit im allgemeinen der jetzt herrschende Witterungscharakter fortdauern wird.

Schlußnotierungen der Produktenbörse

rs. Berlin, 28. Dezember. (Eig. Funkspr.) Weizen märkisch: Dezember —, März 276½, Mai 280; Tendenz: sehr fest. — Roggen märkisch: Dezember —, März 186½, Mai 195; Tendenz: sehr fest.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Meßort	26. 12.	27. 12.		Meßort	26. 12.	27. 12.
Moldau	Kamaik	+ 86	+ 27	Elbe	Brandeis	+ 49	+ 26
Moldau	Modran	+ 67	+ 48		Melnik	+ 20	+ 2
Eger	Laun	+ 34	+ 19		Leitmeritz	+ 15	+ 14
Elbe	Nimburg	+ 36	+ 35		Aussig	+ 40	+ 42
					Dresden	— 122	— 112

Dem Gedenken unseres lieben Freundes!

Am Weihnachtsabend riß der Tod aus unserer Arbeitsgemeinschaft unseren treuen Freund

Albin Anders

Lehrer an der Versuchsschule.

Seine unbegrenzte Liebe zu den Kindern; sein unermüdliches Suchen und Forschen nach neuen Wegen einer kindertümlichen Erziehung; sein mannhaftes Eintreten für die Freiheit der Schule und ihrer Lehrerschaft; die selbstlose Aufopferung für seine Lebensaufgabe; das innige Einfühlen in die Seele anderer; seine mitreißende Lebensbejahung sichern ihm ein ehrendes Andenken weit über den engen Kreis unserer Arbeitsgemeinschaft.

Wir selbst werden versuchen, die durch seinen Tod an unserer Schule entstandene Lücke in seinem Sinne zu schließen.

Lehrer und Eltern der Versuchsschule am Georgplatz.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Reichswirtschaftsrat

Die bisherigen Regierungen hatten es unterlassen, den im Artikel 165 der Reichsverfassung niedergelegten Rätegedanken sinngemäß zu verwirklichen. Was auf diesem Gebiete bisher geschaffen wurde, war Stückarbeit, behaftet mit allen Mängeln einer solchen. Von den Arbeitnehmervertretungen sind bis jetzt nur die Betriebsräte geschaffen. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat sind noch nicht gebildet. Die Vorarbeiten dazu sind nach den ersten schüchternen Versuchen eingestellt. Die Bezirkswirtschaftsräte bestehen noch nicht und der Reichswirtschaftsrat, verordnet als vorläufiger Reichswirtschaftsrat, führte ein sehr bescheidenes Dasein. Die Vollversammlung ist schon seit Jahren nicht mehr zusammengetreten. Die Arbeiten in den Ausschüssen ruhten nahezu vollständig.

Nunmehr veröffentlicht die Reichsregierung zwei Gesetzentwürfe, einen Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat und einen Gesetzentwurf zur Ausführung dieses Gesetzes. In einer Vorbemerkung wird betont, daß diese Gesetzentwürfe als Diskussionsgrundlage angesehen werden sollen und daß sich die Reichsregierung eine Stellungnahme vorbehalte. Die Vorlage umfaßt zwei Entwürfe. Der erste umschreibt den Aufgabenkreis und die rechtliche Stellung des Reichswirtschaftsrates, der zweite enthält die näheren Ausführungsbestimmungen hierzu.

In bezug auf die Aufgaben des Reichswirtschaftsrats geht die Vorlage über das bisherige Recht des vorläufigen RWR. nicht hinaus. Nach § 1 ist der RWR. der Berater der Reichsregierung, des Reichsrats und des Reichstages bei wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen. Daneben kann der Reichswirtschaftsrat solche Maßnahmen anregen, Untersuchungen auf diesen Gebieten vornehmen und die Reichsregierung bei der Durchführung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen unterstützen. Durch diese Fassung wird der Reichswirtschaftsrat zum Anhängsel der Gesetzgebungsmaschinerie gemacht und in völliger Abhängigkeit von der Regierung gehalten. Irgendein selbstschöpferisches Beschlußrecht hat der RWR. auf keinem Gebiete. Das Wirtschaftsparlament wird zur Stellung eines Gutachters herabgedrückt. Sucht man schon im Umriß des Aufgabenkreises den RWR. zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen, so tritt dieses Bemühen bei den Aufbau- und Durchführungsbestimmungen noch mehr in Erscheinung.

Der Reichsregierung wird von vornherein eine durch nichts gerechtfertigte bedeutende Mitwirkung eingeräumt. Von den 126 vorgesehenen ständigen Mitgliedern werden 28 von der Reichsregierung und vom Reichsrat ernannt. Den Vorsitz in den Haupt- und Sonderausschüssen führt ein Regierungsvertreter. Was das für die Arbeiterschaft unter Umständen bedeutet, läßt sich leicht ermessen, wenn man die jetzigen Regierungsverhältnisse betrachtet.

Der Arbeiterschaft ist im allgemeinen eine ungenügende Beteiligung eingeräumt. Zunächst ist die Zahl der Mitglieder des RWR. auf nur 126 festgesetzt. Wenn auch die Ansicht vorherrschen mag, daß es nicht zweckmäßig ist, einen großen schwerfälligen Apparat entstehen zu lassen, so erscheint doch die Zahl von 126 Mitgliedern bei der Fülle der zu berücksichtigenden Interessenkreise zu klein. Von diesen 126 Mitgliedern entfallen auf die Abteilung I (Arbeitgeber) 41, auf die Abteilung II (Arbeitnehmer) 41, auf die Abteilung III (Vertreter der nicht privatwirtschaftlichen Zwecken dienenden Angestellten) 14 und auf die Abteilung IV (von der Reichsregierung und dem Reichsrat auszuwählende Persönlichkeiten und Vertreter der Tagespresse) 30. Der Anteil der Arbeitnehmer ist also noch nicht einmal ein Drittel. Die Arbeitnehmerschaft ist damit von vornherein majorisiert. Diese 41 Mitglieder der Arbeitnehmerschaft sind von den drei großen Gewerkschaftsrichtungen durch ihre Zwischenorganisationen zu ernennen. Darunter sind mindestens zu ernennen 2 Vertreter der Angestellten der Land- und Forstwirtschaft, 1 Vertreter der Angestellten der Seeschiffahrt, 7 Vertreter der Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, 3 Vertreter der Arbeiter des Transportgewerbes. Die freie Auswahl ist dann nur noch für 28 Mitglieder gegeben.

Neben den vorgesehenen ständigen Mitgliedern können zur Beratung besonderer Fragen auch nichtständige Mitglieder ernannt werden. Als nichtständige Mitglieder kommen von der Reichsregierung und von den Abteilungen des RWR. vorgeschlagene Persönlichkeiten und Vertreter von Verbänden in Frage. Auch hier ist kaum eine Verstärkung des Gewichts der Arbeitnehmerschaft zu erwarten.

Die Arbeit des Reichswirtschaftsrates soll sich in der Hauptsache in den Ausschüssen abwickeln. Die Vollversammlung tritt nur auf Verlangen der Reichsregierung oder von 75 ständigen Mitgliedern mit Zustimmung des Vorstandes des RWR. zusammen. Das Zustandekommen einer Vollversammlung ist also, außer wenn die Reichsregierung es will, davon abhängig, daß der Vorstand seine Zustimmung gibt. Von den neun Mitgliedern des Vorstandes entfallen auf die Arbeitnehmer 3. Nach der Zusammensetzung des RWR. wird es den Arbeitnehmermitgliedern nie möglich sein, von sich allein aus eine Vollversammlung zu beantragen. Dadurch wird die Vollversammlung zur Dekoration.

Als Hauptausschüsse sind vorgesehen ein sozialpolitischer, ein finanzpolitischer und ein wirtschaftspolitischer. Daneben können mit Zustimmung des Vorstandes und der Reichsregierung von den Hauptausschüssen für einzelne Aufgaben Sonderausschüsse eingesetzt werden.

Die Hauptausschüsse bestehen aus 27 bis 30 Mitgliedern, von denen mindestens 18 ständige Mitglieder sein müssen. Unter den 18 ständigen Mitgliedern sind 6 der Arbeitnehmer vorgesehen, unter den weiteren 9 nichtständigen Mitgliedern sind 3 der Arbeitnehmer. Wenn die Reichsregierung eine Vorlage einbringt, dann kann sie außerdem noch bis 3 nichtständige Mitglieder vorschlagen. Also auch in den Ausschüssen bleibt die Arbeitnehmerschaft immer in der Minderheit, da sie im günstigsten Falle immer nur ein Drittel der Mitglieder stellt. Daneben kommt auch hier das außerordentlich große Wirkungsrecht der Reichsregierung in Betracht. Von den 30 Mitgliedern der Ausschüsse stehen bis zu 6 unter dem Einflusse der Reichsregierung.

Der Majorisierung soll vorgebeugt werden durch die Möglichkeit der Abgabe von Minderheitsgutachten. Ein Minderheitsgutachten kann von einer Minderheit erstattet werden, der mindestens die Mehrheit der Vertreter einer Abteilung im Ausschuß oder ein Fünftel der Ausschußmitglieder angehören. Ein Minderheitsgutachten ist ferner dann zu erstatten, wenn ein Vertreter einer Gruppe im Auftrag von vier Fünfteln der Mitglieder seiner Gruppe dies verlangt. So ist es den freien Gewerkschaften wenigstens möglich, ihre Auffassung nach außen hin zur Geltung zu bringen. Aber wie gesagt, von Anfang an ist bei dieser Zusammensetzung die Arbeitnehmerschaft zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Damit verliert der RWR. seinen Wert. Die besondere Heraushebung des Vorstands muß verurteilt werden, denn dadurch wird die Initiative des RWR. stark gehemmt. Der § 23 ist ein Bremsklotz für alle, die den RWR. zu einem wirksamen Instrument machen wollen. Zur Beratung von Gesetzesvorlagen und Anregungen, die nicht im Zusammenhang mit einer Regierungsvorlage stehen, bedarf es der Zustimmung des Vorstandes. Die Zustimmung ist zu geben, wenn eine Abteilung es fordert. Man stelle sich vor, wie schwer unter Umständen eine Uebereinstimmung in der Abteilung der Arbeitnehmer herbeizuführen ist.

Im Ausschuß zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete ist die Vertretung der Arbeitnehmer noch mehr beschränkt. Dieser Ausschuß hat ziemlich weitgehende Befugnisse, um notwendige Feststellungen machen zu können. So hat er die Berechtigung, von jedermann die erforderlichen Auskünfte zu verlangen, Betriebe zu besichtigen, Kalkulationsunterlagen einzusehen. Um so erstaunlicher ist gerade hier die Zurückdrängung der Arbeitnehmerschaft. Der Ausschuß wird besetzt mit 10 ständigen und bis zu 10 nichtständigen Mitgliedern. Davon 2 nichtständige Mitglieder und die Reichsregierung 3 nichtständige Mitglieder. Die Abteilung IV (vom Reichsrat und von der Reichsregierung ernannte Persönlichkeiten) stellt dagegen 5 ständige und 2 nichtständige Mitglieder und die Reichsregierung 2 nichtständige Mitglieder. Hier liegt die Benachteiligung der Arbeitnehmerschaft offen zutage.

Als Ganzes genommen sind die Entwürfe gänzlich unbrauchbar. Vom Standpunkt der Arbeitnehmer und besonders der freien Gewerkschaften aus sind die Entwürfe abzulehnen. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit gefordert werden:

Loslösung des RWR. vom Einfluß der Reichsregierung,
weiterer Ausbau der Befugnisse und Ausstattung mit gesetzgeberischen Rechten,
Festlegung einer Mitgliederzahl, die eine bessere Beteiligung aller Interessenkreise ermöglicht,
größerer Anteil der Arbeitnehmer an der Mitgliederzahl,
bessere Stellung der Vollversammlung.

Daneben muß aber endlich auch der Unterbau, die Bezirkswirtschaftsräte geschaffen werden, um der Arbeitnehmerschaft den ihr gebührenden Einfluß bei der Wirtschaftsführung zu sichern.

Gewerkschaftsbewegung

Der Gesamtaufwand in der Sozialversicherung

stellte sich nach einer Denkschrift des Arbeitsministeriums, die dem Reichstag zuging, im Jahre 1913 auf 1431 Millionen, 1924 auf 2016 Millionen und 1925 auf 2343 Millionen. Bei der Krankenversicherung waren 1924 etwa 19 Millionen versichert, das Beitragsaufkommen für dieses Jahr wird auf rund 961 Millionen Mark geschätzt. Der für 1924 veranschlagte Gesamtversicherungsaufwand von 750 Millionen ist weit überschritten worden. Der Reichszuschuß an den Kosten der Familienwochenhilfe betrug rund 10 Millionen und wird 1925 auf rund 20 Millionen Mark steigen. In der Invalidenversicherung wurden 1924 versorgt 1 600 000, an Witwen 200 000 und an Waisen 1 200 000. Gegen 1913 hat sich die Zahl der Rentenempfänger fast verdreifacht. Bei 612 Millionen Beitragswochen hatte die Invalidenversicherung eine Einnahme von 360 Millionen Mark. Für 1925 wird eine Gesamtbeitragseinnahme von 525 Millionen angenommen. Der Reichszuschuß betrug 100 Millionen und wird 1925 auf 150 bis 155 Millionen steigen. Die Ausgaben für Renten betrugen 1924 ohne Reichszuschuß 257 Millionen. Einschließlich aller andern Leistungen, also auch des Reichszuschusses, ergab sich eine Gesamtausgabe von 310 Millionen. Für 1925 wird ein Rentenaufwand von 370 Millionen erwartet. Bei der Angestelltenversicherung waren am 1. Oktober 1925 insgesamt 77 133 Renten im Laufe. Am 1. Januar 1924 betrug diese Zahl nur 45 285. Zur Zeit werden im Monat ungefähr 1600 Ruhegehälter bewilligt. Das Jahr 1932 wird mit 90 000 Empfängern von Ruhegeld und mit insgesamt 180 000 Rentenempfängern rechnen müssen. Die Beiträge sind im Durchschnitt um 2 M. höher als im Vorjahre, bleiben aber im allgemeinen hinter denen der Vorkriegszeit zurück. Für 1925 wird eine Beitragseinnahme von 175 Millionen erwartet. Die Ausgaben für Renten, Heilverfahren, Verwaltung usw. werden auf 67 Millionen und 1926 auf 100 Millionen steigen. Im Jahre 1924 wurden von rund 40 000 Anträgen auf Heilverfahren rund 24 000 bewilligt. Die Unfallversicherung umfaßt 780 000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten, außerdem noch Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden mit etwa 90 000 bis 100 000 Versicherten. Im Gange sind augenblicklich rund 600 000 Verletztenrenten und rund 120 000 Hinterbliebenenrenten. Die Gesamtlasten betrugen 150,4 Millionen und werden für 1926 auf 191,6 Millionen geschätzt. Die Knappschaftspensionskasse umfaßte Mitte 1925 rund 700 000 Mitglieder; die knappschaftliche Krankenversicherung hat rund 800 000 Mitglieder. Für 1925 zählt der Reichsknappschaftsverein 35 000 invalide Bergleute und 30 000 Empfänger von Alterspensionen, wozu rund 95 000 Witwen und 100 000 Waisen kommen. Die Belastung des Bergbaues für 1925 wird von dem Reichsknappschaftsverein auf 313,5 Millionen geschätzt. Schließlich bringt die Denkschrift Angaben über Einnahmen und Ausgaben der deutschen Erwerbslosenfürsorge seit dem 1. Juli 1924. Die Zahl der Unterstützten betrug an diesem Tage 436 120, wozu 549 007 Zuschlagsempfänger (Familienangehörige) kamen. Ihren Höhepunkt erreichte die Erwerbslosigkeit nach mehrfachem Schwanken am 1. Februar 1925, wo es 503 024 Hauptunterstützungsempfänger und 814 157 Zuschlagsempfänger gab. Der niedrigste Stand war am 1. Juli d. J., wo nur 195 099 Hauptunterstützungsempfänger und 258 868 Zuschlagsempfänger vorhanden waren. Seitdem sind die Zahlen dauernd im Steigen begriffen. Sie haben am 15. November die Höhe von 471 333 und 570 000 erreicht. Die Unterstützungssätze sind im laufenden Jahre mehrfach erhöht worden. Die Einnahme der Erwerbslosenfürsorge aus Beiträgen betrugen in der Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 246 Millionen. Die Ausgaben 249,8 Millionen. Für das Kalenderjahr 1925 werden die Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge auf rund 230 Millionen geschätzt.

Gauleiterkonferenz des Fabrikarbeiter-Verbandes

Der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes hatte am 17. und 18. Dezember die geschäftsführenden Gauleiter nach Hannover zusammengerufen, um in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Verbandes und den Zentralbranchenleitern die Schwierigkeiten durchzuberaten, die infolge der verschlechterten Wirtschaftslage für die Führung der Verbandsgeschäfte entstanden sind. Die Leitung der Konferenz lag an Stelle des erkrankten Verbandsvorsitzenden Bren in Händen des Vorsitzenden Thiemigk, der unter dem Beifall aller Teilnehmer den Wunsch und die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung des bewährten Führers der Organisation aussprach. — Verbandssekretär Partzsch, der mit seinem Kollegen Großmann für die Abteilung „Lohn- und Tarifbewegung" verantwortlich zeichnet, gab einen allgemeinen Ueberblick über den Verlauf der Lohnbewegungen und umriß in großen Zügen ein Bild der ungünstigen Wirtschaftslage. Scharfe Kritik fand die Absicht der Unternehmer, die ungünstige Wirtschaftskonjunktur zum Abbau der Löhne und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu benutzen. Es kam zum Ausdruck, daß den Lohnabbauversuchen der Unternehmer schärfster Widerstand entgegenzusetzen sei. Dieser Wille fand seine Bekräftigung in den Darlegungen des Verbandskassierers Rößler über die finanzielle Lage des Verbandes. Sehr wichtig — nicht nur für die Mitglieder des Verbandes und der Gewerkschaften, sondern für alle Kreise, die dem Wirkungserfolg der Gewerkschaften auf das soziale und wirtschaftliche Leben der Gegenwart Aufmerksamkeit widmen, — war die Tatsache, daß der Fabrikarbeiter-Verband im Laufe dieses Jahres nahezu 2½ Millionen Mark Streik- und Gemaßregeltenunterstützung gezahlt hat, und daß die Höhe der geleisteten Erwerbslosenunterstützungen am Jahresschluß kaum weniger als 2 Millionen Mark betragen wird. Diese Zahlen geben einen deutlichen Maßstab für die Energie, mit der diese Gewerkschaft den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder führt und bei Erwerbslosigkeit sie vor dem Hinabgleiten in das Elend zu bewahren sucht.

Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen beschäftigte sich mit dem vor wenigen Wochen zu Ende gegangenen Lohnkampfe in der chemischen Großindustrie Süddeutschlands. Die aus allen Teilen des Reiches zusammengekommenen Gauleiter betonten die allgemeine günstige Auswirkung dieses Großkampfes mit der stärksten deutschen Kapitalgruppe für den Verband. Besonders hat sich diese günstige Wirkung in der organisatorischen Stärkung des Verbandes in jenen Wirtschaftsgebieten gezeigt, die der Schauplatz der Kämpfe waren. Einige innerorganisatorische Mängel wurden einer sachlichen Kritik unterzogen. Bei den Auseinandersetzungen zeigte sich, daß Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art nicht vorhanden waren. Es kam nur der gemeinsame Wunsch nach besserem und leichterem Ineinandergreifen einiger Organisationsstellen zum Ausdruck. Ein aus der Mitte der Konferenz gestellter Antrag, die gewerkschaftlichen Werbemethoden in den Großbetrieben einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, brachte eine lebhafte Aussprache. Er wurde zugunsten einer vom Vorstandstisch vorgeschlagenen Willenserklärung, die der Absicht des Antragstellers Rechnung trug, zurückgezogen.

Weiter nahm die Konferenz Kenntnis von den Verhandlungen, die mit den Porzellan- und Glasarbeiterverbänden zwecks Gründung eines Unterverbandes der Keramarbeiter innerhalb des Fabrikarbeiter-Verbandes geführt worden sind. Die Gauleiterkonferenz begrüßte ihren erfreulichen Fortgang und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Abschluß der Verhandlungen zur Verschmelzung der genannten Verbände führen möge. Damit wäre ein weiterer Schritt zur inneren und äußeren Kräftigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung geschehen.

Beschäftigungsgrad im Sächsischen Baugewerbe

Die Erhebung am 21. Dezember 1925 erstreckte sich auf 52 061 Mitglieder. Davon waren arbeitslos: 10 104 Maurer, 7 Bauhilfsarbeiter, 463 Tiefbauarbeiter, 190 Zementarbeiter, 1 Stukkateure, 104 Steinsetzer, 94 Polierer, 60 Töpfer, 45 Glaser, 1 Isolierer, 16 Asphalteure, 6 Fliesenleger, 427 Lehrlinge und 78 weitere Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit beträgt 36,6 Prozent.

Abgewehrter Angriff. In der schlesischen Metallindustrie ist am Mittwoch durch freiwillige Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften eine vorläufige Regelung erzielt worden, durch die größere Kämpfe vermieden werden. Die Lohnsätze einschließlich der bisherigen Zwangszulagen werden bis zum 28. Februar weitergezahlt. Der Versuch der Arbeitgeber, einen Lohnabschlag zu erzwingen und die durch Schiedsspruch festgelegten Zulagen in freiwillige Zulagen umzuwandeln, ist damit abgeschlagen. Das Arbeitszeitabkommen wird bis zum 30. Juni verlängert. Das Lohnabkommen wird vom 28. Februar an monatlich kündbar.

Die Bergarbeiter des rheinischen Braunkohlenbezirks haben den in der Arbeitszeitfrage gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Der Spruch bestimmt, daß die jetzt bestehende neunstündige Arbeitszeit im linksrheinischen Braunkohlengebiet vorläufig bis zum 1. September 1926 aufrechterhalten werden soll.

Briefkasten

W. O. 655. Der Mieter hat dem Vermieter den Zins für dessen Wohnung zu bringen, falls nicht etwas anderes vereinbart oder Verkehrssitte ist. Wenn demnach die Vereinbarung besteht, daß die Miete zu dem Hausverwalter gebracht werden muß, gilt natürlich diese Vereinbarung.

M. Sp., P. 1. Eine höhere Aufwertung kann erfolgen. Ein gesetzlicher Zwang besteht jedoch nicht. — 2. Es kommt der Tag der ersten Einzahlung, nicht der Tag der Umschreibung in Betracht.

P. R., Dobritz. 1. 1000 M. waren Ende Oktober 1920 56 Pfennige. 2. Aus Ihrer Frage geht nicht hervor, ob es sich um Unfall- oder Militärrente handelt. Sie müssen sich an das Versorgungsamt oder die Berufsgenossenschaft wenden.

S. 100. Um die gesetzliche Untermiete errechnen zu können, muß die genaue Quadratmeterzahl der einzelnen Räume bekannt sein. Sie müssen also die Größe aller Räume und die Friedensmiete der gesamten Wohnung angeben.

Rundfunk

Spielplan des Dresden-Leipziger Senders, Montag, 28. Dezember.

4—5,30 Uhr: Programm der Dresdner Sendestelle. Mitwirkende: Charlotte Bastè, Ehrenmitglied der Sächsischen Staatstheater, Dresden, Dresdner Rundfunkhauskapelle. 1. a) Weber: Ouvertüre zu „Peter Schmoll"; b) Schubert: „Der Wanderer" (Dresdner Rundfunkhauskapelle). 2. Otto Erich: Wintersonnenmärchen (Charlotte Bastè). 3. a) Gounod: „Vito"; b) Tschaikowski: Capriccio; c) Suppé: Präludium, Chor und Tanz aus „Das Pensionat" (Dresdner Rundfunkhauskapelle). **6,30—7 Uhr:** Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. **7—7,30 Uhr:** Funkschach (auf Welle 452): Schachmeister R. Max Blümich: Partie vom Moskauer Turnier. Vortrag (auf Welle 294) des ärztlichen Bezirksvereins Dresden: Erste Hilfe bei Vergiftungen. **7,30—8 Uhr:** Vortrag (auf Welle 452): Neues aus der Naturwissenschaft, veranstaltet von der Naturwissenschaftlichen Werkgemeinschaft an der Universität Leipzig. Vortrag (auf Welle 294): Georg Diehschold, wissenschaftlicher Assistent an der Sächsischen Landeswetterwarte, Dresden: Gut und schlecht Wetter, eine Einführung in die neuesten Methoden der Wettervorhersage. **8,15 Uhr:** Konzert. Mitwirkende: Dr. Hans Vollmann (einführende Worte), Theodor Blumer (Klavier), Dresdner Streichquartett (Fritzsche, Schneider, Riphahn, Krotholler). 1. Debussy: Streichquartett, Op. 10, G-Moll. a) Lebhaft und sehr bestimmt; b) Ziemlich rasch und sehr rhythmisch; c) Andantino espressivo; d) Sehr gemäßigt — leidenschaftlich bewegt. 2. Dvorak: Klavierquartett, Es-Dur, Op. 87. a) Allegro con fuoco; b) Lento; c) Allegro moderato grazioso; d) Allegro ma non troppo. Anschließend (etwa **9,30 Uhr):** Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Spielplan des Dresden-Leipziger Senders, Dienstag, 29. Dezember.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung. **10,10—10,15 Uhr:** Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. **10,15 Uhr:** Was die Zeitung bringt. **11,45 Uhr:** Wetterdienst und -voraussage der Wetterwarte Dresden, Magdeburg, Weimar. **12 Uhr:** Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonocelia. **12,55 Uhr:** Neuester Zeitzeichen. **1,15 Uhr:** Presse- und Börsenbericht. **4—4,45 und 5—5,30 Uhr:** Nachmittagskonzert des Dresdner Rundfunkorchesters. 1. Kreutzer: Ouvertüre zu „Nachtlager zu Granada". 2. Lanner: „Die Romantiker", Walzer. 3. Schumann: Winterszeit. 4. Verdi: Phantasie aus der Oper „Aida". 5. Richard Wagner: „Träume" (Violinsolo). 6. Popy: Valse lente „Sphinx". 7. Rhode: „Elfengeflüster", Charakterstück. 8. Schumann: „Fahrende Gesellen". **5,30—6 Uhr:** Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. **6,30—7 Uhr:** Esperantokursus, gehalten von Prof. Dr. Dietterle, Direktor des Esperanto-Institutes. **7—7,30 Uhr:** Vortragsreihe über die Einführung in die Arbeitswissenschaft. 3. Abschnitt: Psychologie der Arbeit. 1. Vortrag: Prof. Dr. Klemm vom Psychologischen Institut der Universität Leipzig: Körperliche und geistige Arbeit. **7,30—8 Uhr:** Vortrag. Oberstudiendirektor Dr. Prüfer: 2. Vortrag: Vom Wert kindlichen Spielens in der Erziehungsreihe: „Häusliche Erziehungsfragen. **8,15 Uhr:** Militärkonzert, ausgeführt vom 3. Batl. 11. (Sächs.) Inf.-Regt., Leipzig. Leitung: Obermusikmeister Bier. 1. Armeemarsch 68 des 8. Inf.-Regts. Erzherzog Franz Ferdinand: Neapel 1822. 2. Beethoven: Ouvertüre zur Oper „Fidelio". 3. Waldteufel: Die Schlittschuhläufer, Walzer. 4. Verdi: Potpourri aus der Oper: „Rigoletto". 5. Grieg: Erste Peer-Gynt-Suite: a) Morgenstimmung; b) Ases Tod; c) Anitras Tanz; d) In der Halle des Bergkönigs. 6. Puccini: Fantasie aus der Oper „Tosca". 7. Möllendorf: Armeemarsch Nr. 51 (Parademarsch des 18. Ulanen-Regts., Leipzig, und des 6. Ulanen-Regts., Hanau. 8. Lehár: Divertissement aus der Operette „Der Graf von Luxemburg". 9. Armeemarsch Nr. [illegible] (Friedericus Rex), Parademarsch des 2. Batl. Inf.-Regts. [illegible] Leipzig. Anschließend (etwa **10 Uhr):** Pressebericht und Sportfunkdienst.

Für 2 Mark Schönheit!

Das klingt Ihnen zu komisch, aber was wollen Sie anderes tun, wenn Sie eine Packung Krasomehn kaufen und diese gebrauchen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aufwertungssteuer und Wohnungsbau

In der letzten Zeit haben wir uns wiederholt mit der Frage befaßt, ob die Wohnungsbauabgabe Staats- oder Gemeindesteuer sein soll. Jetzt sendet uns ein Parteigenosse, der die Verhältnisse in kleineren Gemeinden aus praktischer Erfahrung kennt, folgende Zuschrift:

Die Frage, ob die Aufwertungssteuer, die als Wohnungsbauabgabe dient, in eine Staatssteuer umgewandelt werden oder in ihre jetzige Form erhalten bleiben soll, hat in der letzten Zeit mehr als einmal die Presse beschäftigt. Die Meinungen darüber sind vollständig geteilt. Der Sächsische Gemeindetag hat sich in der letzten Zeit wiederholt gegen die Umwandlung der Aufwertungssteuer in eine Staatssteuer ausgesprochen. Der einzige Schritt, zu man den Verfechtern der Staatssteuer entgegenkommen will, ist die Schaffung eines Landesausgleichsstockes. Der Artikel Liebmanns über: „Die Reaktion gegen die Gemeinden" und der Artikel: „Mietzinssteuer — Siedlungswesen" in Nr. 289 der Dresdner Volkszeitung zeigten aber, daß sogar innerhalb der Sozialdemokratie durchaus noch keine Klarheit darüber herrscht, welche Form der Steuer man für die richtige hält. Im allgemeinen dürfte es aber doch wohl so sein, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz namentlich zur Deutschen Volkspartei, unter der Führung Blühers, mit wenigen Ausnahmen für die Zentralisierung der Aufwertungssteuer eintritt. Leider wird diese ganze Materie wohl immer nur zu einseitig vom Standpunkt der großen Gemeinden, insbesondere vom Standpunkt der Großstädte, aus betrachtet, während selten genug auf ländliche Verhältnisse Rücksicht nimmt. So ist wohl auch der Beschluß des Sächsischen Gemeindetages zu dieser Angelegenheit nur dadurch verständlich, daß die kleinen Gemeinden durch ihre geringe Stimmenzahl oder dadurch, daß sie dem Gemeindetage eben nicht angehören, nicht recht berücksichtigt worden sind. Wesentliche Gründe, die für eine Verstaatlichung der Steuer sprechen, sind schon in dem Artikel „Mietzinssteuer — Siedlungswesen" kurz geführt worden. Aber auch dort macht der Artikelschreiber den Gemeinden außerordentlich große Konzessionen in bezug auf selbständige Verteilung der Steuer u. a., die nach meinen Erfahrungen durchaus nicht am Platze sind. Es sei gestattet, hier auch einmal einen Vertreter einer kleineren Gemeinde von 2000 Einwohnern zu Worte kommen zu lassen.

Fernerstehende haben absolut keinen Einblick, wie kleinlich und kläglich gerade das Kapitel Wohnungsbau und Aufwertungssteuer in kleinen Gemeinden behandelt wird. Ich kann hierbei nach meinen Erfahrungen nicht einmal die rein industriellen kleinen Gemeinden ganz ausnehmen, denn leider sind die Probleme, die man unter dem einen Schlagwort „Siedlungswesen" zusammenfassen kann und zu denen im einzelnen Begriffe wie Kleinwohnungsbau, Flachbau, Heimstättenbau, Erbbaurecht, Vorkaufsrecht der Gemeinden, Bodenreform u. a. gehören, durchaus noch nicht zum Allgemeingut der in den kleineren Gemeindeparlamenten führenden Geister geworden. Es werden nur wenige wissen, welche Schwierigkeiten man zu bekämpfen hat, wenn man in kleineren Orten versuchen will, Dinge durchzusetzen, die durch obengenannte Begriffe gekennzeichnet werden. In kleineren Gemeinden spielen immer persönliche Dinge, gewollt oder ungewollt, bei den meisten Beschlüssen eine wesentlich wichtige Rolle. Wieviel schwerer ist es doch in diesen Verhältnissen für den einzelnen, wirklich objektiv zu urteilen. Wagt es jemand in einem kleinen Ort an den Bau eines Eigenheims heran und will dabei Mittel der Aufwertungssteuer verwenden, so muß der Betreffende einen dornenvollen Weg gehen. Da werden zunächst einmal sämtliche persönlichen Verhältnisse des Bauwerbers herangezogen, und viele kluge Worte fallen da, die alle gegen das Bauvorhaben sprechen. Man denke, wie ich, an ein Gemeindeparlament, in dem ungefähr zu gleichen Teilen vertreten sind: Landwirte, Geschäftsleute, Hausbesitzer, Beamte und Arbeiter.

Diese so gemischten Gemeindeparlamente sind die schlimmsten. Wie oft spielt sich hier eine Gruppe gegen die andre aus, wie viel Dorfklatsch ist da für so manche der bürgerlichen Herren, besonders der Herren Landwirte, viel ausschlaggebender als der Wille, eine großzügige Gemeindepolitik zu treiben. Weiß Genosse Liebmann, mit was für persönlichen Widerwärtigkeiten ein führender Genosse gerade bei solchen Anlässen in kleineren Gemeinden kämpfen muß, wenn unsre Gruppe in der Minderheit ist? Und in kleineren Gemeinden sind wir leider, leider recht oft in der Minderheit! Ueberlegen wir, wieviel unparteiischer, wieviel unpersönlicher und objektiver kann eine Zentralstelle die Gesuche von Bauwerbern um eine Aufwertungssteuerhypothek bearbeiten!

Ist es dem Bauwerber auf dem Dorfe dann wirklich gelungen, Geld von der Gemeinde zu erhalten, dann ist er erst recht der Kritik derjenigen ausgesetzt, die mit dem Beschluß nicht einverstanden sind.

Eine besondre Schwierigkeit liegt für die kleinen Gemeinden nun vor allem darin, daß auch sie versuchen wollen, möglichst viel mit ihrem Gelde zu schaffen, daß aber die Mittel einfach fehlen. Was nutzt z. B. einer Gemeinde eine Aufwertungssteuer, die im ganzen Jahre 9000 M. oder noch weniger einbringt? In Dresden wird für eine Wohnung 11 000 M., in Radebeul 12 000 M. Zuschuß gegeben. Also könnte die Gemeinde mit 9000 M. noch nicht einmal eine einzige Wohnung bezuschussen, wenn wirklich billige Wohnungen, d. h. Arbeiter- oder Beamtenwohnungen, erstellt werden sollen. Was tut aber die Gemeinde? Der Oeffentlichkeit gegenüber wagt man nicht, das ganze Geld nur einem einzigen zu geben. Also wird die Steuer in kleine und kleinste Brödchen geteilt, man gibt 3000 bis 4000 M. je Wohnung. Die Folge ist natürlich, daß dieses Geld niemand etwas nutzen kann, ja daß dieses Geld dem Bauenden direkt zum Verderben werden muß. Denn sei es, daß die Wohnungsnot ihn drängt, sei es ein andrer Grund, der Glückliche, der das Geld erhalten hat, fängt an zu bauen und — bleibt natürlich bald stecken. Jetzt fängt für ihn ein Leidensweg an, wie ihn ein Großstädter nie verstehen wird. Jetzt heißt es, sich aufs Bitten und Betteln legen. Ein Gesuch nach dem andern geht an die Gemeindeverordneten. Der Bau soll nicht liegen bleiben, man greift schließlich zu hochprozentigem Geld, man nimmt Geld zu 10 Prozent, ja zu 12 Prozent, und statt Wohnungen für 400 bis 500 M. zu erhalten, wächst die Zinsenlast auf 800 M., 1000 M., ja auf 1200 M. Das Geld ist verpufft, der arme Teufel kann sein angefangenes Grundstück nicht halten, die Wohnungsnot ist nicht gelindert, sondern eine neue Wohnungsnot geschaffen. Das sind durchaus keine erfundenen Beispiele, so steht es in Hunderten von kleinen Gemeinden mit dem Wohnungsbau.

Dazu kommen noch einige andre Fragen. Dresden leiht sein Geld zinslos aus und nimmt 1 Prozent Tilgung, Radebeul verlangt 3 Prozent Zinsen und 2 Prozent Tilgung. Man möge eine Umfrage in Sachsen veranstalten und man wird staunen, welches Durcheinander bei der Verzinsung der Aufwertungssteuerhypotheken herrscht, 4, 6, ja 8 Prozent sind da keine Seltenheiten! Wie sollen dann billige Wohnungen erstellt werden? Wissen diejenigen, die dafür eintreten, die Aufwertungssteuer für Wohnungsbauzwecke den Gemeinden zu belassen, wieviel Kampf es kostet, den Prozentsatz für Aufwertungssteuerhypotheken auch nur um ein einziges Prozent herabzudrücken?

Eine weitere Schwierigkeit kennt auch nur der Bauwerber in kleinen Gemeinden. Man mag es glauben oder nicht, es gibt Dutzende von Gemeindevertretern, ich spreche hier wieder namentlich von Vertretern der Landwirtschaft, die auf Aufwertungssteuerhypotheken die Grundsätze der Sparkassen unbedingt anwenden wollen, und dabei erhält doch die Aufwertungssteuerhypothek erst dadurch einen großen Teil ihres Wertes, daß sie letztstellig eingetragen werden kann.

Es sollten sich einmal alle, die in unseren Reihen noch auf dem Standpunkte stehen, die Aufwertungssteuer gehört den Gemeinden, frei machen von ihren Bedenken und sollten einmal hineinsehen in die kleinen Gemeinden, dann werden auch sie unbedingt zu der Erkenntnis kommen: So schnell als möglich Zentralisierung der Aufwertungssteuer, die als Wohnungsbauabgabe dient, und zwar konsequente Zentralisierung! Nur die Durchführung dieser Forderung gewährleistet eine unpersönliche, objektive Bearbeitung der Gesuche um Aufwertungssteuerhypotheken, nur sie gewährleistet eine einheitliche und vernünftige Festsetzung des Zinsfußes, der Tilgung und der Beleihungsgrenze, nur sie gewährleistet wirkliche Behebung der Wohnungsnot auf Grund eines Landesbauplanes.

Hat sich also Genosse Liebmann gegen eine Verstaatlichung der Aufwertungssteuer eingesetzt, hat sich der Verfasser des Artikels „Mietzinssteuer — Siedlungswesen", trotz Eintretens für die Staatssteuer, den Gemeinden gegenüber zu vielen Konzessionen bereit erklärt, so möchte sich dieser Artikel für die Staatssteuer in seiner ganzen Konsequenz einsetzen. Möge man schließlich eine gewisse Grenze ziehen, daß man Gemeinden über 20 000 Einwohnern die Vergebung der Aufwertungssteuermittel selbständig überträgt, für alle andern Gemeinden ist die einzige wirkliche Lösung der Wohnungsbaufrage die Zentralisierung. Das ist keine „Reaktion gegen die Gemeinden", das ist das Gebot der Stunde auf Grund der schlechten Erfahrungen in kleinen und mittleren Gemeinden. Die Verwaltung und Vergebung der Aufwertungssteuer in der bisherigen Weise hat auf dem Lande bisher mehr Schaden als Nutzen gestiftet.

Bis dahin aber, bis der Kampf um die Staatssteuer, dessen Ausgang allerdings noch völlig ungewiß ist, durchgeführt ist, muß es Aufgabe unsrer Vertreter im Landtage sein, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß der Staat, solange er noch nicht selbst die Verwaltung der Steuer in der Hand hat, Richtlinien für die Verwendung der Aufwertungssteuer, und zwar mit rückwirkender Kraft, an alle Gemeinden herausgibt, die die Gemeinden jetzt schon in folgenden drei Punkten binden: 1. Höhe des Zinsfußes und der Tilgung. 2. Höhe der Beleihungsgrenze bis zu mindestens 90 bis 95 Prozent, und 3. Höhe des Mindestdarlehns für die Erstellung einer Wohnung. Nur wenn für diese drei Punkte klare Bestimmungen getroffen werden, wird auch in kleinen Gemeinden die Bautätigkeit in die richtigen Wege geleitet werden. Nochmals aber sei betont, daß auch diese Richtlinien nur ein Uebergang sein dürfen zur vollen Verstaatlichung der Aufwertungssteuer. A. B.

Aus aller Welt

• Vier Arbeiter im Inn ertrunken

Nach einer Blättermeldung aus Wien kenterte in der Nähe von Fritzheng bei den Innregulierungsarbeiten eine Zille. Vier Arbeiter ertranken in der reißenden Strömung.

Den Großvater vergiftet

Der Schuhmacher Kuhls in Beedenbostel bei Celle lebte seit längerer Zeit mit seinem Großvater, dem 82 Jahre alten Gemeindediener Müller, mit dem er in einem Hause wohnte, in Streit. Die Frau des Kuhls faßte deshalb den Plan, den alten Mann beiseite zu schaffen. In der Nacht zum 18. Dezember schob sie das von dem Zimmer der Eheleute durch die Kammer des Großvaters in den Schornstein führende Ofenrohr auseinander und verstopfte das Rohrende mit Lappen und die Zwischenlöcher mit Papier. Als der alte Mann sich zur Ruhe begeben hatte, heizte die Frau das Wohnzimmer tüchtig ein, so daß die Kohlengase in das Zimmer des Müller drangen und diesen töteten. Das Ehepaar suchte zunächst einen Unglücksfall vorzutäuschen. Die Gerichtskommission stellte Mord fest und verhaftete nach Geständnis der Frau beide Ehegatten.

Großfeuer in einer amerikanischen Stadt

Bei einem Großfeuer im Geschäftsviertel von Waynesburg (Pensylvanien) wurden mehrere Gebäude zerstört. Vier Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr wurden getötet, fünf verletzt. Der angerichtete Schaden beträgt nahezu fünf Millionen Dollar.

Gasvergiftung eines Zugpersonals

Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Basel und Delsberg-Biel blieb ein Güterzug in einem 8 Kilometer langen Tunnel stecken. Nachforschungen ergaben, daß der Lokomotivführer, der Heizer und der Zugführer infolge der starken Rauchentwicklung im Tunnel ohnmächtig geworden waren. Bevor sie das Bewußtsein verloren, hatten sie jedoch noch die Kraft besessen, den Zug zum Stehen zu bringen, wodurch ein schweres Unglück verhütet wurde. Die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Eine wildgewordene Kuh entlief Mittwoch mittag auf dem Berliner Zentralviehhof. Nachdem sie sich ein Horn abgebrochen hatte, überrannte sie drei Schlächter, die alle schwer verletzt wurden. Nach längerer Jagd wurde die Kuh schließlich von Schutzpolizisten erschossen.

Maskierte Mörder in Schlesien. Auf dem Schlosse Rattu in Schlesien, das dem Fürsten von Donnersmarck gehört, erschossen am Mittwoch, wie die B. Z. meldet, zwei maskierte Räuber den Schloßwächter und entkamen, ohne eine Spur zu hinterlassen.

Die Politik in der Weltkarikatur

Das französische Finanzproblem

Marianne in Not
Der Absolutismus der französischen Bourgeoisie (Inflation) und des Arbeiters Arm (Kapitalsteuer). („Notenkraker", Amsterdam)

Die amerikanische Schuldenforderung

Uncle Sam: „Wer? Kolumbus? Der Mensch, der Amerika entdeckt hat? Ich hänge ihn an den Galgen mit ihm!" („Groene", Köln)

Zwei beständige T's und zwei unbeständige F's in Paris:
(Tschitscherin und der Tschernowok; das Französische Kabinett und der Frank.)

Die „Herkules" Mussolini und Prinzen Wilhelm

Verschwörungsangst
Der Druck eines bösen Gewissens.

Die gerechte Verschwörung

Mussolini: „O, dieser Schuft, der deinach daran hat denken wollen, mich zu ermorden!"

Mussolinische Geschäftsmannschaft

(Vandervelde hat Locarno verlassen, ohne an Mussolini heranzugehen.

(„Giorno d' Italia")

Die 428: „Sie vergessen wohl, Herr Vandervelde, daß, wenn Italien nicht in den Krieg eingetreten wäre, dieser Ministersitzl nicht Ihnen, sondern einem Minister Wilhelms II. gehört hätte?"

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Vereinstätigkeit des Sportarztes

Von Dr. Heberer, Dresden

Mit der Wiederaufnahme des Wettkampftrainings im Frühjahr wird für die großen Sportverbände die Frage ihrer sportärztlichen Versorgung spruchreif. Da in Sportkreisen noch vielfach Unklarheit über die Bedeutung der sportärztlichen Tätigkeit besteht, mögen diese Zeilen zur allgemeinen Aufklärung dienen.

Die zunehmende Ausbreitung des Sportes verlangt eine besonders genaue ärztliche Ueberwachung der Sporttreibenden. Bestehende körperliche Fehler können, wenn sie unbeachtet bleiben, sich unter der wachsenden körperlichen Inanspruchnahme plötzlich verschlimmern und dadurch schwere Schädigungen herbeiführen (z. B. beginnende Lungentuberkulose, Herzklappenfehler u. dgl.). Bei manchen Erkrankungen ist wiederum eine Beschränkung auf bestimmte Uebungen notwendig, die nur der mit dem Sport vertraute Arzt beurteilen kann.

Auf Grund der Untersuchung wird der Sportarzt auch genaue Vorschriften für den Ausgleich von Körperschwächen machen können, durch die die Körperform und damit auch die sportliche Leistungsfähigkeit verbessert werden. Während diese Beratung zur möglichst gleichmäßigen Ausbildung und Entwicklung des Körpers bei Jugendlichen einen wesentlichen Bestandteil der sportärztlichen Beratung ausmacht, kann nach dem 18. Lebensjahr auf Grund der Körperform und der psychischen Leistungsfähigkeit die Eignung für die günstigste Sportart bestimmt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Beurteilung der Körperform nur am völlig entkleideten Körper geschehen kann. Das Auge wird unterstützt durch Messung von Körperlängen, -breiten und -umfängen und Körpergewicht.

Trainierende Sportleute müssen ärztlich dauernd überwacht werden, da die starke Belastung des Körpers im Training zu Schädigungen führen kann, die rechtzeitig erkannt werden müssen (Uebertraining, Herzschädigungen usw.). Grundsätzlich sollen alle sporttreibenden Mitglieder eines Vereins einmal jährlich untersucht werden, die Jugendlichen halbjährlich. Hierbei ist auf die Wägungen und Messungen des Körpers zu achten, um den objektiven Maßstab für die Entwicklung des Körpers zu behalten. Für die Messungen werden vorteilhafterweise einige Vereinsmitglieder ausgebildet. Bei regelrecht trainierenden Sportleuten richtet sich die Häufigkeit der Untersuchung nach den Bedürfnissen, sie ist aber mindestens einmal im Monat auszuführen.

Der Sportarzt muß Gelegenheit haben, den Verein, den er untersucht, von Zeit zu Zeit auf dem Platze zu sehen, um Trainingsfehler beobachten und ausmerzen zu können. Es versteht sich von selbst, daß er ausübender Sportmann sein oder gewesen sein muß.

Wenngleich auch von vornherein die Tätigkeit des Sportarztes nicht ehrenamtlich gedacht ist, so darf doch schon jetzt als sicher angesehen werden, daß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Verbände im weitgehendsten Maße Rechnung getragen wird. Was die Dresdner Verhältnisse anbelangt, so könnte kleineren Vereinen z. B. durch Errichtung einer sportärztlichen Untersuchungsstelle im Georg-Arnhold-Bad an der Ilgenkampfbahn eine sportärztliche Betreuung ihrer Mitglieder ohne besondere Kosten möglich gemacht werden.

Die großen Sportverbände, die auf die Dauer ohne eigenen Sportarzt nicht auszukommen vermögen, fordern diesen beim Aerztebund zur Förderung der Leibesübungen an. Dieser führt namentliche Listen über die anerkannten Sportärzte. Auf einen entsprechenden Antrag wird den Sportverbänden diese Liste zur Einsicht vorgelegt, es steht ihnen das Recht zu, aus dieser Liste nach freiem Ermessen einen oder mehrere Sportärzte zwecks Anstellung in ihrem Verein auszusuchen. Entsprechende Gesuche sind zu richten an den 1. Vorsitzenden des Aerztebundes zur Förderung der Leibesübungen, Herrn Dr. Geis, Gerokstraße 3.

Neue Vorschriften über die Benutzung der Jugendherbergen

Am 1. Januar treten die neuen Bestimmungen über die Benutzung der Jugendherbergen in Kraft. Danach müssen alle Jugendwandergruppen einen Führer haben, der sich durch den Führerausweis zu legitimieren hat. Der Ausweis wird durch die Zweigvereine, die Ortsgruppen, die Schulen oder durch die angeschlossenen Bünde ausgegeben. Anträge sind dorthin zu richten. Den Ausweis können nur solche über 16 Jahre alten Personen bekommen, für deren Geeignetheit Gewähr geboten ist. Führt eine Wandergruppe einen Führerausweis, so bedarf es für alle ihre Teilnehmer unter 20 Jahren keines Bleibenausweises. Ist der Ausweis nicht vorhanden, dann bedürfen sämtliche Teilnehmer unter 20 Jahren des Bleibenausweises, sämtliche über 20 Jahre alten Teilnehmer einer Mitgliedskarte. Der Führerausweis muß mit dem Lichtbilde des Inhabers versehen sein und kostet 25 Pf. — Wer als einzelner eine Herberge benutzen will, muß eine Mitgliedskarte einer Ortsgruppe haben oder, wenn er unter 20 Jahre alt ist, einen Bleibenausweis.

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. Bezirk Dresden. Die Turnspieler stehen mit den Wiener Genossen in Verhandlung. Zu Ostern 1926 sollen in Sachsen drei Raffball-Städtespiele ausgetragen werden. Man hofft, in den nächsten Tagen die drei Spiele zum Abschluß zu bringen. Am Ostersonnabend spielt in Dresden die Städtemannschaft gegen Wien. Vor dem Raffballspiel: Dresden-Stadt — Dresden-Land. Am 1. Osterfeiertag spielt die Wiener Städtemannschaft in Freital gegen die Freitaler Raffball-Städtemannschaft. Am Ostermontag spielt in Chemnitz die Raffball-Städtemannschaft von Chemnitz gegen Wien. — Bezirksspielmannszug. 2. Januar, Punkt 7 Uhr, in der Frischauf-Schänke, Könneritzstraße, Sitzung der Gruppen- und Vereinsstabführer und der Obleute.

Arbeiter-Radfahrer-Bund. Ortsgruppe Leubnitz-Neuostra. 3. Januar, nachmittags Punkt 3 Uhr, im Königshof, Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht.

Fußballsport

Pieschen—Helios 3:5 (1:4). Der Tabellenzweite konnte eine tüchtige Abfuhr erhalten, wenn der erst überlegene Sieger Ausdauer besaß. Es wurde aber das verdiente Ergebnis noch erträglich.

D. S. V.—D. B. V. 15 7:2 (1:0). Zu Anfang waren sich beide Gegner gleich, was auf die geschwächte D. S. V.-Mannschaft zurückzuführen war. Schon vor Halbzeit hatte D. S. V. das Spiel vollständig in der Hand. D. B. V. war nicht in der Lage, ein Tor zu erzielen.

Cotta—Löbtau 1:3. 30 Minuten vor Schluß wegen Spielunfähigkeit des Platzes abgebrochen.

Kamenz—Sturm 2:5 (2:1). Dem Kamenzer Publikum wurde ein von Anfang bis Ende spannendes Spiel vorgeführt. Sturm konnte sich erst nach Seitenwechsel richtig entfalten und gab seinem technisch feinem Spiel in vier Toren Ausdruck.

Neustadt—Heidenau. Platz spielunfähig.

D. S. V.—Coßmannsdorf 12:3 (2:1).

Striesen 1—Fortschritt 1 0:1 (wegen Fortschritt abgebrochen). Pieschen 2—Neustadt 2 7:1. Neustadt 2—Klotzsche 1 1:0. Neustadt 3—Laußnitz 1 5:0, Cotta 3—Pieschen 3 2:2, Cotta 3—D. B. V. 15 3 0:6, D. S. V. 4—M. V. C. 2 0:5, 01 A. H.—Pieschen A. H. 3:1, 01 2—Süd 2 3:1, Eintracht 4—Fortschritt 2 5:4, Eintracht A. H.—D. S. V. A. H. 5:4.

Jugendklasse: Löbtau 1—Görlitz 1 1:5, Pieschen 1—Neustadt 1 5:0, Pieschen 1—D. S. V. 1 4:2, Coßmannsdorf 1—Burgk 1 5:1, Cotta 1—Sturm 1 6:0, Cotta 1—Coffebaude 1 4:0, Striesen 1 gegen Schweinitz 1 1:3, Neustadt 1—Birkigt 1 5:0, Pieschen 2 gegen Cotta 2 1:0 Neustadt 2—Wargwitz 1 3:1. Eintracht 1—Süd 2 10:0, Striesen 2—D. S. V. 2 2:2, D. S. V. 2—Potschappel 2 3:3, Cotta 2—1985 2 1:1, Neustadt 3—Pieschen 3 4:0, D. S. V. 2. Schüler gegen Alemannia 1. Schüler 0:4, Cotta 2. Schüler—Löbtau 1 Schüler 0:4.

Aus dem Bezirk Leipzig: Süd—Viktoria 12 5:3, Engelsdorf gegen Rositz, Altenburg 3:1, Eilenburg—Wettin, Halle 2:0, Großzschocher—Meerane 8:3, Kleinleutzsch—Holzweißig 3:3, Lindenau gegen Pölitzsch 4:1, Sparta—B. C. Döbeln 3:1, Sportklub Ost gegen Thekla 2:1, Kainsdorf—Wahren 4:2, Sachsen, Gautzsch—Knautkleeberg 3:4, Schönau—Eilenburg 2:3, Stötteritz—Preußen, Mockau 2:0, West 03—Pölitzsch 4:0, Möckern 07—Sparta 0:0, Kainsdorf gegen Frisch auf, Burgen 5:4.

Wintersport im Deutschen Arbeiter-Turn- und -Sportbund. Vom 1. bis 3. Januar werden in Schreiberhau Wintersportkurse des 14. Kreises abgehalten. Am 6. und 7. Februar findet das Kreiswintersportfest in Schreiberhau statt. Es umfaßt Skispringen und Langlauf, sowie Rodeln.

Der 1. Bundestag der deutschen Arbeiterkegler fand in Halle statt. Die Entwicklung des Bundes im vergangenen Jahre war eine sehr erfreuliche. Der Bund wird sich weiter angelegen sein lassen, die dem Kegelsport huldigenden Arbeiter zu sammeln.

Internationaler Arbeitersport

Die Wintersportsektion der österreichischen Naturfreunde veranstaltet in diesem Winter 8 Skikurse mit mehr als 6000 Teilnehmern. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Abteilung wird am 10. Januar ein großes Treffen aller Mitglieder auf der Sulzerhütte stattfinden.

Der Bundesvorstand der österreichischen Arbeiterathleten hat beschlossen, vom 1. Februar 1926 an den „Arbeitersport" eingehen zu lassen und eine neue Bundeszeitung herauszugeben.

Englische Fußballspiele. Am vergangenen Sonnabend empfing der Sheffielder Arbeiterfußballklub Money-Sports zu einem Freundschaftsspiel, das die Einheimischen mit 8:0 gewannen. Am Sonntag verloren die Sheffielder gegen den Botofielder Fußballklub mit 3:4.

Ostschweizer Verbandstag. In Anwesenheit von 191 Delegierten wurde am vergangenen Sonntag eine Delegiertenversammlung des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes der Ostschweiz abgehalten. Ein Antrag, die Sektionen der RSJ. zum Berner Verbandsfest im nächsten Jahre einzuladen, wurde einstimmig angenommen. Genosse Düdi vom Bundesvorstand erklärte, daß er beim Organisationskomitee Antrag auf Zulassung stellen werde. Ein weiterer angenommener Antrag bezweckte die Prüfung der Frage der Einführung des militärischen Vorunterrichts der Jugend auf proletarischer Grundlage. Die Verleihung von Kränzen bei Wettkämpfen wurde abgelehnt und nur der Ausgabe von Diplomen zugestimmt.

Arbeitersportler! Ihr verlangt von der Dresdner Volkszeitung, daß sie eure Berichte über eure Veranstaltungen und alles, was euch aus dem sportlichen Leben interessiert, bringen soll. Diesem Verlangen will die Dresdner Volkszeitung gern entsprechen. Ihr Arbeitersportler aber müßt es als eure Pflicht erachten, alle eure Druckaufträge der Dresdner Volkszeitung zu bringen.

Arbeitersport und Arbeiterparteien

Immer wieder tauchen bei den Parteiinstanzen Anträge auf, diejenigen Genossen aus der Partei auszuschließen, die noch in bürgerlichen Sportvereinen tätig sind, sofern sie sich nicht entschließen können, der Arbeitersportbewegung beizutreten. Die Parteiinstanzen haben solche Anträge immer wieder mit Recht abgelehnt. Lediglich die KPD. hat einmal einen solchen Beschluß gefaßt, ihn aber ebenso prompt nicht durchgeführt. Auch in Heidelberg hat unsre Partei einen solchen Antrag abgelehnt, und schon wieder einmal setzt in der Arbeitersport- und Tagespresse die Diskussion über das schlechte Verhältnis zwischen Arbeitersportbewegung und Arbeiterpartei ein. Die Tatsache dieses schlechten Verhältnisses ist nicht abzuleugnen; notwendig ist aber, den Arbeitersportlern einmal ganz objektiv die wirklichen Gründe dieser Erscheinung aufzuzeigen. Unsre Arbeitersportler erkennen die Notwendigkeit einer engeren Verbindung mit der politischen Arbeiterbewegung, suchen aber den bestehenden Mangel mit allen möglichen und unmöglichen einseitigen Erklärungen zu begründen. Ihr Hauptargument ist die Zugehörigkeit einzelner Parteigenossen zu bürgerlichen Vereinen. Wenn auch diese Zugehörigkeit nicht gerade erfreulich ist, so spielt sie doch vorerst bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Arbeitersport und Arbeiterpartei die geringste Rolle. Die eigentlichen Gründe sind in andrer Richtung zu suchen.

Vor dem Kriege bestand eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen politischer Arbeiterbewegung und Arbeitersportvereinen. Die Arbeitersportler nahmen rege an der politischen Agitation teil; der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" war geradezu als „Rote Kavallerie" gegründet worden. Das hat sich in dem Augenblick geändert, als die Einheit der politischen deutschen Arbeiterbewegung zerschlagen und die Arbeitersportbewegung zur Neutralität, d. h. zum Pendeldasein zwischen Sozialismus und Kommunismus verurteilt wurde, mit genauer Skala darüber, wieweit ein Ausschlagen des Pendels nach rechts oder link möglich und zulässig sei. Die Arbeitersportbewegung hat also den theoretischen Boden als aktive Kampftruppe im politischen Leben verloren. Genosse Wildung, der Generalsekretär der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege in Berlin, schreibt darüber in der Festschrift zur Frankfurter Arbeiter-Olympiade: „. . . . Darum wird die Arbeitersportbewegung erst dann wieder geistigen Gehalt bekommen, wenn sie fest auf dem Boden des demokratischen Sozialismus steht. . . Der Bundestag des tschechoslowakischen deutschen Verbandes hat eine Entschließung angenommen, die das Problem an der Wurzel berührt und auch den Ausweg aus dem Labyrinth zeigt: geistigen Anschluß an die sozialistischen Internationalen von London und Amsterdam. . . . . Entweder die Bewegung ist bewußt sozialistisch, oder sie ist kommunistisch, beides zugleich kann sie nicht sein. Neutralität zwischen beiden ist Verirrung."

Gern werden von den Arbeitersportlern österreichische Verhältnisse als Beweis dafür angezogen, daß die Verbindung zwischen Arbeitersport und Arbeiterparteien besser sein kann, als sie heute in Deutschland ist. Aber diese Beweisführung geht fehl. In Oesterreich haben wir eine einheitliche, geschlossene sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die in Staats- und Gemeindebehörden maßgebenden Einfluß im Interesse des Arbeitersports geltend machen kann. Die Kommunisten haben dort gar keinen Einfluß. Viel stichhaltiger ist das Beispiel aus der Tschechoslowakei. Wir werden auch in Deutschland zu einer klaren Stellungnahme über die Anlehnung der Arbeitersportbewegung an eine bestimmte politische Partei kommen müssen. Auch einer zur Zeit angestrebten Einigung zwischen Luzerner und Roter Sportinternationale können wir nicht das Wort reden, solange die Arbeiterbewegung in Deutschland noch gespalten ist und dadurch eine sportliche Einheitsfront zu propagandistischer Wirkungslosigkeit verdammt bleiben würde.

Unsre alten Parteigenossen betrachten vielfach die Arbeitersportler nur als „notwendiges Uebel" zur Verschönerung proletarischer Festveranstaltungen, vielfach gar als Hemmnis der politischen Arbeiterbewegung, weil sie aktive Kräfte fesseln. Die kulturelle Bedeutung der Arbeitersportbewegung wird im wesentlichen deshalb nicht anerkannt, weil man sich von der Arbeitersportbewegung in ihrer neutralen Form propagandistisch so gut wie gar nichts verspricht. Ein gutes Verhältnis ist nur möglich, wenn sich eine bewußt sozialistische oder kommunistische Sportbewegung einer gleichgearteten Partei zur Seite stellt. Beide Faktoren bewegen sich heute in falscher Richtung. Was wir brauchen, ist zunächst Klärung der politischen Stellung der Arbeitersportbewegung in der einen oder andern Richtung, dann aber gegenseitige organisatorische Auffüllung der Mitgliedschaften, die die Arbeitersportbewegung wieder ganz bewußt zu dem stempelt, was sie sein muß: Kampf- und Propagandaorganisation für die sozialistische Welt!

K. Dahl, Köln.

Prachtvoll und über 100 Jahre
sind die vortrefflichen Kantorowicz-Liköre in dieser langen Zeit geliefert worden. Größte Auswahl, billigste Preise finden Sie bei
C. Eckelhagen, Annenstr. 9, Bautzner Straße 9, Galeriestr. 6.
Verlangen Sie Preisliste. Wiederverkäufer Rabatt. 1382

Verantwortlich für Sachsen: Max Sachs; für Gewerkschaftliches: Hans Finkerbusch; für Dresdner Chronik, Aus der Umgebung: Franz Holzapfel; für den Unterhaltungsteil: Paul Pochmann, sämtlich in Dresden; für Politik, für Lokales aus Freital und alles übrige: Kurt Heilbut, Freital; für Inserate: Max Weichold, Dresden. Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

Bettfedern
führen wir in allen Qualitäten wie: Schleiß, Halbdaunen Volldaunen.
Kapock zum Füllen von Kissen
Bettstellen
erster Fabriken
weiß lackiert in vielen Ausführungen für Erwachsene & Kinder
Matratzen
werden in unseren eigenen Werkstätten angefertigt und verwenden wir nur bestes Material
Alsberg
Dresden

Ihre Kinder
gedeihen viel besser, wenn Sie ihnen regelmäßig den hochwertigen Hultsch-Nährzwieback geben. Er wird nach einem besonderen Verfahren aus nur besten, nahrhaften Zutaten zubereitet und in Spezialöfen vollkommen durchgeröstet.
Infolgedessen ist er sehr leicht verdaulich, haltbar und wird für Säuglinge sowie auch für Magen- und Darmkranke ärztlich empfohlen.
Dankbare Eltern bestätigen immer wieder die vorzügliche Wirkung dieses von Kindern gern genommenen Nährmittels
Sie werden ebenfalls die besten Erfahrungen mit
Hultsch-Nährzwieback
machen. Kaufen Sie ihn noch heute. Sie erhalten damit die Gesundheit Ihrer Kinder und sie gedeihen prächtig dabei.
Hultsch-Nährzwieback ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Er ist auch als Zugabe zu Kaffee, Tee und Kakao bei Erwachsenen sehr beliebt. f 499
Max Hultsch, Neukirch (Lausitz) 2
Zwieback-Fabrik.

Geschäftsleute
lassen ihre
Drucksachen
aufs beste und nach der neuesten Geschmacksrichtung herstellen bei
Kaden & Co., Dresden
Wettinerplatz.

Fachgeschäft
Eduard Geiger
Am See
Ecke Margarotenstraße
Reparaturen f 106

Abonnements-Einladung
zum Kosmos 1926
(Kosmos-Gesellschaft der Naturfreunde)
Anfang Januar erscheint das erste Heft des Kosmos vom neuen Jahrgang 1926. Wir bitten, die Bestellungen recht bald in unsern Filialen oder bei den Zeitungsträgern aufzugeben. Auch die bisherigen Abonnenten wollen, falls weiter gewünscht, das Abonnement erneuern.
Bei der Bestellung ist zu bemerken, ob die Lieferung mit gebundenen oder broschierten Buchbeilagen gewünscht wird
Preis vierteljährlich 2.50 M. mit gebundenen Buchbeilagen, 1.80 M. mit broschierten Buchbeilagen
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und Filialen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19251228/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG